

SACHSEN

SPD

LEITANTRAG

UNSER SACHSEN FÜR MORGEN

REGIERUNGSPROGRAMM
DER SPD SACHSEN 2014-2019

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

PRÄAMBEL	1
1. ZUHAUSE IN SACHSEN: FAMILIE, KINDER, JUGEND UND SOZIALES.....	4
2. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN: DIE BILDUNG VON MORGEN.....	22
3. SACHSEN VORWÄRTS BRINGEN: GESUNDE WIRTSCHAFT, FAIRE ARBEIT, SOLIDE FINANZEN.....	38
4. VOR ORT ZUR STELLE: KOMMUNALES, INNERES, SICHERHEIT UND JUSTIZ.....	56
5. NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN: DIE INFRASTRUKTUR VON MORGEN	73
6. NACHHALTIG IN DIE ZUKUNFT: ENERGIE, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	84
7. ZUSAMMENHALTEN: KULTUR UND DEMOKRATISCHES MITEINANDER IN SACHSEN.....	96

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1 **Präambel**

2

3 Liebe Bürgerinnen und Bürger Sachsens,

4

5 am 31. August 2014 sind Sie aufgerufen, den Sächsischen Landtag neu zu wählen. Ihre
6 Stimme entscheidet maßgeblich über die Zukunft unseres Landes.

7

8 Es ist ein historisches Wahljahr. Vor einem Vierteljahrhundert fiel die innerdeutsche
9 Mauer und seitdem ist viel passiert in Sachsen: In einigen Bereichen haben wir uns zum
10 Vorzeigeland entwickelt. Unsere Wirtschaft ist im ostdeutschen Vergleich stark, die
11 Arbeitslosigkeit ist leicht zurückgegangen. Wir haben innovative und erfolgreiche
12 Unternehmen sowie fleißige und kreative Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Viele
13 Städte sind heute wieder jene Schmuckkästchen, die sie bereits früher einmal waren.
14 Das liegt an den großartigen Leistungen der Bürgerinnen und Bürger. Die Mehrheit der
15 Sächsischen und Sachsen fühlt sich deshalb wohl in unserem Land.

16

17 Doch bei aller Freude über die Erfolge der vergangenen 25 Jahre ist es unsere Aufgabe,
18 an ein Sachsen für morgen zu denken. Unser wichtigstes Anliegen dabei ist: Wir wollen
19 nicht über die Menschen sprechen, sondern mit ihnen. So möchten wir die Zukunft
20 unseres Bundeslandes gestalten: Gemeinsam, sozial und demokratisch. Die sächsische
21 SPD ist sich sicher: Mit den richtigen Entscheidungen kann der Freistaat in Zukunft
22 noch mehr erreichen.

23

24 Sachsen ist attraktiv, obwohl beim Regieren deutlich Luft nach oben ist. Die von der
25 CDU geführte Landesregierung hat keine Antworten auf die Herausforderungen
26 schrumpfender Kommunen, einer alternden Gesellschaft und auf die sozialen
27 Ungerechtigkeiten gegeben. Im Hinblick auf die Zukunft Sachsens agiert die Regierung
28 ohne Konzept. Fünf Jahre hatte Schwarzgelb Zeit, um Unterrichtsausfall zu verhindern
29 und für Sicherheit in den grenznahen Regionen zu sorgen. Stattdessen wurden Stellen
30 bei der Polizei abgebaut und Schulen geschlossen. Wer jetzt kurz vor der Wahl auf
31 einmal Geschenke verspricht, macht sich unglaubwürdig und wird wenig erreichen.

32

33 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Lebens- und
34 Arbeitsverhältnisse der Menschen konkret und spürbar verbessern. Wir wollen den

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

35 Sorgen mit kluger Politik begegnen, ohne falsche Versprechungen zu machen. Die
36 Maßstäbe, die wir bei der Erarbeitung unseres Regierungsprogramms angelegt haben,
37 sind unsere Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie bilden auch nach
38 über 150 Jahren den verlässlichen Kompass für unsere tägliche Arbeit.

39

40 In den letzten vier Jahren hat die sächsische SPD zusammen mit vielen Bürgerinnen
41 und Bürgern sowie gesellschaftlichen Organisationen grundlegend über Ideen
42 nachgedacht, wie ein Sachsen für die Zukunft gestaltet werden kann. Das Ergebnis ist
43 das vorliegende Regierungsprogramm „UNSER SACHSEN FÜR MORGEN“. Es beinhaltet
44 sieben Schwerpunkte:

45

- 46 ○ Ein sicheres Zuhause für Familien, Kinder und Jugend.
- 47 ○ Eine Bildung von morgen, die aus allen das Beste macht.
- 48 ○ Eine starke Wirtschaft, verbunden mit fairer Arbeit und soliden Finanzen, die
49 Sachsen wirklich vorwärts bringt.
- 50 ○ Leistungsfähige Kommunen und eine Polizei, die vor Ort zur Stelle ist.
- 51 ○ Eine Infrastruktur, die niemanden außen vor lässt.
- 52 ○ Eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik für morgen.
- 53 ○ Ein demokratisches Miteinander, das den Zusammenhalt stärkt.

54

55 Wir tragen dafür Sorge, dass sich die Menschen in ihrer Heimat sicher fühlen.
56 Außerdem darf niemandem die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aufgrund seiner
57 Herkunft und seiner sozialen Lage verwehrt bleiben. UNSER SACHSEN FÜR MORGEN ist
58 ein soziales Sachsen: Wer Hilfe benötigt, muss sie erhalten. Wer Schwierigkeiten in der
59 Schule hat, soll gefördert und nicht ausgegrenzt werden. Wer lange arbeitslos war,
60 wird auf dem Weg zu neuer Berufstätigkeit unterstützt. Und wer wenig bekommt,
61 verdient einen Mindestlohn.

62

63 Wir bewahren die Erfolge in Bildung und Wirtschaft und sorgen zudem für gerechtere
64 Bezahlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir sorgen für wachsende
65 Unternehmen, die auf den internationalen Märkten bessere Wettbewerbschancen
66 haben. An UNSER SACHSEN FÜR MORGEN zu denken heißt für uns: Soziale
67 Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft zusammendenken. Diese sind keine

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

68 Gegensätze. UNSER SACHSEN FÜR MORGEN sieht seine Zukunft nicht im
69 Niedriglohnsektor, sondern als Wissensstandort.
70
71 UNSER SACHSEN FÜR MORGEN spielt nicht mit Ängsten, sondern weckt Neugier auf
72 Vielfalt, Ideen und alternative Lebensentwürfe. UNSER SACHSEN FÜR MORGEN
73 erfordert vielmehr Respekt und Weltoffenheit. Diese sind keine ökonomischen
74 Kategorien, sondern Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben und stärkeren
75 sozialen Zusammenhalt. UNSER SACHSEN FÜR MORGEN bedeutet, dem ländlichen
76 Raum eine Zukunft zu geben und alle Städte und Gemeinden sozial und zum Wohle der
77 Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln.
78
79 UNSER SACHSEN FÜR MORGEN beinhaltet auch ein anderes Regieren. Es macht uns
80 nachdenklich, wenn eine sächsische Regierung Kritik als Bedrohung empfindet.
81 Deshalb ist es so wichtig, die Sächsinnen und Sachsen in Meinungsbildungs- und
82 Entscheidungsprozesse einzubinden. Gesellschaftliche Akzeptanz und die
83 Einbeziehung von möglichst vielen Sächsinnen und Sachsen sind aber nicht einfach ein
84 Instrument, um in heutigen Zeiten große Bau- und Infrastrukturprojekte durchsetzen
85 zu können. Sie sind nicht Mittel zum Zweck, sondern eine Frage des Respekts und ein
86 Wert an sich in einer entwickelten Bürgergesellschaft.
87
88 Wir, die sächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, möchten
89 Verantwortung für Sachsen übernehmen und bitten Sie um Ihre Unterstützung. Damit
90 Sie vor der Wahl wissen, was eine Landesregierung mit sozialdemokratischer
91 Beteiligung anpacken will, haben wir unsere Ideen und Vorstellungen für die künftige
92 Landespolitik in diesem Regierungsprogramm festgelegt.
93
94 Ein soziales Sachsen. Ein lebenswertes Sachsen. Ein sicheres Sachsen. Ein modernes
95 Sachsen. Ein gerechtes Sachsen. UNSER SACHSEN FÜR MORGEN.
96
97 Dafür bitten wir Sie am 31. August 2014 um Ihre Unterstützung.
98
99 Ihr Martin Dulig
100 Landesvorsitzender der SPD Sachsen
101

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	14. Juni 2014 Leipzig
Anträge	
Antrag Antragsteller	Leitantrag Landesvorstand SPD Sachsen

102 **1. ZUHAUSE IN SACHSEN:**
103 **Familie, Kinder, Jugend und Soziales**

104
105 **Familie, Kinder und Jugend**

106
107 *Starke Kinder in einer solidarischen Gesellschaft*

108
109 Eine Gesellschaft ohne Kinder hat keine Zukunft. Unsere politischen Anstrengungen
110 müssen sich darauf konzentrieren, dass die Lebensbedingungen und
111 Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder und Familien verbessert werden. Familie geht
112 mit der Zeit und wird heute in vielfältigen Formen gelebt. Familie ist dort, wo
113 dauerhaft für andere Verantwortung und Fürsorge übernommen wird.
114 Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder, ob mit oder ohne Trauschein – ebenso
115 wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und
116 Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Eltern sorgen.
117 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine kinderfreundliche,
118 solidarische und sozial gerechte Gesellschaft. Wir stellen die Zukunft der Kinder in den
119 Mittelpunkt unserer Politik. Alle Kinder sollen sich, unabhängig vom sozialen Status
120 ihres Elternhauses, zu eigenverantwortlichen Menschen entwickeln können. Für uns
121 steht fest: Alle Kinder müssen gleiche Entwicklungschancen haben.

122
123 Die Entscheidung für ein Kind treffen in Sachsen jedes Jahr viele Familien aus sehr
124 unterschiedlichen Gründen. Ihre Entscheidung für Kinder ist und bleibt individuell.
125 Aber sie treffen diese vor allem deshalb, weil Kinder für sie ein unverzichtbarer Teil des
126 Lebens sind. Sie treffen diese Entscheidung, weil Kinder ihr Leben bereichern. Politik
127 und Gesellschaft haben daher im eigenen Interesse die Pflicht, dafür zu sorgen, dass
128 jeder Kinderwunsch realisierbar wird.

129
130 Eine moderne sozialdemokratische Politik für Kinder und Familien heißt deshalb für
131 uns: Finanzielle Sicherheit schaffen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern
132 und das Lebensumfeld familien- und kinderfreundlich gestalten. Familie, Entwicklung
133 der Kinder und Arbeitswelt besser in Einklang zu bringen, ist das zentrale Projekt einer
134 innovativen Familienpolitik. Chancengleichheit im Erwerbsleben ist die wichtigste
135 Voraussetzung, materielle Benachteiligungen von Familien abzubauen.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

136

137 Nur so wird es uns gelingen, Kinderarmut zu überwinden. Voraussetzung dafür ist, dass
138 alle Kinder gleichwertige und sichere Entwicklungschancen haben. Denn Defizite in der
139 frühkindlichen Entwicklung können später meist nur mit hohem Aufwand wieder
140 behoben werden und führen häufig zu Benachteiligungen im späteren Leben.

141

142 *Starke Familien – Starke Kinder*

143

144 In Sachsen sind über 25 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut bedroht. Es
145 darf nicht länger hingenommen werden, wenn Kinder zum Armutsrisiko für Familien
146 werden. Wer ein Kind allein erzieht, erhöht dieses Risiko auf mehr als 50 Prozent. Damit
147 liegt Sachsen deutlich über der bundesweiten Armutsquote. Die Ursachen liegen in der
148 hohen Langzeitarbeitslosigkeit und den im Bundesvergleich niedrigen Einkommen.

149

150 Wir wissen, dass Erziehung viel Kraft und Anstrengung kostet. Aus diesem Grund
151 wollen wir Angebote der Familienbildung absichern und Eltern stark machen, damit sie
152 die alltäglichen Herausforderungen bewältigen können. Angebote der Familienbildung
153 vermitteln Wissen über kindliche Entwicklungsphasen, damit Beziehung und Erziehung
154 gelingen können.

155

156 *Alleinerziehende besonders unterstützen*

157

158 Keine andere Familienform hat in den letzten Jahren stärker an Bedeutung gewonnen
159 als die sogenannte Ein-Eltern-Familie. Mehr als 20 Prozent der Familien mit Kindern
160 unter 18 Jahren sind alleinerziehend. Diese Familien bedürfen unserer besonderen
161 Unterstützung. Den Alltag zu organisieren und Beruf mit Familie zu vereinbaren, das
162 sind große tagtägliche Herausforderungen. Mit Kindererziehung, Erwerbs- und
163 Hausarbeit gelingt diesen Familien ein gewaltiger Balanceakt. Insbesondere vor dem
164 Hintergrund eines erhöhten Armutsrisikos von fast 50 Prozent bei Ein-Eltern-Familien
165 sind existenzsichernde Löhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die bessere
166 Vereinbarkeit von Familie und Beruf drei Handlungsfelder, denen wir uns stärker
167 widmen müssen und werden.

168

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

169 *Kinder haben Rechte*

170

171 Kinder haben Anspruch auf Beteiligung, Förderung, Schutz und damit auf die freie
172 Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Im Alltag werden Kinder jedoch auf vielfältige Weise
173 benachteiligt. Um das zu verhindern, müssen Kinder als eigenständige Persönlichkeiten
174 gestärkt und an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Wir
175 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen daher Kinderrechte in der
176 Sächsischen Verfassung verankern. Dieser Verfassungsrang gewährt jedem Kind ein
177 Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung
178 und auf den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung.

179

180 *Landeskinderbeauftragte/r*

181

182 Damit Kinderrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern in der politischen und
183 gesellschaftlichen Praxis gewahrt sind, brauchen wir eine unabhängige Institution in
184 Form einer oder eines Kinderbeauftragten, die ressortübergreifend für die Belange von
185 Kindern und Jugendlichen eintritt. Der oder die unabhängige Landeskinderbeauftragte
186 kann sowohl Monitoring- wie auch Ombudsfunktion haben. Landeskinderbeauftragte
187 gibt es schon in einigen anderen Bundesländern. Wir als sächsische SPD wollen diesen
188 positiven Beispielen folgen und fordern die Einrichtung einer solchen Stelle auch in
189 Sachsen.

190

191 *Zeit für Kinder*

192

193 Häufig bestimmt die Berufstätigkeit beider Elternteile über das Leben der Familien. Zeit
194 für Kinder wird in vielen Fällen zur Mangelware. Familien dürfen nicht in die Mühlen
195 zwischen Anforderungen des Arbeitgebers und Bedürfnissen ihrer Kinder geraten. Die
196 Möglichkeit, Arbeits- und Familienleben in Einklang zu bringen, darf sich nicht
197 ausschließlich an den Bedürfnissen der Arbeitgeber orientieren. Familien brauchen da,
198 wo es die Tätigkeit erlaubt, zeitliche Flexibilität am Arbeitsplatz. Und Kinder brauchen
199 Zeit, in denen sie die ungeteilte Aufmerksamkeit ihrer Eltern bekommen. Eine Balance
200 zwischen allen Lebensbereichen zu ermöglichen, das ist die Herausforderung der
201 Zukunft.

202

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

203 Eine Möglichkeit sehen wir in einer sogenannten „Familienzeit“. Eltern sollen künftig
204 ihre Arbeitszeit auf 32 Stunden pro Woche reduzieren können und in Kompensation
205 eine Lohnersatzleistung erhalten. Eine Balance zwischen den Lebensbereichen
206 ermöglichen auch andere Instrumente: z. B. verlässliche Arbeitszeiten,
207 Arbeitszeitkonten, Telearbeit oder Zeitanparmodelle.

208

209 *Eigenständige Jugendpolitik*

210

211 Das Jugendalter ist eine eigenständige Lebensphase. Sie ist besonders durch
212 Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und von Übergängen geprägt. Eine gute
213 Jugendpolitik hat diese Entwicklungen und Übergänge im Blick. Gegenwärtig sind die
214 Kompetenzen und Zuständigkeiten für junge Menschen in Sachsen auf verschiedene
215 Ressorts verteilt. Wir haben die Lebensphase Jugend als Ganzes im Blick und streben
216 eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik an. Diese soll alle vorhandenen
217 Zuständigkeiten für Kinder, Jugendliche und Familie bündeln. Nur mit Hilfe einer
218 solchen Vernetzung ist sichergestellt, dass die vorhandenen Akteure in der Jugendhilfe
219 bestmöglich zusammenarbeiten können.

220

221 *Verlässliche Rahmenbedingungen*

222

223 Die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe darf nicht zum Spielball politischer
224 Interessen werden. Die demografische Entwicklung im Freistaat ist für die sächsische
225 Sozialdemokratie kein Grund, in diesem Bereich weitere Kürzungen vorzunehmen.
226 Denn weniger Kinder und Jugendliche führen nicht automatisch dazu, dass in der
227 Kinder- und Jugendhilfe gespart werden kann. Im Gegenteil: Wir werden die 2010
228 vorgenommenen Kürzungen rückgängig machen, um eine bedürfnisgerechte Kinder-
229 und Jugendhilfe abzusichern. Gesetzlich werden wir für die Absicherung der
230 Leistungsangebote Sorge tragen. Dazu gehören Regelangebote der Jugendarbeit, der
231 Jugendsozialarbeit, des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes und der
232 Familienbildung. Letztendlich streben wir die Anhebung der Jugendpauschale auf 15
233 Euro an.

234

235 *Teilhabe*

236

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

237 Beteiligung ist der Schlüssel für persönliches Engagement. Nur wenn sich Kinder,
238 Jugendliche und Familien ernst genommen fühlen, werden sie sich gesellschaftlich
239 engagieren. Wir wollen deshalb die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen
240 und der für sie zuständigen Verbände an der Kinder- und Jugendpolitik des Landes
241 stärken. Jugendhilfeträger sollen im Freistaat Sachsen auf Augenhöhe
242 zusammenarbeiten. Denn Jugendämter, freie Träger und der Freistaat haben
243 gemeinsam die Aufgabe, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu fördern und
244 zu unterstützen. Beteiligung und Partizipation darf sich jedoch nicht auf die Kinder-
245 und Jugendhilfe beschränken. So streben wir das Wahlrecht für Jugendliche ab
246 Vollendung des 16. Lebensjahres auf kommunaler und auf Landesebene an.

247

248 *Faire Bezahlung für Akteure in der Jugendarbeit*

249

250 Die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe dürfen nicht als Bittsteller gegenüber Politik
251 und Verwaltung abqualifiziert werden. Ihre Arbeit schafft einen wichtigen
252 gesellschaftlichen Mehrwert. Gute Arbeit durch qualifizierte Beschäftigte in der Kinder-
253 und Jugendhilfe muss deshalb fair und gerecht entlohnt werden. Die jeweils geltenden
254 Tariflöhne im öffentlichen Dienst müssen der Maßstab sowohl bei der
255 Personalkostenförderung als auch bei den Entgelten sein. Um einer zunehmenden
256 Verlagerung von Beschäftigungsverhältnissen der sozialen Arbeit in den
257 Niedriglohnsektor entgegenzuwirken, brauchen wir insbesondere in Sachsen eine
258 deutliche Aufwertung der sozialen Arbeit.

259

260 *Jugendverbände*

261

262 Wir werden die Jugendverbandsarbeit in Sachsen wieder stark machen. Sie bietet
263 besondere Möglichkeiten einer notwendigen Wertevermittlung und damit einer
264 nachhaltigen Persönlichkeitsentwicklung. Das partizipative Selbstverständnis der
265 demokratischen Jugendverbände, ihr organisatorischer Aufbau von unten nach oben
266 und ihr großer Erfahrungsreichtum machen die Organisationen der
267 Jugendverbandsarbeit zu einer unverzichtbaren Interessenvertretung von Kindern und
268 Jugendlichen in unserer Gesellschaft.

269

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

270 *Internationale Kinder- und Jugendarbeit*

271

272 Wir bemühen uns um die Stärkung der internationalen Jugendarbeit in Sachsen. Wir
273 möchten Angebote des internationalen Jugendaustausches allen Jugendlichen
274 ermöglichen und zwar unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Ziel ist ein wichtiger
275 Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, indem soziale und interkulturelle
276 Kompetenzen gestärkt werden.

277

278 *Juleica*

279

280 Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendhilfe erhalten nach einer
281 entsprechenden Ausbildung eine Juleica (JugendleiterIn Card). Insgesamt 3.500
282 Ehrenamtliche im Freistaat Sachsen besitzen den amtlichen Juleica-Ausweis. Wir
283 wollen, dass mehr Menschen sich ehrenamtlich engagieren können, darum setzen wir
284 uns für eine bezahlte Freistellung ein, um die entsprechende Ausbildung zu
285 absolvieren. Zudem könnten aktiv engagierte Inhaberinnen und Inhaber der Juleica
286 vereinfacht die Ehrenamtskarte und damit Vergünstigungen beispielsweise bei
287 kulturellen Veranstaltungen erhalten.

288

289 *Schulsozialarbeit*

290

291 Schulsozialarbeit ist in den vergangenen Jahren zu einem jugendpolitischen
292 Schwerpunkt innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe gereift. Nachweislich fördern
293 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter ein positives Lernklima für alle Kinder.
294 Ob Schülerinnen und Schüler jedoch das Angebot eines Schulsozialarbeiters in
295 Anspruch nehmen können, darf künftig nicht mehr vom jeweiligen Wohnort oder dem
296 Schulstandort abhängen. Schulsozialarbeit muss fester Bestandteil des schulischen
297 Systems werden. Wir brauchen deshalb ein eigenständiges Landesprogramm, um
298 Schulsozialarbeit als ein breites, unabhängiges und freiwilliges Leistungsangebot der
299 Kinder- und Jugendhilfe sachsenweit zu etablieren. Denn die Schulsozialarbeit ist mehr
300 als eine Unterstützung für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Sie stärkt alle Kinder
301 und kann eine Brücke zwischen Kindern, Eltern und Lehrkräften sein. Wir werden
302 Schulsozialarbeit im Schulgesetz verankern und für eine dauerhafte Förderung sorgen.

303

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

304 *Kinder- und Jugendberichterstattung*

305

306 Wir wollen eine kontinuierliche Kinder- und Jugendberichterstattung. Um eine externe,
307 qualitativ hochwertige Kinder- und Jugendberichterstattung sicherzustellen, sind
308 regelmäßige soziologische Erhebungen notwendig. Aus diesem Grund werden wir ein
309 wissenschaftsbasiertes Kompetenzzentrum einrichten, um eine qualifizierte und
310 kontinuierliche Sozialberichterstattung zu ermöglichen, die auf einer regionalisierten
311 Datenerhebung basiert.

312

313 *Kinder stärken – Kinder schützen*

314

315 Kinder zu stärken bedeutet auch, sie vor Vernachlässigung und Misshandlung zu
316 schützen. Um Vernachlässigung besser und früher etwas entgegen zu setzen, brauchen
317 wir dringend eine Kultur des Hinschauens und des Miteinanders. Die Verantwortung
318 für den Schutz von Kindern kann nicht auf einzelne Institutionen und Berufsgruppen
319 beschränkt bleiben. Einrichtungen, die regelmäßig mit jungen Menschen und Familien
320 in Kontakt kommen, sollen und müssen stärker als bisher vernetzt werden. In allen
321 Landkreisen wurden auf der Grundlage des Sächsischen Kinderschutzgesetzes
322 regionale Netzwerke für Kinderschutz und Frühe Hilfen aufgebaut. Diese Netzwerke
323 gilt es zu stärken. Außerdem ist das Ziel unserer politischen Arbeit die stärkere
324 Begleitung von Familien. Für den Fall, dass sie wirklich Hilfe benötigen, müssen Eltern
325 auch wissen, an wen sie sich wenden können. Wir wollen Kindertagesstätten zu Eltern-
326 Kind-Zentren ausbauen, die integrierte Leistungen für Kinder- und Familienbetreuung
327 anbieten. Die Eltern-Kind-Zentren sollen niedrigschwellig und diskriminierungsfrei
328 Angebote zur Stärkung der Eltern und Förderung von Kindern bündeln und so auch die
329 Erziehungspartnerschaft von Erzieherinnen und Erziehern auf der einen Seite und
330 Eltern auf der anderen Seite befördern. In diesen Zentren wollen wir in Kooperation mit
331 Trägern ein tragfähiges Konzept in Sachsen etablieren und zusätzliche Mittel
332 bereitstellen, damit die Arbeit nicht zulasten der Erzieherinnen und Erzieher geht.

333

334 *Hilfen zur Erziehung*

335

336 Nicht immer können Eltern ihren Kindern in einer schwierigen Lebenssituation die
337 Unterstützung und Fürsorge zu Teil werden lassen, die diese eigentlich bräuchten.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

338 Wenn Eltern sich etwa mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert fühlen, das eigene
339 Leben aus den Fugen gerät oder sie bemerken, dass ihre Kinder Schwierigkeiten in der
340 Schule haben, besteht die Möglichkeit, sich Unterstützung beim örtlichen Träger der
341 Jugendhilfe zu holen. Wir wollen den Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung
342 erhalten. Aufgabe der Hilfen zur Erziehung ist es, ein gelingendes Aufwachsen junger
343 Menschen zu ermöglichen. Die Zahl derjenigen, die diese Hilfen in Anspruch nehmen,
344 ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. In Teilen dürfte die vermehrte
345 Inanspruchnahme eine Folge der erhöhten Aufmerksamkeit und Sensibilität gegenüber
346 den Gefährdungen eines gelingenden Aufwachsens junger Menschen sein. Eine
347 weitere Ursache ist das Wegbrechen der Präventivstrukturen in der Jugendhilfe in den
348 vergangenen Jahren. Wir wollen deshalb das Prinzip der Prävention in allen Bereichen
349 der Kinder- und Jugendhilfe in den Vordergrund stellen.

350

351 **Sozialpolitische Zukunft Sachsens**

352

353 *Gleichstellung*

354

355 Die Gleichbehandlung betrifft alle Lebensbereiche. Mit der SPD in
356 Regierungsverantwortung wird der Freistaat Sachsen zu einem Bundesland, das sich
357 für die Gleichstellung der Geschlechter verantwortlich fühlt. Mit einem modernen
358 Gleichstellungsgesetz legen wir die rechtliche Grundlage und überprüfen mit der
359 Strategie des Gender Budgeting die Haushaltspolitik des Freistaates auf die
360 geschlechtergerechte Verteilung der Ressourcen. Wichtigstes Anliegen ist aber das
361 tatsächliche tagtägliche Vorleben einer Gleichberechtigung der Geschlechter in
362 Sachsen. Dazu werden wir die Arbeit der vielen Frauen- und Mädchenprojekte und
363 -initiativen stärken. Wir wollen die Gleichstellungsbeauftragte in den Rang einer
364 Staatssekretärin erheben. Der Landesfrauenrat wird durch eine verlässliche
365 Unterstützung durch den Freistaat arbeitsfähig und erhält langfristige
366 Planungssicherheit. Der Gleichstellungsbeirat hingegen muss in der jetzigen Form auf
367 den Prüfstand.

368

369 Der Freistaat Sachsen ist unter den 16 Bundesländern das Schlusslicht, was die
370 Gleichstellung von Ehe und Eingetragener Lebenspartnerschaften im Landesrecht
371 betrifft. Diese Ungleichbehandlung ist nicht nur eine Missachtung bundesdeutschen

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

372 und europäischen Rechts, sie ist vielmehr eine aktive Diskriminierung
373 gleichgeschlechtlich lebender und liebender Menschen, ihrer Angehörigen und
374 Freundinnen und Freunde. Wir wollen deshalb für eine vollständige Umsetzung der
375 Gleichstellung zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft in allen
376 Landesgesetzen sorgen.

377
378 Bereits 2013 haben die SPD-geführten Bundesländer Hamburg, Rheinland-Pfalz,
379 Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein eine Initiative zur
380 vollständigen Öffnung der Ehe im Bundesrat eingebracht. Dieser Initiative stimmte die
381 rot-grüne Mehrheit in der Länderkammer zu. Die aktuellen Urteile des
382 Bundesverfassungsgerichts haben den Gesetzgeber wiederholt aufgefordert Gesetze
383 zu ändern, welche gleichgeschlechtliche Partnerschaften gegenüber der Ehe
384 diskriminieren. Anstatt sich vom Bundesverfassungsgericht wiederholt ermahnen und
385 vor sich hertreiben zu lassen, sollte die Bundesregierung endlich die
386 Ungleichbehandlung beenden und die Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften
387 öffnen. Wir wollen in der Landesregierung aktiv Initiativen zur Öffnung der Ehe im
388 Bundesrat unterstützen.

389
390 Homophobie ist noch immer ein weit verbreitetes gesellschaftliches Phänomen,
391 welches bereits in der Schule seine Anfänge nimmt und sich durch sämtliche
392 gesellschaftliche Bereiche zieht. Genauso wie Xenophobie ist sie eine
393 menschenverachtende Einstellung und es ist auch die Aufgabe einer Landesregierung,
394 alles zu unternehmen um ihr entgegenzuwirken. Gemeinsam mit den Vertreterinnen
395 und Vertretern aus der LGBTI-Community (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender,
396 Intersex) wollen wir an einem umfassenden Aktionsplan gegen Homo- und
397 Transphobie arbeiten.

398
399 Für einen wirksamen Kampf gegen Homo- und Transphobie bedarf es einer guten und
400 langfristigen finanziellen Ausstattung von Aufklärungsprojekten. Ebenso wollen wir
401 gewährleisten, dass es auch in Zukunft eine qualifizierte psychosoziale und soziale
402 Beratungs- und Selbsthilfestruktur in Sachsen gibt.

403

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

404 Auch den Kampf gegen häusliche Gewalt werden wir mit aller Konsequenz führen.
405 Dem seit Jahren steigenden Bedarf der Opfer von körperlicher und psychischer Gewalt
406 müssen wir in der Beratungs- und Schutzarbeit gerecht werden.

407
408 Dem Problem der häuslichen Gewalt wollen wir auch auf andere Art und Weise
409 begegnen: Wir wollen die Angebote der Frauen- und Frauenschutzhäuser, der
410 Interventionsstellen sowie der Kinderschutzhäuser und Täterberatungsstellen deutlich
411 ausbauen und die personellen Ressourcen dem tatsächlichen Bedarf anpassen. Vor
412 allem müssen wir die Grenzen der einzelnen Arbeitsbereiche überwinden und die
413 Schnittstellen zur Kinder- und Jugendhilfe sowie zur Familienbildung und -hilfe
414 stärken. Wichtig ist, dass Betroffenen geholfen wird, über die formalrechtliche
415 Unterteilung der Hilfestrukturen hinaus.

416
417 *Inklusion*

418
419 Menschen mit Behinderung sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft.
420 Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht. Die vergangenen Jahre haben
421 gezeigt, dass die Umsetzung dieses Menschenrechts auf freiwilliger Basis nur
422 zögerliche Fortschritte bringt. Daher ist eine gesetzliche Verankerung in Form eines
423 sächsischen Inklusionsgesetzes notwendig.

424
425 Teilhabe schaffen umfasst alle Lebensbereiche. Wohnen, Bildung (einschließlich
426 vorschulischer Bildung), Kultur, Politik, ehrenamtliches Engagement, Arbeit, Mobilität,
427 medizinische, pflegerische und therapeutische Versorgung sowie Familie sind nur
428 einige der Themen, bei denen wir Menschen mit Behinderung dabei unterstützen
429 wollen, das eigene Wunsch- und Wahlrecht leben zu können. Grundsatz unseres
430 politischen Verständnisses ist dabei das Motto „Nichts über uns – ohne uns“.
431 Sozialdemokratische Politik für Menschen mit Behinderung gestalten wir deshalb im
432 Dialog mit den Betroffenen.

433
434 Sachsen darf nicht länger das einzige Bundesland bleiben, dass sich einem
435 Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention widersetzt.
436 Damit wollen wir nicht nur das gesellschaftliche Bewusstsein zur Inklusion von

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

437 Menschen mit Behinderung schärfen, sondern auch konkrete Verbesserungen auf den
438 Weg bringen.

439

440 *Gesundheit und Pflege*

441

442 Wichtigstes Ziel unserer Politik ist, dass alle Menschen in Sachsen im Falle von
443 Krankheit oder Pflege optimal versorgt sind. Dafür wollen wir die Strukturen der
444 Gesundheitsversorgung so ausbauen, dass das enorme Engagement der haupt- und
445 ehrenamtlich Tätigen bestens genutzt werden kann.

446

447 In der Pflegepolitik wollen wir eine flächendeckende, persönliche Beratung vor Ort
448 gewährleisten. Wer selbst pflegebedürftig ist oder einen nahen Angehörigen versorgt,
449 muss auf die wichtigsten Fragen auch schnellstmöglich passende Antworten
450 bekommen. Ganz akut müssen Betroffene dann in Erfahrung bringen, was benötigt
451 wird, woher die Leistungen bezogen werden können und wer dafür aufkommt. Deshalb
452 ist die persönliche Beratung in den Städten und Gemeinden für uns unerlässlich.

453 Schließlich werden die meisten Pflegebedürftigen zuhause von den Angehörigen
454 gepflegt. Wir wollen alles daran setzen, dass das so bleiben kann. Dabei stehen die
455 Pflegebedürftigen im Zentrum unserer Pflegepolitik. Der Grundsatz „ambulant vor
456 stationär“ stellt für uns keine Phrase, sondern eine Verpflichtung dar.

457

458 Außerdem sollen die Beratungsstellen schon im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit tätig
459 werden, beispielsweise bei der Beratung zur barrierefreien Wohnraumumgestaltung.
460 Mit einem Landespflegegesetz schaffen wir die Grundlage für klare
461 Verantwortlichkeiten in der kommunalen Altenhilfeplanung.

462

463 Sachsen fehlt es als einzigem Bundesland an einem solchen Gesetz. Ziel eines solchen
464 Gesetzes ist die Vernetzung der vielen haushaltsnahen und pflegerischen
465 Versorgungsangebote in den Kommunen. Wir wollen die Angebote durch einen
466 Pflegekoordinator für jede Kreisfreie Stadt und jeden Landkreis noch effizienter für die
467 Hilfesuchenden organisieren.

468

469 Außerdem wollen wir die Wohnsituation der Menschen positiv gestalten. Heute stellt
470 sich nicht mehr die Frage nach der Einrichtung, sondern die Frage nach den
471 Wohnsituationen der Menschen. Diese sind so vielfältig wie die Menschen selbst. Also

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

471 brauchen wir eine gute gesetzliche Grundlage, die die Vielfalt der Wohnformen mit
472 dem Schutzbedürfnis der Pflegebedürftigen zusammenführt.

473

474 Kernstück der Pflege sind aber die tausenden von Beschäftigten und die ehrenamtlich
475 Pflegenden in Sachsen, egal ob Angehörige, Nachbarinnen und Nachbarn oder als Teil
476 ehrenamtlichen Engagements. Dass Pflege in Sachsen gut ist, haben wir all diesen
477 Menschen zu verdanken. Sie sollen deshalb bestmögliche Bedingungen vorfinden.

478

479 *Vorbeugung ist die beste Therapie*

480

481 Wir wollen den Sächsischen Gesundheitsziele-Prozess wiederbeleben und ausbauen.
482 Dass der vor Jahren angestoßene Prozess eingeschlafen ist, liegt an der Untätigkeit der
483 Staatsregierung. Die sächsische Sozialdemokratie fühlt sich der Gesundheit der
484 Bürgerinnen und Bürger verpflichtet und wird das ändern. Gerade die Gesundheitsziele
485 „Gesund aufwachsen“, „Aktives Altern“ sowie „Gesundheitsförderung bei
486 Arbeitslosen“ sprechen so viele unterschiedliche Menschen an, dass wir wieder
487 Dynamik in den Prozess bringen werden. Darüber hinaus wollen wir prüfen, welche
488 weiteren Gesundheitsziele neu aufgelegt werden können. So wollen wir beispielsweise
489 fördern, dass das Vertrauen in die Organspende wieder steigt.

490

491 *Buß- und Betttag – Beitrag zur Pflegeversicherung*

492

493 In Sachsen zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – anders als im restlichen
494 Bundesgebiet – 1,525 Prozent ihres Einkommens an die Pflegeversicherung (sonst 1,025
495 Prozent). Begründet wird das mit dem Buß- und Betttag. Dies wäre nachvollziehbar,
496 wenn es in Sachsen mehr Feiertage als in anderen Bundesländern gäbe. Das ist aber
497 nicht der Fall: Während Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland je 13 Feiertage
498 haben, sind es in Sachsen elf. Der Beitrag zur Pflegeversicherung wird zum 1. Januar
499 2015 ohnehin bundesweit angepasst. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die
500 künftige Gleichbehandlung der sächsischen Arbeitnehmerschaft ein.

501

502 *Gute medizinische Versorgung für alle*

503

504 Wir bemessen die Lebensqualität in Sachsen auch daran, dass jede ärztliche
505 Versorgung schnell und einfach erreichbar ist. Die medizinische Versorgung darf nicht

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

506 nur in Ballungsräumen sichergestellt sein. Doch eine verlässliche und gute
507 medizinische Versorgung im ländlichen Raum stellt uns vor große Herausforderungen.
508 Unser Anspruch ist es, regionale Versorgungslandschaften zu schaffen, die qualitativ
509 hochwertige medizinische Versorgung durch eine wirkliche Verzahnung von
510 ambulanten und stationären Angeboten gewährleisten, von der Akutversorgung bis
511 hin zur pflegerischen Alltagshilfe. Dazu wollen wir die Einzelmaßnahmen aller Akteure
512 bündeln.

513
514 Das betrifft beispielsweise die fachärztliche Versorgung. So kann es in einer Kommune
515 sinnvoll sein, ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in kommunaler
516 Trägerschaft zu gründen oder in einer anderen Stadt das existierende Krankenhaus mit
517 einem MVZ zu ergänzen. Aber es gibt noch viele weitere Möglichkeiten, die
518 fachärztliche Versorgung flächendeckend sicherzustellen. Für all diese Optionen
519 müssen wir uns auf Bundesebene stark machen. Denn nur die Angebote machen
520 gesund, die vor Ort erreichbar sind.

521
522 Bei der flächendeckenden Versorgung kommt dem Krankenhaus eine Schlüsselrolle zu.
523 Schließlich sind Krankenhäuser in Sachsen deutlich mehr als „nur“ Orte stationärer
524 medizinischer Versorgung. Sie sind in vielen ländlichen Regionen ein außerordentlicher
525 Beschäftigungsfaktor, sowohl im Haus selbst als auch bei Zulieferern und
526 Dienstleistern. Aus sozialdemokratischer Sicht muss sich die Krankenhauslandschaft
527 nicht nur in den Fachplänen, sondern auch im Landesentwicklungsplan für den
528 Freistaat Sachsen widerspiegeln. Für uns stehen exzellente Versorgung durch gute
529 Arbeitsbedingungen und die auskömmliche Finanzierung im Mittelpunkt. „Innovativ
530 gestalten“ statt „zäh verwalten“ lautet unser Motto.

531
532 Ziel unserer politischen Arbeit ist der Erhalt der exzellenten Standards in den
533 sächsischen Krankenhäusern. Doch wir wollen nicht nur verwalten, sondern diese Basis
534 weiterentwickeln: Bei der Investitionsförderung der Krankenhäuser ist der Freistaat
535 Sachsen in der Verantwortung. Wir werden dafür sorgen, dass die Krankenhäuser
536 wieder in notwendige Medizintechnik investieren können, ohne auf Eigenmittel
537 zurückgreifen zu müssen, die dann bei der Vergütung der personellen
538 Rahmenbedingungen fehlen. Re-Finanzierung von Medizintechnik ist Landesaufgabe.
539 Und wir werden diese Aufgabe wieder erfüllen.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

540

541 Aber nur durch gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Krankenhaus
542 können die Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden. Arbeitszeiten und
543 Vergütung, Fachkräftebedarf, Ausbildungssituation sowie Anpassung der Tätigkeiten
544 für ältere Beschäftigte sind nur einige Schlagworte, die gute Arbeitsbedingungen
545 beinhalten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden die
546 Krankenhäuser darin unterstützen, gute Arbeitgeber zu sein.

547

548 Wir sind außerdem der Überzeugung, dass Gesundheit und Pflege elementare
549 Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge darstellen. Durch Privatisierungen ist
550 der Anteil der Betten, die von privaten Krankenhäusern zur Verfügung gestellt werden,
551 deutlich gestiegen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung lehnen wir weitere
552 Privatisierungen von Krankenhäusern in Sachsen ab. Gesundheitsversorgung wird
553 gerade in Regionen mit Bevölkerungsrückgang eine schwierige Aufgabe sein, die nicht
554 unter dem Druck von Gewinnmaximierung zu leisten ist.

555

556 *Schutz vor Drogen- und Suchtgefahren*

557

558 Das gesundheitliche Gefährdungspotenzial durch regelmäßigen und intensiven
559 Drogenkonsum, vor allem für die immer jüngeren Erstkonsumentinnen und
560 -konsumenten, nehmen wir sehr ernst. Angst und Sensation sind jedoch keine guten
561 Ratgeber und tragen nicht zur Problemlösung bei. Wir wollen eine Versachlichung der
562 Drogenpolitik und setzen auf Prävention in den Schulen und Kommunen, Hilfe für
563 Suchtgefährdete und Suchtkranke sowie eine effiziente Strafverfolgung der
564 Drogenproduktion und des Drogenhandels.

565

566 Suchtprävention muss frühzeitig ansetzen und ist integrativer Bestandteil der
567 staatlichen Gesundheitsförderung. Sie muss differenziert und zielgruppenspezifisch
568 erfolgen, um die bestmögliche Wirkung zu erzielen. Jeder Euro, der für Prävention zur
569 Verfügung gestellt wird, spart das Drei- bis Vierfache an Folgekosten und erspart vielen
570 Erwachsenen, Familien und Kindern großes Leid. Für uns ist wichtig, dass der
571 tatsächliche finanzielle Bedarf in den Beratungsstellen und therapeutischen
572 Einrichtungen die Höhe der Landesmittel bestimmt und nicht die Kassenlage des
573 Freistaates.

574

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

575 *Gutes Leben im Alter*

576
577 Viel zu lange wurde das Alter als Phase des Rückzuges betrachtet und nicht selten mit
578 Krankheit und Pflegebedürftigkeit in Verbindung gebracht. Die älteren Menschen
579 leben heute länger und bleiben länger gesund. Viele Ältere bringen sich auch nach
580 ihrem Berufsleben aktiv ein. Dabei verfügen sie über Wissen und Potenzial, das gerade
581 dort gebraucht wird, wo immer mehr Menschen im arbeitsfähigen Alter abwandern.

582
583 Diese aktiven Älteren suchen und schaffen attraktive Lebensräume für die individuelle
584 Gestaltung der dritten Lebensphase. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, teilzuhaben
585 und sich aktiv einbringen zu können. Dazu bedarf es auf kommunaler, Landes- und
586 Bundesebene eines kontinuierlichen Abbaus jedweder Barrieren. Hilfe zur Selbsthilfe
587 sowie eine enge Verbindung der Generationen kann und muss die Lebensqualität der
588 Älteren erhalten und verbessern.

589
590 Wir haben den Menschen, die auf eine enorme Lebensleistung zurückblicken, viel zu
591 verdanken. Dank ihrer Aufbauarbeit leben wir in einem tollen Bundesland. Wir wollen,
592 dass in Sachsen alle Menschen gerne alt werden und ein gutes Leben im Alter führen
593 können. Der wichtigste Schritt dazu ist die Eindämmung von Altersarmut. Wer aber auf
594 Sozialleistungen angewiesen ist, muss auf eine soziale Infrastruktur treffen, die
595 dennoch ein Altern in Würde ermöglicht. Wohnen, Sozialräume in den Städten und
596 Gemeinden, Mobilität, soziale Angebote sowie Kultur- und Freizeitangebote müssen
597 nicht nur baulich barrierefrei werden, sondern auch für diejenigen zugänglich sein, die
598 mit wenig auskommen müssen. Wir wollen, dass in allen Teilen des Freistaates eine
599 gleichwertige soziale Infrastruktur vorhanden ist.

600
601 Dazu gehören: Bildungs- und Kultureinrichtungen, Freizeit- und Sporteinrichtungen
602 sowie notwendige Angebote im Gesundheitswesen und für die Versorgung älterer
603 Menschen.

604
605 Gutes Leben bedeutet auch Vorsorge dafür zu treffen, dass es so lange wie möglich
606 geführt werden kann. Wir werden das Gesundheitsziel „Aktives Altern – Altern in
607 Gesundheit, Autonomie und Mitverantwortlichkeit“ wiederbeleben. Der ins Stocken
608 geratene Gesundheitsziele-Prozess bietet auch für Seniorinnen und Senioren die
609 Möglichkeit, sich für andere einzubringen und gemeinsam gesund alt zu werden.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

610

611 Ältere Menschen sollen sich einmischen, weil wir viel von ihnen lernen können. Wir
612 wollen uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, dass ihnen ein flexibler Eintritt
613 in das Rentenalter ermöglicht wird. Zudem wollen wir das Ehrenamt so stärken, dass
614 sich ältere Menschen besonders gut einbringen können. Wir werden ebenfalls die
615 Möglichkeiten der Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren deutlich stärken und die
616 rechtlichen Grundlagen so legen, dass Mitbestimmung in der Gesellschaft ganz konkret
617 und so niedrigschwellig wie möglich erfahrbar ist. Eine Möglichkeit, um sich
618 einzumischen, sind die Vertretungen von Seniorinnen und Senioren in den Kommunen
619 und den Landkreisen. Wir werden sie so stärken, dass ihre Anliegen geäußert und
620 gehört werden können. Aber diese Vertretungen brauchen auch im Freistaat eine
621 starke Stimme. Die Landesseniorenvertretung soll diese Stimme sein und wird so
622 ausgestattet, dass ihre langfristige Arbeitsfähigkeit gesichert ist.

623

624 *Mehrgenerationenhäuser*

625

626 Mit dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser ist die Bundesregierung im Jahr
627 2006 angetreten, um das Miteinander der Generationen neu zu beleben und Orte der
628 Begegnung für Menschen verschiedenen Alters zu schaffen. Gegenwärtig werden 32
629 Mehrgenerationenhäuser in Sachsen gefördert. Wir wollen, dass die Finanzierung der
630 Mehrgenerationenhäuser mit Unterstützung des Freistaates dauerhaft gesichert wird.

631

632 *Soziales Sachsen miteinander*

633

634 Der Maßstab für Lebensqualität beinhaltet nach sozialdemokratischem Verständnis
635 auch ein engmaschiges und flächendeckendes Hilfesystem für die Bürgerinnen und
636 Bürger. Ein modernes und soziales Sachsen können wir nur erreichen, indem uns die
637 Lebenslagen der Einwohnerinnen und Einwohner und der Bedarf bekannt sind. Ziel
638 unserer Politik ist es, jeden Einzelnen in seinem Lebensentwurf zu unterstützen. Dazu
639 werden wir wieder eine umfangreiche Sozialberichterstattung als Grundlage für
640 politische Weichenstellungen einführen. Diese ist dann Grundlage einer
641 bedarfsgerechten sozialen Förderung in allen Regionen Sachsens. Wir werden einen
642 landesweiten Reichtums- und Armutsbericht einführen.

643

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

644 Die größte Herausforderung der kommenden Jahre wird neben der demografischen
645 Entwicklung die Überwindung sozialer Spaltungsprozesse in unserer Gesellschaft sein.
646 Wir wollen zusammenführen, was zusammen gehört. Armutsprävention und
647 Armutsbekämpfung verstehen wir als unseren Auftrag. Natürlich können wir das nicht
648 alleine in Sachsen leisten. Wir werden über den Bundesrat die Initiativen anstoßen, die
649 uns bei der Armutsbekämpfung auf Bundesebene unterstützen. Armut abschwächen
650 geht für uns nur mit einer starken Daseinsvorsorge, wofür die Kommunen und
651 Landkreise verantwortlich sind.

652
653 Wir erkennen die sozialpolitischen Akteure als Dienstleister für den gesellschaftlichen
654 Zusammenhalt an. Deshalb sind sie für uns keine Bittsteller, sondern Partner auf
655 Augenhöhe, die für wichtige Leistungen gut ausgestattet werden müssen. Weil wir ihre
656 Arbeit schätzen, wollen wir die Sozialpartnerschaft zwischen Zivilgesellschaft und
657 Verwaltung wiederbeleben. Mit uns wird das Land mit den Trägern der
658 Wohlfahrtspflege im Dialog und in Kooperation zusammenarbeiten und verloren
659 gegangenes Vertrauen neu aufbauen. Sozialpartnerschaft beruht auf Verlässlichkeit.
660 Deshalb wollen wir wieder längerfristige Finanzsicherheit für Vereine, Organisationen
661 und Projekte schaffen und die rein kurzfristige Projektfinanzierung schrittweise
662 deutlich verringern. Außerdem wissen wir um das enorme Fachwissen und die starke
663 soziale Stimme der Spitzenverbände. Auch ihre finanzielle Grundlage werden wir
664 langfristig sicherstellen.

665
666 *Ehrenamt*

667
668 Ehrenamtliches Engagement ist das soziale Bindeglied unserer Gesellschaft. Jeden Tag
669 stärken tausende Sächsinnen und Sachsen aller Generationen in Verbänden, Vereinen
670 und Initiativen den Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden. Dieses
671 Engagement verdient unseren größten Respekt. Deshalb wollen wir die
672 Ehrenamtsförderung als Teil einer sächsischen Anerkennungskultur stärken.

673
674 Das freiwillige Engagement prägt entscheidend das soziale und kulturelle Leben in
675 Sachsen. Hierin bündeln sich aber auch Fachkompetenzen und beruflich entwickeltes
676 und eingesetztes Know-how, die für die Gesellschaft unentbehrlich sind. Ehrenamt
677 benötigt Hauptamt, beispielsweise für alle Maßnahmen in der Personal- und
678 Organisationsentwicklung, zur Qualifizierung und Koordination. So werden wir gerade

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

679 die Freiwilligendienste stärken, so dass der soziale Dienst am Menschen bzw.
680 ökologische Aspekte als Kernmerkmale erhalten bleiben. Deshalb wollen wir die
681 professionellen Grundlagen für das Ehrenamt deutlich ausbauen.
682

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

683 **2. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN:**

684 **Die Bildung von morgen**

685

686 **Zukunft braucht Bildung – Bildung braucht Zukunft**

687

688 Gute Bildungspolitik ist nachhaltige Zukunftspolitik. Die Zukunftschancen junger
689 Menschen dürfen nicht von ihrer Herkunft abhängen. Gute Bildungspolitik leistet einen
690 konkreten Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe über alle
691 Generationen in unserer Gesellschaft. Wir werden deshalb niemanden zurücklassen
692 und jedem jungen Menschen eine zweite oder dritte Chance geben. Bildung kennt
693 dabei keine Altersgrenzen, denn unsere Gesellschaft entwickelt sich rasant und keiner
694 darf dabei abgehängt werden. Wir wollen, dass sich alle Kinder in unserem Land zu
695 eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Menschen entwickeln können. Alle
696 Kinder sind uns dabei gleich viel wert und müssen beste Entwicklungschancen
697 bekommen. Unsere Bildungspolitik richtet sich nicht nur auf die formalen
698 Bildungsinstitutionen und ist nicht nur Aufgabe des Staates. Wir wollen auch die
699 Rahmenbedingungen für informelle Bildung in den Kommunen, bei den freien Trägern
700 und im Rahmen einer umfassend verstandenen Kulturpolitik stärken.

701

702 Sozialdemokratische Bildungspolitik kennt keine Altersgrenzen und beschränkt sich
703 nicht nur auf die Erstausbildung. Kinder- und Seniorenakademien, starke
704 Volkshochschulen, die zweite und dritte Bildungschance auch nach dem 27. Lebensjahr
705 sind Teile des immer notwendiger werdenden lebenslangen Lernens, für die der Staat
706 und die Kommunen gute Rahmenbedingungen schaffen müssen.

707

708 Die kommunale Verantwortung für Bildung beschränkt sich dabei nicht auf die
709 Bereitstellung ausreichender Kita-Plätze, die bauliche Hülle der Schulen oder den
710 Schülerverkehr. Kommunale Verantwortung für Bildung umfasst auch die Bibliotheken,
711 die Museen, die Kinder- und Jugendarbeit, die Vernetzung von Bildungseinrichtungen
712 mit sozialen Einrichtungen sowie die mobile Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen.
713 Wir werden die Kommunen und Landkreise unterstützen, diese Verantwortung
714 wahrnehmen zu können.

715

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

716 Weil Bildungspolitik uns viel wert ist, werden wir in den kommenden zehn Jahren
717 zusätzlich 2,75 Milliarden Euro in diesen Bereich investieren. Wir können es uns
718 schlichtweg nicht leisten, Menschen in Sachsen zurückzulassen. Deshalb braucht es
719 eine hochwertige und gebührenfreie Bildungsinfrastruktur in Sachsen.

720

721 **Frühkindliche Bildung**

722

723 Ein wichtiger Schlüssel für echte Chancengleichheit, eine erfolgreiche
724 Bildungsbiografie und ein gelingendes Leben liegt in der frühkindlichen Bildung. An
725 dieser Stelle werden Chancen eröffnet und Nachteile ausgeglichen. Die individuelle
726 Förderung eines jeden Kindes verlangt daher vor allem in den ersten Jahren unsere
727 besondere Aufmerksamkeit. Nur so kann es gelingen, auch Kindern in schwierigen
728 Lebenslagen gute Startchancen zu geben.

729

730 Der sächsische Bildungsplan und die hohe Betreuungsdichte sind gute
731 Voraussetzungen. Hinzu kommen müssen auch gute Rahmenbedingungen und eine
732 gute Aus- und Fortbildung der Fachkräfte. Kinder sollen wohnortnah und ganztags in
733 die Kita gehen können. Das werden wir gesetzlich absichern. Um Zeit für die
734 individuelle Förderung zu haben, streben wir die längst überfällige schrittweise
735 Senkung des realen Betreuungsschlüssels in den Krippen auf 1:4, im Kindergarten auf
736 1:10 und im Hort auf 1:16 an. Damit verbunden ist eine verbesserte Vor- und
737 Nachbereitungszeit für die Erzieherinnen und Erzieher, Zeit für Qualifikation und für
738 die Leitung einer Kita. Grundlage für die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen in
739 Sachsen ist der Sächsische Bildungsplan. Dieser betont immer wieder die
740 Notwendigkeit der Vielfalt und Heterogenität der Lebenswelten. Das bedeutet, dass
741 auch die Bildungsvoraussetzungen von Kindern in den Fokus der Aufmerksamkeit
742 rücken müssen. Dazu gehören auch Kinder mit einem erhöhten Bedarf an Assistenz.
743 Wir werden Inklusion im Kindergarten so weiterentwickeln, dass die unterschiedlichen
744 Unterstützungsbedarfe angewandt werden.

745

746 Besonders für Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, stellt die
747 frühkindliche Bildung eine wichtige Basis dar, um einen sicheren Umgang mit der
748 Sprache zu erlernen. Kinder erlernen Sprache in der Interaktion mit anderen Kindern
749 und Erwachsenen. Eine gezielte Sprachförderung in Kinderkrippen und Kindergärten

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

750 muss ausgebaut werden, um schon frühzeitig bei Spracherwerbsstörungen eingreifen
751 zu können.

752

753 Wir werden im Kitagesetz den Landeszuschuss erhöhen, um Kommunen und Eltern von
754 den entstehenden Mehrkosten zu entlasten.

755

756 Kindertageseinrichtungen sollen systematischer und auf Augenhöhe mit Grundschulen
757 zusammenarbeiten. Um den Anforderungen im frühkindlichen Bereich besser gerecht
758 werden zu können, wollen wir eine akademische Ausbildung in frühkindlicher
759 Pädagogik für mindestens 20 Prozent der Fachkräfte ermöglichen.

760

761 Mehr als 100 Jahre nach der Abschaffung des Schulgelds für öffentliche Schulen wird es
762 Zeit, auch die Kitas als allgemeine Bildungseinrichtungen für alle Kinder gebührenfrei
763 zu gestalten. Wir wollen dieses Vorhaben zügig in den kommenden Jahren umsetzen.

764

765 **Schule der Zukunft**

766

767 Die Schule in Sachsen muss auf die zukünftigen Herausforderungen ausgerichtet
768 werden. Gegenwärtig ist sie strukturell, inhaltlich und personell nicht ausreichend auf
769 den Wandel und den Generationswechsel in der Lehrerschaft vorbereitet. Wir wollen
770 und dürfen kein Kind zurücklassen. Deswegen ist es nicht zu akzeptieren, dass mehr als
771 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler jedes Jahr am Schulsystem scheitern. Die SPD
772 will eine Schule, die eigenverantwortlich den Schulalltag gestalten kann, die ein
773 Mitspracherecht bei der Einstellung von Lehrkräften hat, die ganztägig und inklusiv
774 arbeitet und die sich ihrem sozialen Umfeld öffnet. Wir brauchen Schulen, in denen
775 Demokratie gelebt wird, indem Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und
776 Lehrer sowie Schulträger an der Gestaltung beteiligt sind. „Kein Kind beschämen. Kein
777 Kind zurücklassen.“ Das ist unser Credo. Dafür bedarf es hinreichender personeller und
778 sächlicher Ressourcen: mehr Lehrerstellen jetzt, als Einstellungskorridor für die Zukunft
779 sowie die Unterstützung der Kommunen beim Schulhausbau.

780

781 Wir wollen die Schulen mit Kind-bezogenen Unterstützungssystemen, wie
782 Schulsozialarbeit, Schulpsychologinnen und -psychologen etc. stärken.

783

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

784 Der technologische Fortschritt schreitet auch im 21. Jahrhundert rasant voran und
785 macht keinen Halt vor den sächsischen Bildungseinrichtungen. Kinder und Jugendliche
786 erleben ihn bereits zu Hause bei der Familie oder in ihrem sozialen Umfeld. In der
787 Schule sind Lehr- und Lernmittel teilweise nicht mehr zeitgemäß. Schülerinnen und
788 Schüler sollen aber auf der Höhe der Zeit unterrichtet werden. Deshalb wollen wir ein
789 „Digitales Klassenzimmer“ mit dem verstärkten Einsatz von elektronischen Lehr- und
790 Lernmitteln.

791
792 Die Gemeinschaftsschule bietet parallel zum Gymnasium einen gleichwertigen Weg
793 zum Abitur. Dort werden allen Schülerinnen und Schülern alle allgemeinbildenden
794 Schulabschlüsse bis hin zum Abitur ermöglicht. Die Gemeinschaftsschule schließt
795 direkt an die Grundschule an. Die Eltern entscheiden auf der Grundlage einer
796 Bildungsberatung gemeinsam mit den Kindern über den Bildungsweg. Die Kinder
797 sollen nach ihren Bedürfnissen und Erfordernissen gefördert und gefordert werden.
798 Gleichzeitig ist die Gemeinschaftsschule auch Ganztagschule. Hierfür erhält sie die
799 erforderlichen personellen und materiellen Mittel.

800
801 Wir brauchen eine transparente, systematisierte und koordinierte Berufs- und
802 Studienorientierung an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien im Freistaat Sachsen.

803
804 Um junge Menschen beim Start ins Berufsleben optimal unterstützen zu können,
805 wollen wir das Konzept der Jugendberufsagentur in Sachsen einheitlich umsetzen und
806 dabei besonders auf den Erfahrungen aus Hamburg aufbauen.

807
808 Die freien allgemeinbildenden Schulen sind ein wichtiger Teil der Bildungslandschaft in
809 Sachsen. Sie ergänzen und bereichern das öffentliche Schulwesen durch ihre Qualität
810 und Vielfalt. Wir werden dem Urteil des sächsischen Verfassungsgerichts umfassend
811 Rechnung tragen und die Finanzierung der freien Schulen auf solide und transparente
812 Füße stellen.

813
814 **Schulnetz gestalten statt ausdünnen**

815
816 Wir wollen das sächsische Schulnetz stabilisieren und seine weitere Ausdünnung
817 vermeiden. Grundschulen können jahrgangsübergreifend oder im Verbund arbeiten.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

818 Auch Gemeinschaftsschulen können mit mehreren Standorten und einzügig existieren,
819 wenn sie ein pädagogisch akzeptiertes Schulkonzept haben. Besonders im ländlichen
820 Raum können Gemeinschaftsschulen ihre Leistungsfähigkeit, sowohl pädagogisch als
821 auch ressourcenoptimierend beweisen, wenn sie die Aufgaben von Mittelschulen und
822 Gymnasien und gegebenenfalls auch der Grundschulen übernehmen. Dort, wo es
823 möglich und sinnvoll ist, soll durch Oberstufenzentren die Vielfalt der gymnasialen
824 Oberstufe gesichert werden.

825

826 Im Bereich der berufsbildenden Schulen bedarf es dringend einer landesweit
827 koordinierten Schulnetzplanung mit den Schulträgern und den Partnern der dualen
828 Ausbildung unter Verantwortung des Kultusministeriums.

829

830 Schulgebäude sind selbst Bestandteil eines pädagogischen Konzepts und zeigen die
831 Wertschätzung gegenüber unseren Kindern. In Sachsen gibt es einen Sanierungsstau
832 von ca. 2,4 Milliarden Euro. Viel Geld ist in den letzten Jahren investiert worden, aber
833 längst nicht genug, um diesen Bedarf zu decken. Die Kommunen allein sind damit
834 überfordert. Wir werden die Kommunen bei ihrer Aufgabe mit staatlichen Mitteln
835 unterstützen. Dazu werden wir ein zu Teilen durch EFRE-Mittel finanziertes
836 Schulhausbauprogramm mit jährlich 100 Millionen Euro ausstatten.

837

838 **Mehr Lehrerinnen und Lehrer braucht das Land**

839

840 Immer weniger Lehrerinnen und Lehrer unterrichten immer mehr Schülerinnen und
841 Schüler Bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Sachsen
842 wachsen, vor allem in den kreisfreien Städten und deren Umland. In dem gleichen
843 Zeitraum wird ein Drittel der Lehrkräfte (ca. 9.000) in den Ruhestand gehen. Zugleich
844 steigen auch die qualitativen Anforderungen an unsere Schulen.

845

846 Wir wollen die Zahl der Lehrerstellen an die steigende Zahl der Schülerinnen und
847 Schüler anpassen und auch dem erhöhten Bedarf für die Integration von Kindern mit
848 sonderpädagogischem Förderbedarf gerecht werden. Dazu werden wir in der
849 kommenden Legislaturperiode jährlich 500 Stellen (insgesamt 2.500) mehr besetzen,
850 als der Ersatz für die ausscheidenden Lehrkräfte erforderlich macht. Das entspricht
851 einer Stellenerhöhung von knapp 10 Prozent, mit der die Schulen die

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

852 Herausforderungen der nächsten Jahre gut schultern und zugleich für die Zukunft eine
853 hochqualifizierte Lehrerschaft mit gut gemischter Altersstruktur aufbauen können.
854 Gleichzeitig werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch
855 transparente und attraktive Einstellungsverfahren und gemeinsam mit den
856 Schulträgern Anreize schaffen, um die Lehrerversorgung vor allem im ländlichen Raum
857 zu sichern. Die Zahl der Sprachlehrkräfte wollen wir so erhöhen, dass die an einer
858 Schule angebotene zweite Fremdsprache frei von Schülerinnen und Schülern gewählt
859 werden kann. Gemeinsam mit den Hochschulen muss die Lehramtsausbildung in
860 Sachsen zeitgemäß fortentwickelt werden.

861

862 **Inklusive Schule**

863

864 Wir wollen gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention ein inklusives Schulsystem
865 umsetzen, in dem Kinder mit ihren individuellen Voraussetzungen gefördert werden.

866

867 Mit vollen Klassen von 28 und mehr Schülerinnen und Schülern und ohne ausreichende
868 Unterstützung von sonderpädagogischen Fachkräften wird es nicht gelingen, ein
869 positives Klima für ein gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung zu
870 schaffen. Kindern wird die notwendige individuelle Förderung auf diesem Weg nicht
871 zuteil.

872

873 Kinder mit einer Behinderung sollen laut UN-Behindertenrechtskonvention das Recht
874 erhalten, in einer wohnortnahen Grund- oder Mittelschule bzw. an einem Gymnasium
875 gemeinsam mit anderen Kindern zu lernen, anstatt in Sondereinrichtungen wie den
876 Förderschulen unter sich zu bleiben. Dazu müssen allerdings die Rahmenbedingungen
877 entsprechend umgestaltet werden. Wir werden die Empfehlungen der
878 Expertenkommission einschließlich des Minderheitenvotums prüfen und mit den
879 Akteuren umsetzen. Der Anspruch der Menschen mit Behinderung „Nichts über uns -
880 ohne uns!“ wird konsequent unser Handeln bestimmen. Die Umsetzung eines
881 inklusiven Bildungssystems erfordert gemeinsam getragenes Handeln von allen am
882 Prozess Beteiligten und muss den Eltern und Kindern Wahlfreiheit eröffnen. Die hierzu
883 notwendigen materiellen und personellen Ressourcen wollen wir bereitstellen.

884

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

885 Nicht mehr, aber bessere Gesetze braucht das Land. Deshalb werden wir nicht nur das
886 „Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft“ im Sinne des von der SPD mit initiierten
887 Verfassungsgerichtsentscheidendes novellieren, sondern das über zehn Jahre alte
888 Schulgesetz grundlegend im Sinne dieses Regierungsprogramms reformieren. Wir
889 brauchen ein modernes, anspruchsvolles Schulgesetz, das die möglichen Ressourcen
890 mit den pädagogischen Chancen verbindet und so auch die Voraussetzungen dafür
891 schafft, dass der Lehrerstellenplan endlich bedarfsgerecht wird.

892

893 Die Schule in Sachsen soll eine inklusive Schule werden. Wir wollen gemeinsames
894 Lernen am gleichen Ort. Elemente des zieldifferenten Lernens, das an Förderschulen
895 vorgehalten wird sowie das entsprechende Fachpersonal sollen in die Regelschule
896 integriert werden und separate Förderschule sukzessiv abgebaut werden. Beim
897 Schulhausbau und -umbau muss Barrierefreiheit allumfassend nach dem neuesten
898 Stand der Technik umgesetzt werden, die Kommunen sollen hierbei unterstützt
899 werden.

900

901 **Mobilität ist Voraussetzung für Chancengleichheit**

902

903 In den vergangenen Jahren ist das Ziel eines flächendeckenden, bezahlbaren Angebots
904 im ÖPNV in weite Ferne gerückt. Die Schülerbeförderung stößt auch aufgrund der
905 Schulschließungen an die Grenzen der Belastbarkeit der Eltern. Eine kostenfreie
906 Schülerbeförderung ist Teil der verfassungsmäßigen Lernmittelfreiheit. Wir werden sie
907 umsetzen, so wie es in anderen Bundesländern längst Alltag ist. Über die beitragsfreie
908 Schülerbeförderung hinaus wollen wir als zusätzliche Option ein Bildungsticket für 10
909 Euro im Monat einführen, das für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende
910 gelten soll. Das Bildungsticket gibt diesen jungen Menschen die Möglichkeit, jederzeit
911 mobil zu sein und im ganzen Jahr Fahrten nicht nur zur Schule und zum
912 Ausbildungsort, sondern auch zur Praktikumsstelle, zu Vereinen und
913 Kultureinrichtungen zurückzulegen.

914

915 **Qualität in der Aus- und Weiterbildung**

916

917 Sachsen braucht eine neue Gesamtstrategie zur Steigerung der Qualität der
918 Ausbildung, um die viel zu hohe Abbruchquote von rund 18 Prozent deutlich zu senken.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

919

920 Das Kernstück bleibt die duale Ausbildung. Sie ist ein Grundpfeiler der sächsischen
 921 Wirtschaft. Aber wir dürfen auch die vollzeitschulischen Ausbildungen, wie z. B. in der
 922 Pflege oder bei den Erzieherinnen und Erziehern nicht allein den freien Trägern
 923 überlassen. Gebührenfreiheit muss auch für die Ausbildung gelten. Eine qualitativ gute
 924 Ausbildung in einem anerkannten Beruf ist nach wie vor der beste Start ins
 925 Berufsleben.

926

927 Jeder junge Mensch, der einen Beruf lernen will, muss dazu auch die Chance
 928 bekommen. Unser Ziel ist es, die Schul- bzw. Bildungspolitik so zu gestalten, dass alle
 929 jungen Menschen mit einem qualifizierten Abschluss die Schule verlassen können.
 930 Dazu bedarf es einer Verbesserung des Übergangsmangements Schule-Ausbildung-
 931 Beruf sowie einer qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Berufsberatung.
 932 Weitere Instrumente sind ein koordinierter Ausbau der bestehenden Dialoge „Schule -
 933 Wirtschaft“, die Integration von berufspraktischer Bildung in den Schulalltag bspw.
 934 über Schülerbetriebspraktika, Betriebserkundungen, Schülerfirmen oder
 935 praxisorientierte Lernphasen innerhalb des jeweiligen Fachunterrichts sowie eine
 936 stärkere Orientierung auf mehr projektorientierte Lernphasen. Schülerinnen und
 937 Schüler sollen so frühzeitig die Breite beruflicher Möglichkeiten kennenlernen,
 938 verbunden mit dem Ziel, Talente und Bedarfe besser zusammenzubringen.

939

940 Wir wollen Hochschulen öffnen für Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung,
 941 auch ohne Abitur. Dabei sollen Ausbildungsangebote angerechnet werden. Die
 942 sächsische SPD fordert Übernahmegarantien für Auszubildende. Damit wollen wir den
 943 Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ praktisch umsetzen.

944 Wer eine Ausbildung gemacht hat, darf anschließend nicht mit Praktika oder
 945 befristeten Arbeitsverhältnissen abgespeist werden. Wer die erste Chance nicht
 946 erfolgreich meistert, muss auch zu einem späteren Zeitpunkt eine zweite oder dritte
 947 bekommen. Individuell zugeschnittene Qualifizierungen müssen Vorrang haben. Wir
 948 werden durch ein Weiterbildungsfreistellungsgesetz jeder Arbeitnehmerin und jedem
 949 Arbeitnehmer die Chance geben, Weiterbildung nicht nur im beruflichen Bereich
 950 wahrnehmen zu können. Politische oder allgemeine Weiterbildungen gehören ebenso
 951 zum lebenslangen Lernen und zum Schritthalten mit dem Wandel unserer
 952 Gesellschaft.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

953

954 **Zukunft der sächsischen Hochschullandschaft**

955

956 Hochschulbildung, Wissenschaft und Forschung sind von herausragender Bedeutung
957 für die künftige gesellschaftliche Entwicklung. Auch an dieser Stelle kann
958 Chancengleichheit hergestellt und zugleich internationale Wettbewerbsfähigkeit
959 ausgebaut werden. Im Zentrum des Wissenschaftssystems im Freistaat Sachsen stehen
960 unsere Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, die Forschung
961 und Lehre erfolgreich miteinander verbinden. Darüber hinaus bereichern unsere
962 Kunsthochschulen, die Berufsakademie Sachsen und zahlreiche außeruniversitäre
963 Forschungsinstitute den hiesigen Wissenschaftsstandort. Hochschulen sind Orte
964 geistiger Begegnungen, kritische Impulsgeber für unser Land und Anziehungsmagnet
965 für motivierte Menschen. Wir wollen nicht nur, dass viele junge Menschen bei uns
966 studieren, sondern dass sie auch dauerhaft eine berufliche Perspektive in Sachsen
967 finden.

968

969 **Hochschulentwicklung verlässlich gestalten**

970

971 Sachsen hat eine traditionsreiche und leistungsstarke Wissenschaftslandschaft. Die
972 sächsischen Hochschulen tragen maßgeblich dazu bei, dem demografischen Wandel in
973 Sachsen entgegenzuwirken. Positive Bevölkerungsentwicklungen in den Metropolen
974 Sachsens bekräftigen dies. Dennoch sollen alle Regionen in den Blick genommen
975 werden. Wir werden die Hochschulentwicklungsplanung aktualisieren und bis 2025
976 fortschreiben. Darüber hinaus wollen wir unsere Hochschulen bei der
977 länderübergreifenden Kooperation unterstützen. Wir machen uns stark für ein breites
978 Fächerspektrum, von Geistes- und Sozialwissenschaften bis zu MINT-Fächern
979 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), die alle unsere
980 Wissenschaftslandschaft prägen. Wir werden gemeinsam mit den Hochschulen an
981 einem überregionalen Konzept für die „Kleinen Fächer“ arbeiten. Für die staatlichen
982 Hochschulen schaffen wir Planungssicherheit und werden mehrjährige
983 Rahmenvereinbarungen schließen. Dies umfasst auch eine verlässliche Perspektive bei
984 Hochschulbauten und Investitionen für Großgeräte.

985

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

986 Um Innovation sowie Qualität in Forschung und Lehre zu befördern, soll die
987 Grundfinanzierung der Hochschulen angehoben werden. Der bis 2020 eingeleitete
988 Abbau in Höhe von 1.042 Stellen soll zurückgenommen werden. Darüber hinaus wollen
989 wir für verlässliche Aufwüchse bei Personal- und Sachkosten sorgen.

990
991 Mit uns werden die zur Verfügung stehenden Bundesmittel aus dem Hochschulpakt
992 den Hochschulen zur Verbesserung der Qualität der Lehre in vollem Umfang zur
993 Verfügung gestellt. Wir wollen den Hochschulpakt verstetigen und weiterentwickeln.

994
995 Bei der Weiterentwicklung sollen qualitative Indikatoren für die Lehre sowie eine
996 Masterplatzkomponente Berücksichtigung finden. Unser Ziel ist es, dass alle
997 Studierenden in Sachsen, die sich nach ihrem Bachelorabschluss weiterqualifizieren
998 wollen, die Möglichkeit haben, einen Masterabschluss zu erlangen. Hierfür wollen wir
999 ausreichend Masterstudienplätze zur Verfügung stellen.

1000
1001 Wir unterstützen die Grundgesetzänderung zur Aufhebung des Kooperationsverbotes,
1002 um Bund-Länder-Kooperationen dauerhaft zu ermöglichen, die Grundfinanzierung
1003 aller Hochschulen dauerhaft zu verbessern und drittmittelfreie Forschung wie gute
1004 Lehre zu sichern.

1005
1006 **Demokratische Hochschule**

1007
1008 Zur Stärkung der Autonomie der Hochschulen streben wir die Demokratisierung des
1009 Hochschulgesetzes an. Dabei sollen Partizipation und Mitbestimmung stärker in den
1010 Vordergrund rücken. So soll für die Wahl der Hochschulleitung eine
1011 Hochschulversammlung eingerichtet werden, in der die Mitgliedergruppen
1012 gleichberechtigt vertreten sind. Wir räumen den Hochschulen bei der Gestaltung ihrer
1013 Grundordnung mehr Freiheiten ein, achten dabei aber auf eine ausgewogene
1014 Kompetenzverteilung zwischen den Organen und sichern die Mitbestimmungsrechte
1015 der jeweiligen Mitglieder in den Gruppen. Wir stehen zur neuen Hochschulsteuerung
1016 über Rahmen-, Ziel- und Leistungsvereinbarungen. In Hinblick auf eine strategische
1017 Hochschulentwicklungsplanung wollen wir den Zielvereinbarungsprozess so gestalten,
1018 dass gesellschaftliche Bedarfe, politisch festgestellte Perspektiven und Möglichkeiten
1019 der Hochschulen miteinander abgeglichen werden. Genehmigte Struktur- und

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1020 Entwicklungspläne der Hochschulen sind dabei künftig zu berücksichtigen. Um für eine
1021 größtmögliche Akzeptanz zu sorgen, werden sowohl der Senat als auch der für
1022 Wissenschaft zuständige Landtagsausschuss beteiligt. Zusätzlich soll eine
1023 unabhängige Schlichtungsinstanz etabliert werden.

1024
1025 Ziel unserer Hochschulpolitik ist es auch, die Mitsprache aller Studierenden weiter zu
1026 stärken: So soll die Verfasste Studierendenschaft wieder hergestellt werden. Sie ist
1027 unerlässlich für die hochschulpolitischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Belange
1028 der Studierenden und trägt Verantwortung für die Mobilität der Studierenden. Der
1029 studentische Einfluss auf Entscheidungen im Bereich Lehre und Studium soll ausgebaut
1030 werden.

1031
1032 **Studiengebührenfreiheit sichern**

1033
1034 Der Zugang zu Bildung ist und bleibt kostenfrei. Wir stehen weiterhin für ein
1035 gebührenfreies Studium ein. Die in der letzten Legislatur von Schwarzgelb
1036 eingeführten Langzeitstudiengebühren und Studiengebühren für Nicht-EU-
1037 Ausländerinnen und Nicht-EU-Ausländer werden wir abschaffen.

1038
1039 **BAföG**

1040
1041 Das BAföG ist und bleibt für uns das zentrale Instrument, um im Bildungssystem
1042 Chancengleichheit herzustellen. Wir setzen uns für die Verbesserung des BAföG ein.
1043 Die Übergänge zwischen Bachelor und Master sollen abgesichert, die Altersgrenzen
1044 aufgehoben und die Möglichkeit einer Förderfähigkeit im Teilzeitstudium etabliert
1045 werden. Zudem wollen wir das Schüler-BAföG stärken.

1046
1047 **Qualität der Lehre sichern**

1048
1049 Wir wollen die Hochschulen vor Überlast bewahren und eine qualitativ hochwertige
1050 Lehre, die neue Lehr-Lern-Formen etabliert und die notwendige wissenschaftliche
1051 Infrastruktur bereithält. Um Betreuungsverhältnisse zu verbessern und die
1052 Hochschulen beim Aufbau der Qualitätssicherungssysteme zu unterstützen, werden
1053 wir ein sächsisches Programm zur Verbesserung der Lehre in Höhe von 40 Millionen

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1054 Euro auflegen. Wir werden zudem das Abprüfen von Mindeststandards nach drei
1055 Semestern des Lehrbetriebs gesetzlich etablieren.

1056

1057 **Gute Arbeit in Hochschulen**

1058

1059 Zur Eindämmung der prekären Beschäftigungsverhältnisse werden wir im Dialog mit
1060 den Hochschulen verbindliche Mindeststandards für Arbeitsverhältnisse festlegen. Wir
1061 wollen auch die Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten, Honorarkräften sowie
1062 studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften verbessern und ihre Mitsprache
1063 über ein modernes sächsisches Personalvertretungsgesetz sichern.

1064

1065 Bei der Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes werden wir im Bundesrat auf
1066 Standards für Mindestbefristungen und die Aufhebung der Tarifsperre drängen. Um
1067 dem Grundsatz „Daueraufgaben an den Hochschulen sollen über Dauerstellen
1068 abgesichert werden“ gerecht zu werden, setzen wir uns für eine Personaloffensive von
1069 Bund und Ländern für den wissenschaftlichen Nachwuchs ein. Bei dieser wird der
1070 Ausbau von Positionen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit der
1071 Karriereperspektive als Hochschullehrerin oder Hochschullehrer im Vordergrund
1072 stehen. Mit einer durch einen verlässlich ausgestalteten tenure-track aufgewerteten
1073 Juniorprofessur wollen wir die Perspektiven des wissenschaftlichen Mittelbaus
1074 verbessern und ihnen deutlich früher eine Dauerstellung, verbunden mit dem Recht
1075 der selbständigen Forschung und Lehre, eröffnen.

1076

1077 Wir werden ein gemeinsames Konzept zur Förderung des wissenschaftlichen
1078 Nachwuchses erarbeiten. Der Landesgraduiertenförderung, insbesondere für den
1079 geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich, werden wir eine stärkere Rolle als
1080 bislang beimessen. Die Nachwuchsgewinnung an Hochschulen für Angewandte
1081 Wissenschaften über die kooperative Promotion soll durch den Aufbau von
1082 Kooperationsplattformen gestärkt werden.

1083

1084 Den Status von Promovierenden wollen wir verbessern: Eine verbindliche
1085 Doktorandenliste, eine Promotionsvereinbarung sowie eine eigene
1086 Promovierendenvertretung sollen Mindeststandards werden.

1087

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1088 **Inklusive Hochschule**

1089

1090 Wir werden die infrastrukturellen Voraussetzungen für Studierende mit
1091 Behinderungen oder chronischen Erkrankungen sowie Mitarbeiterinnen und
1092 Mitarbeiter mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen verbessern. Die
1093 Empfehlung „Eine Hochschule für Alle“ der Hochschulrektorenkonferenz zum Studium
1094 mit Behinderung oder chronischer Krankheit stellt dabei eine gute Grundlage für eine
1095 Gesamtkonzeption zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention an unseren
1096 sächsischen Hochschulen dar. Darauf aufbauend werden wir gemeinsam mit den
1097 Hochschulen unter Partizipation von Studierenden mit Behinderungen und
1098 chronischen Erkrankungen nach dem Grundsatz „Nichts über uns – ohne uns“ einen
1099 konkreten Maßnahmeplan für eine inklusive Hochschule erarbeiten. Dies soll auch
1100 einen Beitrag für eine diversity orientierte Hochschule leisten, welche die Belange
1101 ausländischer sowie älterer Studierender bzw. beruflich Qualifizierter berücksichtigt.

1102

1103 **Studentenwerke sichern und besser ausstatten**

1104

1105 Studentenwerke leisten hervorragende Arbeit. Sie sind das Rückgrat der sozialen
1106 Infrastruktur an den Hochschulstandorten und geben wichtige Impulse für das
1107 studentische Leben in den Universitätsstädten. Durch den Wandel studentischer
1108 Probleme stellen sich die Studentenwerke stets neuen Herausforderungen. Sie
1109 unterstützen bei der psycho-sozialen Beratung genauso wie beim Studium mit Kind
1110 oder beim Studium mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Wir bekennen
1111 uns zu den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur der Studentenwerke, in die
1112 notwendigen Weiterbildungsmaßnahmen der Beschäftigten und setzen uns für eine
1113 Erhöhung der Landeszuschüsse auf 10 Millionen Euro ein.

1114

1115 **Stärkung der Berufsakademie Sachsen**

1116

1117 Die Berufsakademie Sachsen mit ihren sieben Studienakademien ist fester Bestandteil
1118 der sächsischen Bildungslandschaft. Kernkompetenz der Berufsakademie liegt in der
1119 Sicherung des Fachkräftenachwuchses des sächsischen Mittelstands und einer engen
1120 Verknüpfung von wissenschaftlich-theoretischer und berufspraktisch-angewandter

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1121 Ausbildung. Das „Duale Studium“ soll deshalb als Alleinstellungsmerkmal gefestigt
1122 und ihr Profil beim Technologietransfer gestärkt werden.
1123 In einem ersten Schritt werden wir, ausgehend vom vorliegenden Gutachten des
1124 Wissenschaftsrates, die Berufsakademie Sachsen weiterentwickeln, um ihr neue
1125 Perspektiven zu eröffnen.

1126

1127 **Gleichberechtigung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

1128

1129 Frauen sind im Wissenschaftssystem noch immer strukturell benachteiligt. Unser
1130 Anliegen ist es, dass Frauen auf allen Ebenen des Wissenschaftssystems, vor allem aber
1131 in Führungspositionen, angemessen repräsentiert sind. Wir werden uns verstärkt auf
1132 die Einhaltung von Gleichstellungsstandards und die Festlegung konkreter Ziele für
1133 mehr Frauen in Führungspositionen einsetzen. Die Festsetzung von Zielquoten über
1134 das Kaskadenmodell sowie eine geschlechterspezifische Datenerhebung in künftigen
1135 Qualitätssicherungssystemen sind dabei unerlässlich.

1136

1137 Auch die Gleichstellungsbeauftragten wollen wir stärken und mit Stimmrecht in den
1138 Berufungskommissionen ausstatten. Zudem werden wir darauf hinwirken, dass es
1139 transparente Berufungsverfahren gibt.

1140

1141 Die SPD steht für familienfreundliche Strukturen an unseren Hochschulen in Sachsen.
1142 Aus diesem Grund werden wir Angebote wie Familienzimmer,
1143 Kindertageseinrichtungen sowie Tagespflege kontinuierlich ausbauen. Das Angebot an
1144 Teilzeitstudiengängen soll wachsen, um die Individualisierung des Studienalltages und
1145 der wissenschaftlichen Arbeit zu ermöglichen. Wir wollen, dass die familienpolitische
1146 Komponente im Wissenschaftszeitvertragsgesetz regelmäßig gewährt wird. Zudem
1147 werden wir ein Netzwerk für Dual-Career-Angebote aufbauen.

1148

1149 **Lehrerbildung**

1150

1151 Wir werden die derzeitigen Lehrerbildungsstrukturen evaluieren lassen, um eine
1152 verlässliche Ausgangsbasis für ein Lehrerbildungsgesetz zu haben. Innerhalb der
1153 Universitäten Dresden, Leipzig und Chemnitz, die mit Lehrerbildung betraut sind,
1154 sollen die dafür vorgesehenen Zentren gestärkt werden.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1155

1156 **Exzellente Forschung**

1157

1158 Forschung ist Aufgabe jeder Hochschule und im Sinne des Wissens- und
1159 Technologietransfers ebenso im öffentlichen Interesse des Freistaates Sachsen. Mit der
1160 öffentlich finanzierten Forschung wird zur Erörterung von Grundanliegen der
1161 Gesellschaft, zum Lösen gesellschaftlicher Aufgaben und zur Bindung von Fachkräften
1162 beigetragen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass eine Kommunikation von
1163 Forschungsergebnissen erfolgt und die Hochschulen darlegen, welche Forschung
1164 betrieben wird. Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen und
1165 friedlichen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen
1166 Verantwortung für eine nachhaltige und demokratische Entwicklung nach innen und
1167 außen nach.

1168

1169 Wir werden die Verpflichtungen aus der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder
1170 einhalten und uns für eine verlässliche Finanzierung nach 2017 einsetzen. Für uns steht
1171 fest, dass wir weiterhin Spitzenforschung besonders fördern wollen. Dabei sind Cluster
1172 und Graduiertenschulen geeignete Instrumente. In Hinblick auf die außeruniversitäre
1173 Forschungslandschaft bekennen wir uns zu den kontinuierlichen Aufwüchsen und sind
1174 bestrebt, weitere Ansiedlungen im Freistaat Sachsen zu unterstützen. Ein spezielles
1175 Augenmerk werden wir weiterhin auf die landeseigene Forschungsförderung legen, um
1176 die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sowie die Berufsakademie zu
1177 fördern.

1178

1179 Wir werden die Hochschulen bei der Einwerbung von EU-Forschungsmitteln
1180 unterstützen. Hierzu wollen wir ein sächsisches Projektzentrum nach dem Modell des
1181 EPC (European Project Center) der TU Dresden etablieren. Des Weiteren soll die
1182 Repräsentanz der sächsischen Wissenschaft in Brüssel gestärkt werden.

1183

1184 **Wissens- und Technologietransfer**

1185

1186 Besonderes Augenmerk richten wir auf die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und
1187 Forschung. Hier besteht ein großes Potenzial, das bislang ungenutzt ist. Unser Ziel ist
1188 die Einrichtung regionaler Kooperationsbörsen sowie die Förderung von

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1189 Technologiescouts. Die Technologie- und Gründerzentren an unseren
1190 Hochschulstandorten wollen wir im Dialog mit den Kommunen stärker als Inkubatoren
1191 für wissenschaftsnahen Ausgründungen ausrichten. Um den Übergang zwischen
1192 Hochschule und Arbeitsmarkt frühzeitig zu unterstützen, werden wir die bereits
1193 etablierten Strukturen der Career Center weiter fördern und Qualifizierungsangebote
1194 in diesen bündeln. Dabei sollen die Studierenden durch Praxissemester oder
1195 Studienarbeiten in Unternehmen frühzeitig in Kontakt mit der regionalen Wirtschaft
1196 treten können.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1197 **3. SACHSEN VORWÄRTS BRINGEN:**

1198 **Gesunde Wirtschaft, Faire Arbeit, Solide Finanzen**

1199

1200 Für die sächsische Sozialdemokratie ist eine starke Wirtschaft untrennbar mit fairer
1201 Arbeit verbunden. Sachsen braucht daher neue Schwerpunkte in der Wirtschafts- und
1202 Arbeitsmarktpolitik. Vor allem eine innovative Mittelstandspolitik ist erforderlich, um
1203 die Wettbewerbsfähigkeit des Freistaates langfristig zu erhalten. Dazu zählt eine
1204 langfristige Wachstumsstrategie, eine Bildungs- und Weiterbildungsoffensive sowie
1205 eine wirkliche Fachkräftestrategie für Sachsen.

1206

1207 Wir wollen den Stagnationskurs der schwarzgelben Staatsregierung korrigieren. Dabei
1208 gilt unsere Leitlinie: So viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie
1209 nötig. Deshalb setzen wir auf den handlungsfähigen demokratischen Staat, der klare
1210 Regeln für die soziale Marktwirtschaft vorgibt. Sie muss nachhaltig gestaltet werden
1211 und wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung
1212 vereinen. Die sächsische Wirtschaft hat ein großes Potenzial und wir wollen mit
1213 unserer Politik das Beste aus den vorhandenen Möglichkeiten herausholen. Findet kein
1214 aktives Umsteuern statt, besteht die Gefahr, dass Sachsen auf Dauer an
1215 Wettbewerbsfähigkeit verliert.

1216

1217 Starke Wirtschaft und faire Arbeit sind wichtige Säulen für den Zusammenhalt und die
1218 Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Eine starke, wettbewerbsfähige und regional
1219 verwurzelte Wirtschaft braucht verantwortungsbewusste Unternehmerinnen und
1220 Unternehmer sowie gut ausgebildete und engagierte Arbeitnehmerinnen und
1221 Arbeitnehmer.

1222

1223 Ein „Niedriglohnland“ Sachsen und der Abbau von Arbeitnehmerinnen- und
1224 Arbeitnehmerrechten sind sozial ungerecht, fördern die Abwanderung und schwächen
1225 den Standort Sachsen. Vielmehr muss unser Land die Wettbewerbsfähigkeit seiner
1226 Wirtschaft über hohe Qualität, Produktivität und Innovationen ausbauen. Eine
1227 moderne Sozialpartnerschaft garantiert dabei faire Arbeit, ein sicheres Einkommen,
1228 einen guten Lebensstandard und schafft die Voraussetzungen dafür, sein Leben
1229 eigenverantwortlich zu gestalten. Voraussetzung für faire Arbeit sind faire Löhne, eine
1230 leistungsgerechte Bezahlung von Frauen und Männern, familienfreundliche

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1231 Arbeitsbedingungen und echte Mitbestimmung durch die Arbeitnehmerinnen und
1232 Arbeitnehmer. Faire Arbeit ist inklusiv und gewährleistet jedem Menschen die Teilhabe
1233 am Arbeits- und Erwerbsleben.

1234
1235 Unternehmermodelle auf der Basis des Niedriglohnes lehnen wir entschieden ab. Der
1236 sozialdemokratische Ansatz für eine neue Wirtschaftspolitik im Freistaat Sachsen will
1237 den Aufbau einer neuen und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten sozialen
1238 Marktwirtschaft aktiv befördern und zeigen, wie qualitatives Wachstum und
1239 ressourceneffizientes Wirtschaften in Sachsen durch neue Leitprinzipien und
1240 Perspektiven erfolgen können. Dabei ist die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der
1241 sächsischen Wirtschaft und vor allem des Mittelstandes unser wichtigstes Anliegen.

1242
1243 Eine auf Innovationen ausgerichtete sächsische Wirtschaft ist auf hervorragend
1244 ausgebildete Fachkräfte angewiesen, die aber nur hier gehalten werden können oder
1245 nach Sachsen kommen, wenn die Entlohnung, die Arbeitsbedingungen und die
1246 weichen Standortfaktoren weiter verbessert werden.

1247
1248 **Starke Wirtschaft – Eine aktive Wirtschaftspolitik für qualitatives Wachstum**

1249
1250 *Aktive Rolle der staatlichen Wirtschaftspolitik*

1251
1252 Wir wollen die politischen Weichen in Sachsen neu stellen: In Richtung einer aktiven
1253 Wirtschaftspolitik, die auf qualitatives Wachstum setzt. Wir vertrauen auf engagierte
1254 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, verantwortungsbewusste Unternehmerinnen
1255 und Unternehmer und die regulierende Funktion des Staates. Wir bekennen uns zu
1256 einer aktiven Rolle der staatlichen Wirtschaftspolitik bei der Gestaltung der
1257 Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten im Freistaat Sachsen. Wir setzen
1258 auf einen Paradigmenwechsel von quantitativem hin zu qualitativem Wachstum. Es
1259 muss gelingen, Wachstum und Ressourcenverbrauch voneinander zu entkoppeln.
1260 Zentrale Elemente für qualitatives Wachstum sind Investitionen in die regionale
1261 Wirtschaftsstruktur, Innovationen, Forschung und Bildung. Dazu gehören auch
1262 geeignete Anreizsysteme in der Investitions- und Wirtschaftsförderung, die diese
1263 Ausrichtung aktiv unterstützen.

1264

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1265 *Ökologische Industriepolitik*

1266

1267 Die Stärkung der heimischen Industrie ist ein wesentlicher Faktor einer
1268 sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik für den Freistaat Sachsen. Im Mittelpunkt
1269 unserer ökologischen Industriepolitik steht die Modernisierung der Wirtschaft im Sinne
1270 einer nachhaltigen Produktion und Entwicklung. Nur so können wir sowohl
1271 wirtschaftliche Dynamik als auch ökologische Vernunft ermöglichen und dem
1272 bedrohlichen Klimawandel begegnen. Wir setzen dabei auf eine gezielte Förderung
1273 und Ansiedlung in den Leit- und Wachstumsmärkten der Zukunft und auf eine bessere
1274 Kooperation der sächsischen Unternehmen in Branchennetzwerken und Clustern. Wir
1275 wollen die Entwicklung der Industrie mit einer stärkeren technologischen Vernetzung
1276 voranbringen und gestalten. Unser Ziel ist es, Sachsen als Industriestandort attraktiver
1277 zu machen.

1278

1279 Der scheinbare Gegensatz zwischen Wirtschafts- und Umweltpolitik muss im Freistaat
1280 Sachsen überwunden werden. Energie- und Ressourceneffizienz müssen dabei zum
1281 bestimmenden sächsischen Markenkern werden. Das heißt: Unterstützung bei der
1282 Herstellung von umweltschonenden Produkten, Produktionsweisen und
1283 Dienstleistungen und die gezielte Nachfrageförderung durch Initiativen der
1284 öffentlichen Hand, z. B. durch eine intensive Nutzung der energetischen
1285 Gebäudesanierung. Wir wollen die sächsischen Unternehmen im globalen Wettbewerb
1286 weiter stärken.

1287

1288 Dabei setzen wir vor allem auf Effizienztechnologien, Erneuerbare Energien,
1289 Materialwirtschaft sowie Rohstoffrecycling – allein im verarbeitenden Gewerbe sind
1290 ca. 50 Prozent der Produktionskosten Rohstoff- und Energiekosten. Bei einer
1291 Einsparung in diesem Bereich von einem Prozent wäre das eine spürbare Entlastung
1292 des sächsischen Mittelstandes von über 80 Millionen Euro.

1293

1294 *Starker und innovativer Mittelstand*

1295

1296 Neben industriellen Leuchttürmen in verschiedenen Branchen mit großer Ausstrahlung
1297 bleiben die kleinen und mittleren Unternehmen sowie Handwerksbetriebe das
1298 Rückgrat der sächsischen Wirtschaft. Der sächsische Mittelstand hat sich in den letzten

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1299 Jahren durch das hohe Engagement der Unternehmerinnen und Unternehmer positiv
1300 entwickelt, deshalb muss die Bestandspflege von mittelständischen Unternehmen
1301 zukünftig intensiviert werden. Dennoch bleiben grundsätzliche strukturelle
1302 Schwierigkeiten und Herausforderungen. Das Hauptproblem sind kleinbetriebliche
1303 Unternehmensstrukturen, denn diese Struktur schränkt die Wettbewerbs- und
1304 Innovationsfähigkeit sächsischer Unternehmen ein. Insbesondere gegenüber den alten
1305 Bundesländern hat dies Nachteile, weil kleine Betriebsgrößen eine deutlich geringere
1306 Produktivität sowie Forschungs- und Innovationstätigkeit nach sich ziehen. Von den
1307 gut 160.000 sächsischen Unternehmen haben zurzeit nur 700 kontinuierliche
1308 Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Doch auf innovative Produkte und
1309 zukunftsweisende Technologien kommt es im 21. Jahrhundert gerade an. Die
1310 Investitionsförderung sollte vorrangig den Aus- und Aufbau von betrieblichen
1311 Forschungs- und Entwicklungskapazitäten unterstützen. Im Mittelpunkt dieser
1312 Anstrengung und zielgerichteten Ausrichtung sollen vorwiegend Unternehmen mit 50
1313 bis 250 Beschäftigten stehen.

1314
1315 Um die strukturellen Nachteile der heimischen Wirtschaft abzubauen, fordern wir eine
1316 geeignete Größenwachstumsstrategie für den sächsischen Mittelstand. Unser Ziel ist
1317 es, Unternehmenswachstum und Unternehmenskooperationen aktiv zu unterstützen
1318 und somit Größenwachstum der Unternehmensstrukturen anzuregen. Ein wichtiger
1319 Bestandteil der Größenwachstumsstrategie sind die offenen Unternehmensnachfolgen
1320 im Freistaat. Allein in den Jahren von 2014 bis 2018 stehen nach Prognosen 5.300
1321 Unternehmensnachfolgen in Sachsen an. Weil in den meisten Fällen der
1322 familieninterne Nachfolger fehlt, muss der überwiegende Teil der Unternehmen auf
1323 dem freien Markt angeboten und durch externe Nachfolger übernommen werden. Für
1324 uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest: Die über Jahre und
1325 Jahrzehnte geschaffenen Unternehmenswerte, das Know-how und vor allem die
1326 Arbeitsplätze müssen langfristig in Sachsen gehalten werden. Im Eigentümerwechsel
1327 sehen wir die Chance, Unternehmen zu einer engeren Kooperation zu bewegen. Darum
1328 werden wir Anreizprogramme auflegen, um größere Wirtschaftseinheiten zu schaffen,
1329 z. B. durch die Einrichtung eines Fusionsfonds. Unternehmensnachfolgen in Sachsen
1330 bzw. aus Nachfolgen resultierende Unternehmensfusionen zwischen sächsischen KMU
1331 müssen zukünftig bei der staatlichen Unterstützung und Förderung wie
1332 Neugründungen behandelt werden. Darüber hinaus müssen geeignete Möglichkeiten

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1333 geschaffen werden, dass die Bürgschaftsbank Sachsen und die Mittelständische
1334 Beteiligungsgesellschaft Sachsen dem Problem der fehlenden
1335 Eigenkapitalvoraussetzung im Rahmen von Unternehmensnachfolgen wirksamer
1336 begegnen können.

1337
1338 Die Wirtschaftsförderung in Sachsen muss zielgenauer und effizienter werden. Sie
1339 benötigt mehr Transparenz, weniger Bürokratie und eine verbesserte
1340 Beratungsqualität und eine stärkere Zusammenarbeit und Koordinierung mit den
1341 benachbarten Bundesländern. Dazu müssen die Förderprogramme gebündelt und
1342 klare, überprüfbare Zielvorgaben gesetzt werden. Die Wirtschaftsförderung soll die
1343 Innovationsfähigkeit unterstützen, Standortnachteile ausgleichen, in Notsituationen
1344 helfen und vor allem die besonderen Qualitäten der Unternehmen stärken. Wir
1345 brauchen die Stärkung von alternativen Förderinstrumenten wie revolvingenden Fonds,
1346 Bürgschaften, Darlehen und Beteiligungen. Wir werden die Fördermittelvergabe auch
1347 stärker an Kriterien der fairen Arbeit (Tarifbindung, Anteil der Leiharbeit) ausrichten.
1348 Alle anderen ostdeutschen Bundesländer haben dies in den letzten Jahren bereits
1349 getan. Darüber hinaus braucht der Freistaat eine kontinuierliche Mittelumschichtung
1350 von der Investitions- zur Innovationsförderung.

1351
1352 Als wichtigen Bestandteil des sächsischen Mittelstandes, wollen wir eine bessere
1353 Unterstützung des heimischen Handwerks. Mit über 59.000 Betrieben, über 400.000
1354 Arbeitsplätzen und fast 12.800 Auszubildenden ist das sächsische Handwerk die
1355 wichtigste regionale Wirtschaftskraft. Wir wollen folgende Ansätze in den Mittelpunkt
1356 unserer Politik für das Handwerk stellen:

- 1357
- 1358 • die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs durch die Stärkung der dualen
1359 Ausbildung und der verbesserten Anpassung des Schulunterrichts an die
1360 Bedürfnisse des Handwerks und indem eine praxisnahe Berufsorientierung fest
1361 im Lehrplan verankert wird;
 - 1362 • die immer noch zu niedrige Eigenkapitalquote: Dem sächsischen Mittelstand
1363 und dem Handwerk muss der Zugang zu Eigenkapital und Innovations- und
1364 Technologieförderprogrammen erleichtert werden;
 - 1365 • Ausbau der einzelbetrieblichen Beratung des Handwerksbetriebs vor Ort in allen
1366 Unternehmenslagen;

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

- 1367 • Wiederaufnahme von zehn Branchen (u. a. Gastgewerbe, Baugewerbe, Handel)
1368 in die Mikrodarlehensförderung;
- 1369 • Festhalten am Meisterbrief: Wir werden uns auf nationaler und europäischer
1370 Ebene gegen eine Aushöhlung des Meisterbriefs wehren;
- 1371 • bezahlbare Energieversorgung: Das Handwerk verbraucht nicht nur Energie,
1372 sondern spielt bei der Verbesserung der Energieeffizienz, z. B. bei der
1373 energetischen Gebäudesanierung eine herausragende Rolle. Wir werden uns
1374 weiter für eine Förderung einsetzen, denn sie kommt dem heimischen
1375 Handwerk zu gute und sichert die Wertschöpfung vor Ort.
- 1376
- 1377 Die sächsischen Unternehmen klagen teilweise mit nachvollziehbaren Argumenten
1378 über die übermäßige Belastung durch Normen, Richtlinien und Auflagen. Gerade im
1379 Bereich der Wirtschaftsförderung aber auch der Technologie- und
1380 Innovationsförderung schrecken viele Klein- und Mittelständler vor dem
1381 bürokratischen Aufwand zurück. Deswegen fordern wir eine deutliche Entlastung der
1382 sächsischen Unternehmen von bürokratischen Auflagen. Wir setzen dabei auf die
1383 Bündelung und Vereinfachung von Förderprogrammen. Außerdem wollen wir die
1384 rechtskonforme Vereinfachung von Förderanträgen, besonders durch eine gezielte
1385 Reduzierung von Berichtspflichten. Wir setzen zukünftig verstärkt auf Bestandspflege
1386 der Handwerksbetriebe, bezogen auf den Erhalt der betrieblichen Substanz, Liquidität
1387 und Stärkung der Investitionskraft. Darüber hinaus muss die einzelbetriebliche
1388 Beratung in allen Lebenslagen des Handwerksbetriebes vor Ort ausgebaut werden. Die
1389 bestehenden Regelungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit von
1390 Handwerkerleistungen wollen wir erhalten – im Falle einer positiven Evaluierung
1391 sollten diese sogar ausgeweitet werden.
- 1392
- 1393 Eine der zentralen Zukunftsaufgaben ist die Fachkräftesicherung. Der
1394 Fachkräftemangel droht in der Zukunft, den wirtschaftlichen Erfolg und Aufschwung
1395 Sachsens zu gefährden. So ist der Anteil von Hochqualifizierten an den
1396 Gesamtbeschäftigten in den letzten zehn Jahren in Westdeutschland um 30 Prozent
1397 angestiegen. Dagegen verzeichnet Sachsen ein Minus von 17 Prozent. Gegenwärtig
1398 verlassen 11 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss und über
1399 20 Prozent der Hochschulabsolventen zieht es nach dem Abschluss in ein anderes
1400 Bundesland. Unternehmen, Dienstleister und staatliche Einrichtungen stehen in einem

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

- 1401 zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte – so wird die Besetzung freier Stellen in
1402 einigen Branchen zunehmend schwieriger.
1403
- 1404 In der Herausforderung des Fachkräftemangels bieten sich für Sachsen Chancen. Es
1405 können innovative Lösungen erarbeitet, kreative Ansätze ausprobiert und damit eine
1406 beispielhafte Vorreiterrolle in Deutschland übernommen werden. Dazu müssen alle
1407 beteiligten Akteure gemeinsam in einer „echten Fachkräfteallianz“ arbeiten.
1408 Entsprechende bereits existierende Initiativen müssen genutzt und ausgebaut werden.
1409 Es ist dringend notwendig, die bestehenden und sich in Zukunft ergebenden Bedarfe
1410 für Fachkräfte regional und branchenspezifisch zu erfassen und einen ganzheitlichen
1411 Ansatz zur Fachkräftesicherung für Sachsen zu entwickeln. Die SPD wird das Thema
1412 „Fachkräfte“ in Regierungsverantwortung zur Chefsache machen.
1413
- 1414 Darüber hinaus werden wir jedem Jugendlichen im Freistaat Sachsen das Recht auf
1415 eine qualifizierte, gebührenfreie Ausbildung garantieren. Wir werden die Qualität der
1416 Schulabschlüsse sowie die Ausbildungsfähigkeit deutlich verbessern und setzen auf
1417 eine Qualitätsoffensive in allen sächsischen Bildungseinrichtungen.
1418 Fachkräftesicherung braucht aber auch eine aktive Zuwanderungspolitik und eine
1419 deutliche Verbesserung der Willkommenskultur in Sachsen. Dafür müssen rechtliche
1420 und administrative Hürden abgebaut werden. Die Anerkennung der im Ausland
1421 erworbenen Berufsabschlüsse und Qualifikationen muss weiter beschleunigt werden.
1422
- 1423 *Stärkere Regionalisierung*
1424
- 1425 Die Entwicklung der einzelnen Regionen und Landkreise ist in den vergangenen Jahren
1426 sehr unterschiedlich verlaufen. Dies resultierte vor allem aus unterschiedlichen
1427 ökonomischen, sozialen und infrastrukturellen Ausgangssituationen. Aber auch die
1428 falsche Ausrichtung der sächsischen Förderpolitik und Wirtschaftspolitik trägt dafür
1429 Verantwortung. Die Konzentration auf eine landesweit einheitliche Förderkulisse war
1430 mit Blick auf die beabsichtigten und erzielten Ansiedlungserfolge zwar richtig. Bei
1431 rückläufigen finanziellen Mitteln müssen zukünftig aber die Programme erst Recht
1432 passgenauer auf die jeweiligen Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten vor Ort
1433 abgestimmt werden. Dafür ist unser Konzept der Regionalbudgets und Regionalfonds
1434 der richtige Ansatz. Wer politische Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative von

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1435 Regionen erwartet und einfordert, muss ihnen auch die Entscheidungsspielräume und
1436 finanziellen Möglichkeiten offenhalten, diese wahrzunehmen bzw. zu entwickeln.
1437 Durch Regionalbudgets wird die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung in den
1438 Regionen gestärkt und es werden Freiräume für neue, schnelle und unkonventionelle
1439 Lösungen eröffnet. Regionalbudgets und Regionalfonds dürfen aber nicht als Ersatz
1440 vorhandener öffentlicher oder privater Finanzierungsmöglichkeiten dienen, sondern
1441 als Ergänzung, um regionale Finanzierungslücken zu schließen.

1442
1443 In Sachsen liegt der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am
1444 Bruttoinlandsprodukt bei 2,92 Prozent. Die sächsische Forschungsintensität muss
1445 weiter ausgebaut werden. Neben einer sehr erfolgreichen außeruniversitären
1446 Forschungslandschaft muss auch der betriebsnahe Forschungs- und Entwicklungs-
1447 Anteil gesteigert werden, um den Produktivitätsrückstand zu den erfolgreichen
1448 westlichen Bundesländern zu überwinden.

1449
1450 Wir stellen die Innovation ins Zentrum unserer Politik. Wir brauchen dafür eine
1451 effiziente Forschungs- und Technologieförderung, die zu einer besseren Verknüpfung
1452 von Wissenschaft und Wirtschaft beiträgt. Sachsen braucht eigene Programme zur
1453 Ergänzung der EU-Förderung für wichtige sächsische Branchen wie z. B. die
1454 Textilindustrie, die Rohstoffwirtschaft, den Bergbau oder industriennahe
1455 Dienstleistungen. Wir wollen eine Innovationsförderung in Sachsen, die sich nicht wie
1456 bisher über eine Vielzahl von kleinteiligen Förderangeboten um einzelne Teilbereiche
1457 kümmert. Dagegen braucht die sächsische Wirtschaft ein vereinheitlichtes Programm
1458 zur passgenauen Förderung des gesamten Wertschöpfungsprozesses. Wir wollen eine
1459 Stärkung der Innovationskraft gerade in sächsischen klein- und mittelständischen
1460 Unternehmen durch die Einführung von Technologiescouts, die mit einschlägiger
1461 Branchenerfahrung das richtige Gespür für wirtschaftliche und technische
1462 Zusammenhänge im Unternehmen entwickeln.

1463
1464 Wir müssen die erfolgreichen Fördermaßnahmen im Technologieförder- und
1465 Innovationsbereich – wie InnoPrämie und Innovationsassistenten – auch in Zukunft
1466 finanziell ausreichend absichern und noch zielgenauer im sächsischen Mittelstand
1467 bewerben, um eine höhere Erfolgsquote zu erreichen. Darüber hinaus wollen wir auf

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1468 Bundesebene dafür eintreten, dass eine steuerliche Förderung gerade für
1469 Mittelständler bei betrieblicher Forschung und Entwicklung möglich wird.

1470
1471 Die sächsische SPD bekennt sich zu den vorhandenen Potenzialen der sächsischen
1472 Kreativwirtschaft und wird diese viel stärker nutzen und gezielter unterstützen. Für die
1473 Kreativwirtschaft muss die Politik innovative Gestaltungsmittel einsetzen, um die
1474 Potenziale – insbesondere an den sächsischen Hochschulstandorten – für den
1475 Wirtschaftsstandort Sachsen dauerhaft nutzbar zu machen. Unser Ziel ist es, Sachsen
1476 zu einem Magneten für junge Kreative aus ganz Deutschland und Europa zu machen
1477 und ihnen hier gute Arbeitsbedingungen zu bieten. Sachsen braucht deswegen ein
1478 zentrales Kompetenzzentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft als Schnittstelle und
1479 Ansprechpartner zwischen administrativer Ebene und Kultur- und Kreativbranche in
1480 Form eines Clusters. Darüber hinaus müssen wir geeignete Anreize für Kreative auf
1481 kommunaler Ebene schaffen, z. B. durch die Bereitstellung von kostengünstigen
1482 Kreativ- und Arbeitsräumen.

1483
1484 **Faire Arbeit**

1485
1486 Faire, sichere und gut bezahlte Arbeit muss zu einem Markenzeichen für den Freistaat
1487 Sachsen werden. Unsere Arbeitsmarktpolitik muss jedem Menschen in Sachsen eine
1488 Perspektive aufzeigen und mögliche Angebote unterbreiten, die attraktiv sind.

1489
1490 Sachsen ist immer noch „Niedriglohnland“ und belegt deutschlandweit einen der
1491 letzten Plätze gemessen an den Durchschnittslöhnen. Das Lohnniveau der sächsischen
1492 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt lediglich bei 75 Prozent verglichen mit dem
1493 Niveau der alten Bundesländer. Folglich sehen wir uns mit den Konsequenzen der
1494 anhaltenden Abwanderung von Fachkräften und Hochqualifizierten konfrontiert. Wird
1495 die bundesweit einheitliche Niedriglohnschwelle von 1.802 Euro herangezogen, dann
1496 sind fast 44 Prozent der Sächsischen und Sachsen zu Niedriglöhnen beschäftigt.
1497 Vollzeitbeschäftigte verdienen selbst im ostdeutschen Durchschnitt 110 Euro weniger
1498 pro Monat als ihre Kolleginnen und Kollegen in den angrenzenden Ländern. Gegenüber
1499 den alten Bundesländern sind es durchschnittlich sogar 740 Euro weniger.

1500
1501 Jeder Dritte unter 35 Jahren arbeitet im sogenannten Niedriglohnbereich. Gleichzeitig
1502 steigt der Anteil der Leih- und Zeitarbeiterinnen und -arbeiter am stärksten bei den neu

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1503 geschaffenen Jobs. Insgesamt sind elf Prozent (220.000) der Arbeitnehmerinnen und
1504 Arbeitnehmer in Sachsen geringfügig beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit ist trotz der
1505 Erfolge in den letzten Jahren weiterhin noch doppelt so hoch wie in den alten
1506 Bundesländern. Mehr als 120.000 Menschen sind trotz Arbeit auf Zuschüsse durch den
1507 Staat angewiesen. Die schwarzgelbe Staatsregierung verschärft diese Spaltung am
1508 Arbeitsmarkt zusätzlich, indem sie Mindestlöhne immer noch verhindert,
1509 Allgemeinverbindlichkeitserklärungen ablehnt sowie Lohndumping und Missbrauch
1510 durch Leih- und Werksverträge duldet. Diese Niedriglohnentwicklung mit fehlenden
1511 Tarifverträgen sowie die Ausweitung von prekärer Beschäftigung und unsicheren
1512 Arbeitsplätzen müssen in Sachsen aufhören. Die Wettbewerbsfähigkeit der
1513 sächsischen Unternehmen wird langfristig nur dann zu sichern sein, wenn der Freistaat
1514 Sachsen zum „Musterland“ für gute und faire Arbeit wird.

1515
1516 Der gesetzliche, flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro wird, dank der
1517 Verhandlungen der SPD auf Bundesebene, auch in Sachsen kommen – obwohl er noch
1518 immer von der sächsischen CDU und FDP abgelehnt wird. Er ist ein Instrument, um für
1519 Löhne eine wirksame unterste Grenze zu ziehen und damit dem immer größer
1520 werdenden Niedriglohnbereich zu begegnen. Die Arbeitnehmerinnen und
1521 Arbeitnehmer müssen endlich ihren gerechten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg
1522 erhalten. Der Grundsatz „Leistung muss sich lohnen“ muss auch auf dem sächsischen
1523 Arbeitsmarkt endlich Realität werden.

1524
1525 *Sozialpartnerschaft vertiefen – weil wir gemeinsam stärker sind*

1526
1527 Die soziale Marktwirtschaft funktioniert nur mit einer starken Sozialpartnerschaft.
1528 Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände. Wir
1529 wollen keine Wirtschaft, die einseitig vom Markt oder Staat bestimmt wird. Ziel ist es,
1530 den sächsischen Arbeitsmarkt attraktiver zu machen, um Arbeitskräfte hier zu halten
1531 und neue zu gewinnen. Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte und
1532 Schwerbehindertenvertretungen haben gerade in jüngster Vergangenheit gezeigt, dass
1533 sie mit innovativen Konzepten einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung der Finanz-
1534 und Wirtschaftskrise leisten konnten. Sozialpartnerschaft ist aber nur dann erfolgreich,
1535 wenn sie von Vertrauen und Akzeptanz getragen ist. Dabei darf das

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1536 Demokratieverständnis nicht am Werkstor enden. Die sächsische SPD bekennt sich
1537 zum erfolgreichen Modell der Sozialpartnerschaft.

1538

1539 Wir werden ein neues Miteinander zwischen Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften
1540 etablieren. Kommunikation, frühzeitiges Einbeziehen und die Achtung des
1541 Sachverständes eines jeden werden dabei das Leitmotiv unseres Handelns sein. Durch
1542 gemeinsame Projekte sollen die Arbeitsbedingungen sowie die Innovationsfähigkeit
1543 der Unternehmen und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten verbessert werden.

1544

1545 Seit Jahren ist in Sachsen eine Tariffucht zu beobachten. Die schwarzgelbe
1546 Staatsregierung hat in den vergangenen Jahren alles versucht, um die ausgehandelten
1547 Tarifverträge nicht für allgemeinverbindlich erklären zu müssen. Weniger als 20
1548 Prozent der sächsischen Betriebe sind tarifgebunden und nur 44 Prozent aller
1549 Beschäftigten werden nach einem Branchen- oder Haustarifvertrag entlohnt. Wir
1550 müssen dieser Tariffucht entgegenreten. Gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden
1551 und den Gewerkschaften werden wir eine Vereinbarung abschließen, in der wir für
1552 Tarifverträge als Grundlage für die Regelung der Arbeitsbeziehungen in der sozialen
1553 Marktwirtschaft werben.

1554

1555 Sachsen braucht deswegen ein modernes Vergabegesetz, das diesen Namen auch
1556 verdient. Unser Entwurf garantiert, dass öffentliche Aufträge des Landes sowie der
1557 Kommunen im Freistaat Sachsen sich an sozialen und ökologischen Standards unter
1558 Berücksichtigung der Inklusion ausrichten und zukünftig nur noch an tariftreue
1559 Unternehmen vergeben werden dürfen. Damit wollen wir dem Lohndumping aktiv
1560 begegnen und sicheren, fairen Wettbewerb zum Wohle der heimischen Unternehmen
1561 garantieren. Wir dürfen es nicht mehr zulassen, dass in unserem Freistaat ein
1562 Wettbewerb auf Kosten der Löhne und Arbeitsbedingungen staatlich toleriert wird. Die
1563 öffentliche Hand muss in die Lage versetzt werden als Vorbild zu wirken und Sachsens
1564 Image als „Niedriglohnland“ zu beenden.

1565

1566 Die Ausweitung der Leiharbeit und Werksverträge haben zu einem erheblichen
1567 Missbrauch geführt. Wachsende Unsicherheit, gespaltene Belegschaften und
1568 Lohndumping sind die Folge. Der Missbrauch von Leiharbeit und Werksverträgen muss
1569 beendet werden, indem der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ endlich ohne

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1570 Ausnahme durchgesetzt wird. In Ergänzung zu bundesdeutschen Regelungen wollen
1571 wir Schluss machen mit der Zweiklassengesellschaft in den Unternehmen und die
1572 Leiharbeit wieder zu ihrem ursprünglichen Zweck zurückführen.

1573
1574 Zum Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ gehört auch die Gleichstellung von
1575 Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Frauen werden zu Beginn des 21. Jahrhunderts nach wie
1576 vor diskriminiert. Die Segmentation des Arbeitsmarktes, das heißt die Konzentration
1577 von Frauen auf nur wenige Berufe, ist immer noch nicht überwunden. Es gibt viel zu
1578 wenige Frauen in technischen Berufen. Frauen werden auch bei gleicher Tätigkeit
1579 schlechter bezahlt und erhalten in Deutschland bei gleichwertiger Arbeit im
1580 Durchschnitt immer noch 23 Prozent weniger Gehalt als Männer. Selbst bei gleicher
1581 Ausbildung, gleichem Beruf und gleichem Alter sind es immer noch 12 Prozent weniger.
1582 Diese Lohndiskriminierung von Frauen muss endlich ein Ende haben. Der Anteil von
1583 Frauen an atypischer und prekärer Beschäftigung ist überproportional hoch. Die
1584 existierenden gesetzlichen Regelungen reichen bei weitem nicht aus. Deshalb fordern
1585 wir, die Beseitigung der Entgeltdiskriminierung in allen Unternehmen durch ein
1586 Entgeltgleichheitsgesetz schnellstmöglich umzusetzen. Die Maßnahmen auf
1587 Bundesebene zur Beseitigung der Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben in
1588 Sachsen wollen wir mit kluger Gleichstellungspolitik konkretisieren. Dem Öffentlichen
1589 Dienst fällt eine Vorreiterrolle zu, wenn es darum geht, Aufstiegschancen von Frauen
1590 im Beruf zu ermöglichen und zu realisieren.

1591
1592 Gute und faire Arbeit setzt auch eine familiengerechte Arbeitswelt voraus. Die bessere
1593 Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzt den Familien und setzt zugleich Impulse für
1594 größeren betriebs- und volkswirtschaftlichen Erfolg. Den größten Beitrag dazu leistet
1595 eine qualitativ hochwertige, gut erreichbare und bezahlbare Kinderbetreuung, die allen
1596 Eltern das Arbeiten in einer flexibilisierten Arbeitswelt ermöglicht. Die sächsischen
1597 Unternehmen werden wir weiter darin unterstützen, familienfreundliche
1598 Arbeitszeitmodelle anzubieten, die im Einklang mit familiären Notwendigkeiten
1599 stehen.

1600
1601 Mitbestimmung ist Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges der sozialen
1602 Marktwirtschaft. Das Mitbestimmungsmodell hat sich gerade in der Finanz- und
1603 Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre bewährt und darf in Zukunft nicht in Frage

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1604 gestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen ein modernes
1605 Personalvertretungsgesetz mit substanziellen Verbesserungen bei der Mitbestimmung
1606 und Mitwirkung im öffentlichen Dienst bekommt. Die Umgehung der Mitbestimmung
1607 durch Auslagerung in Tochterunternehmen oder durch die Wahl der Rechtsform ist
1608 gesetzlich einzuschränken. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten bei
1609 Betriebsübergang, bei Unternehmensaufspaltungen und Unternehmensfusionen sind
1610 zu stärken. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten über das Betriebsverfassungsgesetz
1611 sind im Sinne einer zukunftsweisenden Entwicklung der Arbeitsbeziehungen weiter
1612 auszubauen. Wir fordern die Mitbestimmung des Betriebsrates zu Fragen der Aus- und
1613 Weiterbildung, Gleichstellung von Männern und Frauen und dem Einsatz von
1614 Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern. Eine Zweiteilung der Belegschaft in
1615 Stammebelegschaft und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter darf es in Zukunft nicht
1616 mehr geben.

1617
1618 Genauso wichtig wie stärkere Mitbestimmungsmöglichkeiten ist eine stärkere und
1619 insolvenz sichere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Erfolg der
1620 Unternehmen. Dies kann zu mehr betrieblichem Zusammenhalt, Kommunikation,
1621 Innovationskraft und Bindungsfähigkeit führen. Denn die meisten Unternehmen
1622 wissen: hochqualifiziertes Personal ist ihr wichtigstes Kapital für die Zukunft. Wir
1623 wollen eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen- und
1624 Mitarbeiterbeteiligung, z. B. über eine deutliche Erhöhung des Steuervorteils für
1625 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn ein Teil des Lohnes in das eigene
1626 Unternehmen investiert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Genossenschaftsmodelle
1627 wieder stärker gefördert werden.

1628
1629 *Stärkung des Arbeitsschutzes*

1630
1631 Die größten Arbeitsschutzprobleme in Sachsen sind: Arbeit unter erheblichem Druck,
1632 an der Grenze der Leistungsfähigkeit und unter der ständigen Angst, um die Sicherheit
1633 des Arbeitsplatzes. Die für die Arbeitswelt erlassenen Arbeitsschutzregelungen und
1634 Arbeitsschutzgesetzgebungen müssen daher ständig weiterentwickelt werden, um den
1635 sich laufend ändernden Arbeitsprozessen der modernen Arbeitswelt gerecht zu
1636 werden. Dabei ist zunehmend der betrieblichen Gesundheitsförderung mehr
1637 Augenmerk zu schenken, um z. B. den neuen Herausforderungen wie psychischer

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1638 Belastungen am Arbeitsplatz entgegen zu wirken. Wir brauchen deswegen eine
1639 Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung und Schaffung von
1640 Präventionsangeboten für große, mittelständige und kleine Unternehmen.
1641 Arbeitsschutz hat nur dann Erfolg, wenn er konkret an der Wirklichkeit der Branche und
1642 des Unternehmens ausgerichtet ist.

1643
1644 Wir brauchen den ständigen Dialog zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten,
1645 Arbeitgebern und Arbeitsschutzbehörden in der Sächsischen Arbeitsschutzallianz. Die
1646 staatlichen und berufsgenossenschaftlichen (bei öffentlichen Arbeitgebern die
1647 Unfallkassen) Aufsichtsgremien müssen finanziell und personell so ausgestattet
1648 werden, dass sie der hohen Verantwortung der Betreuung aller Unternehmen zur
1649 Durchsetzung des Schutzes des Menschen in der sich ständig ändernden Arbeitswelt
1650 umfassend gerecht werden können. Wir werden daher die Kürzungen in den
1651 staatlichen Arbeitsschutzbehörden zurücknehmen und zukünftig mehr Personal
1652 einsetzen.

1653
1654 Die SPD fördert die inklusive Berufsausbildung. Wir werden prüfen, ob Berufsbildungs-
1655 und Berufsförderungswerke gemäß Art. 24 UN-Behindertenrechtskonvention noch
1656 zeitgemäß sind und man sie für nichtbehinderte Auszubildende öffnen kann.

1657
1658 *Anrecht auf Weiterbildung*

1659
1660 Um den Anforderungen der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden, brauchen wir in
1661 Sachsen eine neue Kultur der Weiterbildung. Weiterbildung und lebenslanges Lernen
1662 sind angesichts des raschen Wandels von Arbeitswelt und Gesellschaft unverzichtbare
1663 Säulen der heutigen Wissensgesellschaft. Deshalb wollen wir die allgemeine,
1664 berufliche und akademische Weiterbildung im Freistaat Sachsen stärken, um die
1665 Menschen auf ihrem Lebensweg zu unterstützen. Wir brauchen ein Recht auf
1666 Weiterbildung. Deshalb braucht Sachsen ein Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz mit
1667 einem verbindlichen Anspruch auf mindestens fünf bezahlte Weiterbildungstage im
1668 Jahr.

1669
1670 Viele Langzeitarbeitslose haben trotz der anhaltend guten Konjunktur nur geringe
1671 Chancen auf eine neue berufliche Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt. Wir

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1672 brauchen Alternativen, die eine längerfristige soziale Stabilisierung ermöglichen, die
1673 eine sozialversicherungspflichtige Absicherung bieten und gleichzeitig den Hilfebezug
1674 beenden. Die SPD wird deshalb in Regierungsverantwortung die Weichen dafür stellen,
1675 dass eine Neuauflage des Kommunal-Kombis als Sozialer Arbeitsmarkt im Freistaat
1676 Sachsen geschaffen wird. Um das zu erreichen, werden wir die Bundes-, Landes- und
1677 kommunalen Gelder zusammenführen. Das Programm soll neue berufliche
1678 Perspektiven für Langzeitarbeitslose eröffnen und darf bestehende Arbeitsplätze nicht
1679 gefährden. Hierbei sind die speziellen Belange von Menschen mit Behinderung und
1680 chronischen Erkrankungen besonders zu berücksichtigen. Wir folgen damit dem
1681 Grundsatz: Es ist besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

1682
1683 Wir brauchen verlässliche Finanzierungsregelungen für die im Gemeinwohl tätigen
1684 Vereine und Verbände, damit sie selbst entscheiden können, wen sie zur Erledigung
1685 ihrer Aufgaben und Projekte mit der Arbeit betrauen wollen. Wir wollen
1686 Langzeitarbeitslose nicht mehr länger auf das Abstellgleis abschieben, sondern müssen
1687 ihnen ein langfristiges und sinnstiftendes Angebot unterbreiten, um am Arbeitsmarkt
1688 teilzuhaben.

1689
1690 Die Arbeitnehmerfreizügigkeit hat zu keiner großen Wanderungsbewegung geführt.
1691 Wir wollen das Zusammenwachsen der Grenzregion fördern. Dazu ist ein transparenter
1692 Arbeitsmarkt in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien nötig. Wir wollen Projekte
1693 für eine grenzübergreifende Berufsausbildung fördern. Dabei dürfen mobile
1694 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht durch skrupellose Geschäftemacher
1695 ausgebeutet werden. Deshalb setzen wir uns für faire und sichere Arbeitsbedingungen
1696 auch für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Grenzregion ein. Dazu
1697 soll es unter Einbeziehung der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften einen
1698 grenzübergreifenden Wirtschafts- und Sozialrat geben.

1699
1700 **Solide Haushalts- und Finanzpolitik**

1701
1702 *Konsolidieren. Investieren. Gestalten.*

1703
1704 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen einen handlungsfähigen Staat.
1705 Grundlage dafür ist eine solide Haushalts- und Finanzpolitik. Denn nur so garantieren

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1706 wir einen aktiven und aktivierenden Staat mit der nötigen Leistungskraft. Doch Steuer-
1707 und Finanzpolitik ist kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für Wachstum,
1708 wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit. Die Sicherung und der Ausbau der
1709 Lebensqualität und der Teilhabe aller Menschen stehen dabei im Mittelpunkt. Die
1710 sächsische SPD bekennt sich zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

1711
1712 Erst unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung konnte im Jahr 2006 erstmals
1713 ein ausgeglichener Haushalt für den Freistaat Sachsen vorgelegt werden. Seitdem
1714 tilgen wir die Schulden, die die CDU in fast 15 Jahren Alleinregierung angehäuft hat.

1715
1716 An dem von uns eingeschlagenen Kurs wollen wir festhalten: Wir werden die
1717 öffentlichen Haushalte weiterhin konsequent entschulden, aber wir brauchen auch
1718 den notwendigen finanziellen Spielraum, um nachhaltig in die Zukunft Sachsens
1719 investieren zu können.

1720
1721 Wir treten dabei entschieden gegen eine Politik ein, die unter dem Vorwand des
1722 Schuldenabbaus Sozial- und Bildungsabbau sowie Lohndumping im öffentlichen
1723 Dienst und bei öffentlichen Aufträgen betreibt.

1724
1725 2,75 Milliarden Euro beträgt die Bürgschaft des Freistaates Sachsen für das Landesbank-
1726 Desaster. Über eine Milliarde Euro wurde bisher schon gezahlt. Wenn wir in der Lage
1727 sind, eine derartige Summe für die Bezahlung von Altlasten auszugeben, müssen wir
1728 auch dazu bereit sein, eine vergleichbare Summe für die Zukunftsfähigkeit unseres
1729 Landes aufzubringen. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind unsere
1730 Kinder wichtiger als Banken und Spekulanten. Deshalb werden wir in die Zukunft
1731 unserer Kinder investieren: 2,75 Milliarden Euro, exakt die Summe der Bürgschaft,
1732 wollen wir zusätzlich in den nächsten zehn Jahren in die Hand nehmen. Jährlich
1733 können wir diese 275 Millionen Euro zur Verfügung stellen, indem wir einerseits bereits
1734 jetzt die Pensionszahlungen aus dem Zinsertrag des Generationenfonds leisten und
1735 andererseits durch unsere konsequente Entschuldungspolitik Zinsen einsparen.

1736
1737 Die sächsische SPD will in der Förderstruktur weg von der reinen Projektförderung und
1738 stattdessen verstärkt institutionelle Förderung stützen.

1739

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1740 *Soziale Gerechtigkeit heißt Steuergerechtigkeit*

1741

1742 Eine gerechte Finanzierung unseres Gemeinwesens ist Grundvoraussetzung für einen
1743 handlungsfähigen Staat. Steuergerechtigkeit heißt, dass die Besteuerung nach der
1744 eigenen Leistungsfähigkeit erfolgt. Steuerehrlichkeit stellt sicher, dass dieses Prinzip
1745 für alle gilt.

1746

1747 Steuerbetrug stellt eine Straftat dar, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt
1748 und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Nach seriösen Schätzungen
1749 entgehen den öffentlichen Haushalten in Deutschland jährlich bis zu 150 Milliarden
1750 Euro durch Steuerbetrug. Um die Einnahmehasis des Staates auf eine solide Grundlage
1751 zu stellen, ist es notwendig, dass sich alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit daran
1752 beteiligen. Alles andere führt zu einer Spaltung unserer Gesellschaft. Deshalb muss die
1753 Möglichkeit der Strafbefreiungen durch eine Selbstanzeige auf geringe Geldsummen
1754 begrenzt werden. Zudem werden wir uns finanziell am Ankauf sogenannter Steuer-CDs
1755 beteiligen.

1756 Wir setzen uns darüber hinaus für eine bessere Personalausstattung der
1757 Steuerfahndung und der Bußgeld- und Strafsachenstellen ein, damit eine wirksame
1758 Verfolgung von Steuerstraftaten gewährleistet werden kann.

1759

1760 *Länderfinanzausgleich*

1761

1762 Bis 2020 müssen die Grundzüge des Länderfinanzausgleiches neu geregelt werden, da
1763 die aktuellen Regelungen zum Ende des Jahres 2019 auslaufen. Die neuen
1764 Bundesländer, insbesondere Sachsen, gehören aufgrund des teilungsbedingten
1765 Nachholbedarfs und wegen der geringen eigenen Steuerkraft gegenwärtig zu den
1766 Begünstigten des bestehenden Finanzausgleichssystems. Vor dem Hintergrund der
1767 Klage der Bundesländer Hessen und Bayern gegen das aktuelle System ist es
1768 notwendig, eine Neuregelung der Finanzbeziehungen auf dem Verhandlungsweg zu
1769 erreichen. Sonderregelungen allein aufgrund der geografischen Lage werden sicherlich
1770 der Vergangenheit angehören. Sachsen wird jedoch aufgrund seiner geringen eigenen
1771 Finanzausstattung weiterhin auf die Solidarität der anderen Bundesländer angewiesen
1772 sein. Um Planungssicherheit ab 2020 zu haben, muss mit den Verhandlungen für einen
1773 neuen Länderfinanzausgleich in der kommenden Legislatur begonnen werden.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1774

1775 *Budgetrecht des Parlamentes stärken*

1776

1777 Es ist möglich, Schulden schrittweise abzubauen und trotzdem gleichzeitig in die
 1778 Zukunft des Freistaates zu investieren. In den vergangenen Jahren hat Sachsen mehr
 1779 Steuern eingenommen, als im Haushaltsplan veranschlagt. Das lag zum einen an den
 1780 großartigen Leistungen der Sächsinen und Sachsen, aber auch an der zu niedrigen
 1781 Veranschlagung der Mittel. Wir wollen die vorhandenen Mittel zielgerichtet für
 1782 Zukunftsinvestitionen einsetzen. In der Vergangenheit wurde das Parlament in die
 1783 Entscheidung über zusätzliche Mittel nicht eingebunden. Das wollen und müssen wir
 1784 ändern. Denn wenn wir sehen, dass beispielsweise zu wenig Lehrpersonal an unseren
 1785 Schulen unterrichtet und sich entsprechende Spielräume durch höhere
 1786 Steuereinnahmen ergeben, dann muss das Parlament eine Entscheidung darüber
 1787 treffen können, wo ein zusätzlicher Investitionsbedarf erkennbar ist. Aber nicht nur im
 1788 Bereich der Verwendung von Steuermehreinnahmen sind die Rechte des Parlamentes
 1789 eingeschränkt. Mehr als drei Viertel aller bewilligten außer- und überplanmäßigen
 1790 Ausgaben erfüllen die notwendigen Kriterien nicht.

1791

1792 *Leistungsfähige Sparkassen in Sachsen erhalten*

1793

1794 Wir wollen die Sparkassenlandschaft in Sachsen leistungsfähig und regional verankert
 1795 erhalten. Die Sparkassen erfüllen mit ihrem dichten Zweigstellennetz eine überaus
 1796 wichtige Funktion im Bereich des flächendeckenden Angebotes von
 1797 Finanzdienstleistungen. Sie sind damit ein unverzichtbarer Teil des Lebens vor Ort
 1798 geworden. Sie nehmen eine führende Rolle bei der Begleitung von
 1799 Existenzgründerinnen und Existenzgründern ein. Sie fördern darüber hinaus Angebote
 1800 des Sports und der Kultur und gehören damit zu einer Infrastruktur, die sich an den
 1801 Bedürfnissen der Menschen, sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen
 1802 orientiert.

1803

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1804 **4. VOR ORT ZUR STELLE:**

1805 **Kommunales, Inneres, Sicherheit und Justiz**

1806

1807 **Kommune 2030**

1808

1809 Sachsens Kommunen sind nicht nur Heimat der dort lebenden Menschen, sondern
1810 auch die Orte, an denen Politik und deren Einfluss auf die Lebenswirklichkeit
1811 unmittelbar erlebt werden. Denn hier vor Ort, in den Dörfern, Städten und Landkreisen,
1812 im ländlichen Raum genauso wie in den großen Städten, erfahren die Bürgerinnen und
1813 Bürger hautnah, ob das Gemeinwesen funktioniert und die Aufgaben der öffentlichen
1814 Daseinsvorsorge gewährleistet sind.

1815

1816 Auf lokaler Ebene zeigt sich nicht nur, wie transparent, leistungsfähig und bürgernah
1817 die Verwaltung organisiert ist, sondern auch, welchen Handlungs- und politischen
1818 Gestaltungsspielraum die kommunalen Finanzen letztendlich überhaupt zulassen. In
1819 den sächsischen Kommunen stellen sich ganz konkret die wichtigen Fragen von
1820 Mobilität, Sicherheit, Daseinsvorsorge oder Bildungsinfrastruktur – gerade vor dem
1821 Hintergrund des demografischen Wandels. Denn Lebensqualität, Perspektiven und
1822 Teilhabemöglichkeiten vor Ort in den Dörfern und Städten entscheiden maßgeblich
1823 darüber, ob die Menschen hier dauerhaft ihre Zukunft planen können oder sich
1824 gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen.

1825

1826 Um die sächsischen Gemeinden fit für die Zukunft zu machen und dem
1827 demografischen Wandel wirkungsvoll zu begegnen, brauchen wir ein ganzes Bündel
1828 von Initiativen, die es miteinander zu verzahnen gilt. Die Aufgabe der sächsischen SPD
1829 ist es, die Landkreise, Städte, Gemeinden und Regionen langfristig in die Lage zu
1830 versetzen, eine eigenständige und selbstverantwortliche Politik der Anpassung und des
1831 Gegensteuerns umzusetzen. Die Kommunen sollten daher grundsätzlich die zentralen
1832 Adressaten entsprechender Fördermaßnahmen seitens des Freistaats sein.

1833

1834 Der demografische Wandel macht an Gemeindegrenzen nicht halt. Deshalb wollen wir
1835 eine Vernetzung von Regionen, Landkreisen, Städten und Gemeinden erreichen, da
1836 neue organisatorische Lösungen, z. B. für die Schulversorgung oder den Brandschutz,
1837 häufig nur über räumliche, fachliche sowie administrative Grenzen hinaus möglich

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1838 sind. Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit unterstützen, ohne jedoch die
1839 jeweiligen Eigenheiten auszublenden. Denn auch wenn es viele gleichartige Probleme
1840 in den ländlichen Regionen gibt, können diese doch nur vor Ort individuell gelöst
1841 werden. Erzwungene Gemeindefusionen durch Gesetz lehnen wir ab.

1842
1843 Wir halten am Recht der Kommunen auf wirtschaftliche Betätigung als Kernbereich der
1844 kommunalen Selbstverwaltung fest. Denn kommunale Unternehmen tragen in
1845 erheblichem Maße dazu bei, Arbeitsplätze zu schaffen, eine ausgewogene Entwicklung
1846 der Regionen zu garantieren, mit vorhandenen Ressourcen sorgfältig und nachhaltig
1847 umzugehen, Ökonomie und Ökologie zu vereinbaren und die kulturelle Vielfalt zu
1848 erhalten. Kommunale Unternehmen sind zudem ein erheblicher regionaler
1849 Wirtschaftsfaktor und gerade für Handwerk, kleinere Gewerbebetriebe und lokale
1850 Unternehmen bedeutende Auftraggeber. Neoliberale Kräfte wollen die Aufgaben der
1851 Daseinsvorsorge dem Markt und einem unbeschränkten Wettbewerb überlassen.
1852 Obwohl in vielen Fällen nach einer Privatisierung damit zu rechnen ist, dass Leistungen
1853 schlechter und teurer werden. Wir wollen die wirtschaftliche Betätigung der
1854 Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge daher als wesentliches Instrument zur
1855 Erfüllung ihrer Selbstverwaltungsaufgaben sichern und ihnen dabei noch mehr
1856 Gestaltungsfreiheit einräumen.

1857
1858 Kleingärten erfüllen eine wichtige Erholungsfunktion, dienen der Umweltbildung, der
1859 Förderung des Gemeinwesens und haben einen naturschutzökologischen Nutzen.
1860 Insbesondere in einer dicht besiedelten Stadt schaffen sie grüne Auflockerungen und
1861 tragen zu einem guten Stadtklima bei. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das
1862 Bundeskleingartengesetz in seiner Schutzfunktion und Struktur erhalten bleibt und an
1863 die neuen Herausforderungen angepasst wird. Wir schätzen das Engagement der
1864 Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, die mit ihrem aktiven Vereinsleben die
1865 zivilgesellschaftliche Kultur in den Kommunen bereichern. Die SPD setzt sich dafür ein,
1866 dass die Kommunen ihren Bestand an Kleingärten pflegen und halten.

1867
1868 **Kommunalfinanzen**

1869
1870 Die finanzielle Lage vieler sächsischer Kommunen ist problematisch. Eine Vielzahl
1871 unserer Städte und Gemeinden ist vom Haushaltsausgleich oder gar Überschüssen

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1872 weit entfernt. In vielen Regionen droht den Kommunen eine finanzielle Abwärtsspirale
1873 und strukturelle Defizite kommunaler Haushalte können oft aus eigener Kraft nicht
1874 mehr beseitigt werden. Die sächsische SPD steht an der Seite der Kommunen.

1875
1876 Eine Voraussetzung für die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung ist eine
1877 angemessene Finanzausstattung. Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) ist im Freistaat
1878 Sachsen seit 1999 als Rahmen- bzw. Dauergesetz ausgestaltet. Der Freistaat stellt in
1879 Form der allgemeinen und investiven Schlüsselzuweisungen sowie den Zuweisungen
1880 im Rahmen des Mehrbelastungsausgleichs für übertragene Pflichtausgaben den
1881 überwiegenden Teil der Finanzierungsausgleichsmasse den Kommunen als allgemeine,
1882 ungebundene Deckungsmittel bereit. Insbesondere die Ausgaben außerhalb des
1883 Finanzausgleichsgesetzes haben in der Vergangenheit stark zugenommen. Während
1884 der Freistaat Sachsen aufgrund einer deutlich besseren Einnahmeentwicklung sowohl
1885 2011 als auch 2012 einen deutlich positiven Finanzierungssaldo erzielte, verschlechterte
1886 sich die Haushaltssituation der Städte und Gemeinden zusehends.

1887
1888 Das in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip – wer eine Leistung bestellt, muss
1889 sie auch bezahlen – wird unter unserer Verantwortung endlich Beachtung finden.
1890 Weitere Kostensteigerungen durch Standarderhöhungen müssen den Kommunen
1891 ohne Wenn und Aber ausgeglichen werden. Wir bekennen uns zu dem Ziel
1892 ausgeglichener kommunaler Haushalte. Doch die strukturellen Defizite der
1893 kommunalen Haushalte können diese aus eigener Kraft nicht mehr beseitigen.

1894
1895 Die steigenden Lasten und veränderten Anforderungen an kommunales Handeln,
1896 ebenso wie die stetig sinkenden Einnahmen der Kommunen, sind auf Dauer nicht
1897 auszugleichen. Der notwendige Konsolidierungsprozess hat in vielen Kommunen
1898 bereits seine Grenze gefunden und kann nur noch unter Verzicht auf notwendige
1899 Leistungen weitergeführt werden. Deshalb ist eine Ausgaben- und Aufgabenkontrolle
1900 unabdingbar. Es darf nicht sein, dass auf Bundesebene gemeinsam mit den Ländern
1901 Leistungsgesetze verabschiedet werden, für deren Durchführung ausschließlich die
1902 Kommunen zuständig sind, ohne ihnen gleichzeitig eine angemessene
1903 Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen.

1904

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1905 Wir stehen für den Erhalt und die Sicherung der Gewerbesteuer. Wir werden uns dafür
1906 einsetzen, dass auch der Bund seinen Beitrag zur Sicherung der finanziellen
1907 Leistungsfähigkeit der Kommunen leistet. Wir werden daher die finanzielle
1908 Ausstattung der Kommunen verbessern.

1909

1910 **Verwaltungsreform und Verwaltungsmodernisierung**

1911

1912 Wir werden die 2011 beschlossene Behördenstrukturreform (Standortgesetz) einer
1913 kritischen Revision unterziehen. Klar erkennbare Fehlentscheidungen, die umkehrbar
1914 sind, werden wir korrigieren. Grundlage einer Neuausrichtung mit dem Ziel
1915 effizienterer Verwaltungsstrukturen müssen eine systematische Aufgabenkritik und
1916 eine belastbare Aufwand-Nutzen-Kalkulation sein. Die ersten baulichen Maßnahmen
1917 zur Umsetzung des bisherigen Konzepts sprengen bereits den geplanten Kosten- und
1918 Zeitrahmen und lassen befürchten, dass die Effizienz- und Einsparziele ins Gegenteil
1919 verkehrt werden. Sorgfältige Planung hat für uns Vorrang vor Aktionismus.

1920

1921 Im Rahmen der durch die Schuldenbremse vorgezeichneten Haushaltsspielräume
1922 müssen wir die zu Beginn der laufenden Legislaturperiode beschlossenen
1923 Stellenabbauziele korrigieren. Die öffentlichen Aufgaben sinken nicht proportional zur
1924 demografischen Entwicklung. Deshalb ist eine Personalentwicklungskonzeption
1925 erforderlich, die sich aus einer überfälligen Aufgabenkritik ableitet. Die Bewältigung
1926 von Umbruchsituationen erfordert eine leistungsfähige Verwaltung. Die haushalts-
1927 und demografiebegründete Reduzierung der Zahl der öffentlich Bediensteten und die
1928 Erschließung weiterer Effizienzreserven innerhalb der Verwaltung dürfen nicht zu
1929 einem Ausbluten des öffentlichen Sektors führen.

1930

1931 Wir werden ein Investitionsprogramm für eine Verwaltungsmodernisierung in Form
1932 eines eGovernments auflegen, das die Umstellungs- und Investitionsaufwendungen
1933 für eine barriere- und medienbruchfreie elektronische Kommunikation innerhalb der
1934 Verwaltung sowie zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung
1935 abdeckt und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs auch die kommunalen
1936 Mehraufwendungen abfedert. Parallel dazu muss für die Bürgerinnen und Bürger im
1937 gesamten Freistaat die flächendeckende Breitbandversorgung mit leistungsfähigen

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

- 1938 Netzen gewährleistet sein. Mehr eGovernment muss einhergehen mit mehr
1939 ePartizipation.
- 1940
- 1941 Bürgernahe Verwaltung in einem weltoffenen Sachsen bedeutet auch mehr
1942 interkulturelle Kompetenz. Wir werden die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen
1943 und öffentlichen Einrichtungen – wie Beratungsstellen, Pflege-, Gesundheits- und
1944 Behinderteneinrichtungen – fördern und unterstützen. Dazu wollen wir den Anteil der
1945 Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Landesdienst deutlich erhöhen und die
1946 interkulturelle Kompetenz innerhalb der Verwaltung des Freistaates als
1947 Qualitätskriterium verankern.
- 1948
- 1949 Die Modernisierung der Verwaltungssteuerung im Rahmen des Neuen
1950 Steuerungsmodells (NSM) wollen wir auf der Grundlage der bereits erfolgten
1951 Erprobungen fortsetzen. Das NSM wird künftig nur in solchen Verwaltungsbereichen
1952 eingesetzt werden, in denen der Steuerungsnutzen der erhobenen Daten den mit ihrer
1953 Erhebung und Aufbereitung entstehenden Mehraufwand an personellen und
1954 sachlichen Ressourcen übersteigt.
- 1955
- 1956 Die Erfüllung öffentlicher Aufgaben einschließlich der Versorgung mit leistungsfähiger
1957 Infrastruktur muss in öffentlicher Hand liegen. Nur in Ausnahmefällen stiftet eine
1958 öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) auch dem Gemeinwohl Nutzen. ÖPP darf vor
1959 allem nicht zum Instrument werden, die Schuldenbremse zu unterlaufen. Der Nutzen
1960 eines ÖPP-Projekts ist durch eine vom Rechnungshof zu prüfende, grundsätzlich
1961 öffentlich zu machende Wirtschaftlichkeitsberechnung nachzuweisen. Art und Umfang
1962 von ÖPP-Projekten im Freistaat, einschließlich ihrer langfristigen finanziellen Folgen,
1963 müssen im Haushalt transparent ausgewiesen sein. „Sale-and-lease-back“-Modelle
1964 und vergleichbare Finanzierungsgeschäfte werden wir ausschließen.
- 1965
- 1966 Die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens ist kein Beitrag zur
1967 Verwaltungsmodernisierung. Sinnvoller ist die Einbettung des Widerspruchsverfahrens
1968 in ein systematisches Beschwerdemanagement und die sektorale Öffnung für ein
1969 optionales Widerspruchsverfahren, bei dem die Bürgerinnen und Bürger zwischen der
1970 internen Verwaltungskontrolle und sofortigem gerichtlichen Rechtsschutz wählen
1971 können.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

1972

1973 **Öffentlicher Dienst**

1974

1975 Ein moderner öffentlicher Dienst braucht gut ausgebildete, motivierte und
1976 leistungsbereite Beschäftigte. Er benötigt zum Erhalt seiner Innovationsfähigkeit
1977 qualifizierten Nachwuchs – und daher eine qualitativ und quantitativ bedarfsgerechte
1978 Aus- und Fortbildung. Dem ist durch eine verantwortungsbewusste Personalplanung
1979 mit Hilfe von Demografiekonzepten, Demografietarifverträgen und
1980 Einstellungskorridoren mit entsprechender Prioritätensetzung im Haushalt Rechnung
1981 zu tragen. Um mehr Chancengleichheit im Bewerbungsverfahren zu erreichen und die
1982 Einstellung allein von den Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen der
1983 Stellenbewerberinnen und Stellenbewerber abhängig zu machen, befürworten wir
1984 anonymisierte Bewerbungsverfahren.

1985

1986 Die Arbeit der öffentlich Bediensteten verdient Anerkennung und Wertschätzung nach
1987 innen wie nach außen. Die schwarzgelbe Regierung hat die Beschäftigten in
1988 mannigfacher Weise demotiviert, u. a. durch Streichung der Sonderzahlung, keine zeit-
1989 und wirkungsgleiche Übertragung von Tarifabschlüssen auf die Beamtinnen und
1990 Beamten sowie verfahrensrechtliche Überrumpelung bei den Widersprüchen zur
1991 Senioritätsbesoldung mit der Folge tausender Verwaltungsgerichtsprozesse. Für uns
1992 sind die öffentlichen Bediensteten nicht nur Kostenstellen im Landeshaushalt, sondern
1993 wesentliche Bestandteile unseres Staats- und Gemeinwesens. Künftig setzen wir daher
1994 auf ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Dienstherrn und Bediensteten.
1995 Insbesondere setzen wir uns dafür ein, die Sonderzahlung durch entsprechende
1996 Anhebung der Grundbesoldung wieder einzuführen.

1997

1998 Motivierte, mitdenkende und loyale Bedienstete sind die Basis einer leistungsfähigen
1999 Verwaltung und sind zugleich Spezialistinnen und Spezialisten für eine effektive,
2000 bürgernahe Aufgabenerledigung. Verwaltungsleitungen können durch eine
2001 konstruktive Zusammenarbeit mit starken Personalvertretungen nur gewinnen. Die
2002 Mitbestimmungsrechte sowohl in der Verwaltung als auch in der Justiz sind weiter
2003 auszubauen, um zumindest ein im Bundesvergleich angemessenes Niveau zu
2004 erreichen.

2005

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2006 **Polizei**

2007

2008 Heimat bedeutet Sicherheit und Geborgenheit. Die Menschen müssen sich sowohl in
2009 den großen Städten als auch auf den Dörfern und im grenznahen Raum darauf
2010 verlassen können, dass ihnen im Notfall schnell geholfen wird und sie vom Staat
2011 bestmöglich vor Straftaten geschützt werden. Dies erreicht man nicht durch
2012 sicherheitspolitische Symbolpolitik, sondern durch eine bedarfsgerechte Zahl
2013 motivierter, leistungsfähiger und gut ausgebildeter Polizeibeamtinnen und
2014 Polizeibeamter, die flächendeckende Präsenz im Freistaat Sachsen zeigen und damit
2015 Verfolgungsdruck und Entdeckungsgefahr konstant hoch halten.

2016

2017 Eine Sicherheitspolitik, bei der die Stellenausstattung allein von haushaltspolitischen
2018 Sparvorgaben diktiert wird, anstatt sich am tatsächlichen Bedarf und Aufgabenanfall
2019 zu orientieren, lehnen wir entschieden ab. Der von CDU und FDP im Jahr 2010
2020 beschlossene zusätzliche Abbau von 800 Stellen im Polizeibereich muss rückgängig
2021 gemacht werden.

2022

2023 Polizeistrukturen dürfen nicht allein nach Kassenlage vorgehalten werden, sondern
2024 müssen sich an den zu leistenden Aufgaben und Qualitätsansprüchen sowie
2025 Bedürfnissen der Menschen orientieren. Wir erleben in Sachsen zwar einen
2026 demografischen Wandel, jedoch keinen geografischen. Bei schrumpfender
2027 Einwohnerzahl bleiben die Fläche des Freistaats und damit auch die Entfernungen
2028 gleich. Die Präsenz der Polizei im ländlichen Raum wird durch Stellenabbau und
2029 fortgesetzte Schließung von Polizeirevieren aufgrund der Polizeistrukturereform immer
2030 mehr eingeschränkt. Polizeibeamtinnen und -beamte müssen aufgrund der
2031 Zentralisierungsmaßnahmen immer weitere Wege zu ihren Einsätzen zurücklegen. Wir
2032 wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger darauf zählen können: Befinden sie sich in
2033 einer gravierenden Gefahrensituation, dann ist die Polizei innerhalb kurzer Zeit zur
2034 Stelle. Aufgrund der Unterschiedlichkeit polizeilicher Einsätze ist es nicht sinnvoll,
2035 analog zum Rettungsdienst Hilfsfristen gesetzlich festzuschreiben. Bei Gefahr für Leib
2036 und Leben muss die Polizei umgehend zur Stelle sein, bei einfachen Autounfällen mit
2037 Blechschaden ist eine Wartezeit für die Bürgerinnen und Bürger hinnehmbar. Bei der
2038 örtlichen Verteilung der Polizeidienststellen muss jedoch unbedingt beachtet werden,
2039 dass es jederzeit möglich sein muss, an jedem Ort umgehend einzugreifen, wenn

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2040 Gefahr für Leib und Leben besteht. Die Polizei- und Dienststellenstruktur in Sachsen
2041 muss sich daher an den Kriterien Fläche, Bevölkerung und Kriminalitätsbelastung
2042 orientieren. Polizeidienststellen in der Fläche müssen nah genug für schnelle Einsätze,
2043 stark genug für eine Rund-um-die-Uhr-Präsenz und schlank genug für eine effiziente
2044 Aufgabenerledigung sein.

2045

2046 **Justiz**

2047

2048 Gerichte sind als nachgeordnete Behörden hierarchisch dem Justizministerium
2049 unterstellt. Der rechtsprechenden Gewalt fehlt es im Unterschied zur Verwaltung und
2050 gesetzgebenden Gewalt an organisatorischer Eigenständigkeit und Selbstverwaltung.
2051 Die Justizverwaltung entscheidet nicht nur über die sächlichen und finanziellen
2052 Ressourcen, die Gerichten zur Verfügung gestellt werden, sondern darüber hinaus auch
2053 über die Einstellung, Beurteilung und die Beförderung von Richterinnen und Richtern.

2054

2055 Wir wollen die Unabhängigkeit der Justiz und gleichzeitig das Vertrauen der Menschen
2056 in eine unabhängige Justiz stärken und setzen uns dafür ein, dass die derzeit im
2057 Sächsischen Richtergesetz nur unzureichend geregelten Beteiligungsrechte in wirkliche
2058 Mitbestimmungsrechte geändert werden. Künftig soll ein Richterwahlausschuss, der in
2059 vielen anderen Bundesländern bereits Realität ist, unter maßgeblicher Beteiligung von
2060 Parlament und Richterschaft in einem mit dem Demokratieprinzip vereinbarten
2061 Verfahren über die personelle Zusammensetzung der Justiz, die Einstellung sowie
2062 Beförderung entscheiden.

2063

2064 Wir wollen uns zudem dafür einsetzen, dass der Freistaat Sachsen zusammen mit
2065 anderen Bundesländern ein tragfähiges Grundmodell zur Selbstverwaltung der Justiz
2066 erarbeitet und Änderungen des Bundesrechts unterstützt, die eine institutionelle
2067 Selbstverwaltung der Justiz ermöglichen.

2068

2069 Bei den Staatsanwaltschaften sprechen wir uns gegen ein externes Weisungsrecht des
2070 Staatsministers der Justiz im Einzelfall aus. Die Dienstaufsicht soll ausschließlich über
2071 den Generalstaatsanwalt ausgeübt werden. Als Teil der Strafjustiz soll die
2072 Staatsanwaltschaft in politischer Neutralität und sachlicher Unabhängigkeit ihre
2073 Aufgaben erfüllen können.

2074

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2075 Wir setzen uns für eine angemessene personelle Ausstattung der Gerichte und
2076 Staatsanwaltschaften ein, die es ermöglicht, zeitnah auf einen Anstieg der Belastung
2077 zu reagieren und die sich an den tatsächlichen Bedarfszahlen orientiert statt an
2078 haushaltspolitischen Erwägungen. Wir wollen, dass im Rahmen eines
2079 Personalplanungs- und Entwicklungskonzeptes für die sächsische Justiz im Haushalt
2080 für das Sächsische Staatsministerium der Justiz ein Einstellungskorridor festgelegt
2081 wird, der eine kontinuierliche und vorausschauende Personalgewinnung für die Justiz
2082 des Freistaates und eine ausgewogene Personalstruktur – sowohl im richterlichen als
2083 auch im nichtrichterlichen Dienst – gewährleistet.

2084
2085 Beim Besoldungs- und Versorgungsniveau wollen wir uns zur Wahrung der
2086 Konkurrenzfähigkeit Sachsens eng an den für den Bund geltenden Regelungen
2087 orientieren. Die Besoldung von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und
2088 Staatsanwälten sowie anderen öffentlich Bediensteten wollen wir im Interesse der
2089 Gewinnung und Bindung qualifizierten Personals auf das Niveau von Berufen mit
2090 vergleichbarer Ausbildung und Verantwortung anheben.

2091
2092 **Strafverfolgung**

2093
2094 Prävention ist ein Herzstück sozialdemokratischer Kriminalpolitik. Auch im Freistaat
2095 Sachsen ist eine gute, vorsorgende Sozialpolitik die beste Kriminalpolitik. Prävention ist
2096 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden daher die Arbeit örtlicher und
2097 regionaler Präventionsräte fachlich und finanziell stärker unterstützen.

2098
2099 Dort, wo Prävention nicht greift, muss effektive und schnelle Strafverfolgung in einem
2100 rechtsstaatlichen Verfahren zu schuldangemessenen Strafen führen. Dafür sind Polizei
2101 und Justiz personell so auszustatten, dass effektive Strafverfolgung möglich bleibt.

2102
2103 Resozialisierung und Sorge für die Opfer sind zwei Seiten einer Medaille. Wir werden
2104 die Möglichkeiten der Opferberatungsstellen ausbauen, Opfer von Straftaten vor,
2105 während und nach dem Strafverfahren zielgerichtet zu begleiten und zu unterstützen,
2106 und dabei auch die Zeuginnen und Zeugen nicht aus dem Blick zu verlieren. In Polizei
2107 und Justiz werden wir durch gezielte Aus- und Fortbildung die Sensibilität für die

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2108 Situation von Opferzeuginnen und -zeugen weiter erhöhen und die Zusammenarbeit
2109 mit den Opferschutzstellen verbessern.

2110

2111 Aufgabe von Strafverfahren ist es vorrangig, den Sachverhalt aufzuklären und die
2112 Schuld des Täters oder der Täterin festzustellen. Belastungen von Opfern und
2113 Zeuginnen und Zeugen in der Gestaltung und Durchführung des Verfahrens sind dabei
2114 zu vermeiden. Wo das Verfahren es zulässt, sind zugleich alle Chancen zu nutzen, das
2115 Verhältnis zwischen Täterin oder Täter, Opfer und Zeuginnen und Zeugen zu befrieden.
2116 Die Konfrontation der Täterin oder des Täters mit ihren oder seinen Taten im Rahmen
2117 des Täter-Opfer-Ausgleichs bringt dem Strafverfahren eine zusätzliche menschliche
2118 Qualität, die sich nachhaltig auf die Rückfallquote der Täterinnen bzw. Täter und die
2119 Genugtuung von Opfern und Zeuginnen und Zeugen auswirken kann.

2120

2121 **Strafvollzug**

2122

2123 Die SPD sieht die Resozialisierung von straffällig Gewordenen als ein zentrales
2124 Vollzugsziel. Erfolgreich wieder eingegliederte Strafgefangene begehen keine neuen
2125 Straftaten. Damit wird auch die Allgemeinheit besser geschützt. Die SPD hat sich in der
2126 vergangenen Legislaturperiode dafür stark gemacht, dass dieses Ziel den sächsischen
2127 Strafvollzug maßgeblich bestimmt.

2128

2129 Ferner setzt sich die SPD dafür ein, dass Haftentlassene nach der Haft weiter betreut
2130 werden, um Gefahren für diese selbst und für die Allgemeinheit auszuschließen. Die
2131 Wiedereingliederungsmaßnahmen müssen lange vor der Haftentlassung beginnen.

2132

2133 Eine Privatisierung des Strafvollzugs wird abgelehnt. Resozialisierung und Schutz der
2134 Bevölkerung vor weiteren Straftaten sind öffentliche Aufgaben und gehören in die
2135 Hände von dafür ausgebildetem, qualifiziertem und angemessen bezahltem Personal
2136 und dürfen nicht aus Kostengründen einem privaten Anbieter überlassen werden.

2137

2138 Zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Strafvollzugs wird die SPD auf eine
2139 bessere personelle Ausstattung sowie auf die entsprechenden baulichen Maßnahmen
2140 in den Haftanstalten hinwirken. Durch zielgerichtete Maßnahmen soll der Entstehung
2141 und Verfestigung von Subkulturen im Strafvollzug entgegengewirkt werden. Der

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2142 Neubau des gemeinsam von Sachsen und Thüringen betriebenen Gefängnisses in
2143 Zwickau-Marienthal wird grundsätzlich begrüßt. Angesichts der derzeitigen
2144 Überbelegungen in den sächsischen Justizvollzugsanstalten werden neue Haftplätze
2145 dringend gebraucht, um einen menschenwürdigen Strafvollzug zu gewährleisten.

2146
2147 Die Staatsregierung soll gesetzlich verpflichtet werden, dem Sächsischen Landtag in
2148 zweijährigem Abstand zur Lage des Strafvollzugs zu berichten. Der Bericht soll unter
2149 anderem die Stellensituation, deren Entwicklung und Altersstruktur, den Krankenstand
2150 sowie die Personal-Gefangenen-Relation beinhalten.

2151
2152 Die Beschäftigungsquote der Strafgefangenen im Vollzug ist deutlich zu steigern.
2153 Dabei sollen neben den üblichen Tätigkeiten für alle Strafgefangenen weitere
2154 Angebote der Aus- und Fortbildung mit der Möglichkeit eines nachweisbaren Erfolges
2155 geschaffen werden, um mit einer Qualifikation die Chancen der Resozialisierung und
2156 der Wiedereingliederung nach der Haftentlassung zu erhöhen. Der Jugendarrest ist in
2157 Richtung eines stationären sozialen Trainings fortzuentwickeln. Wir wollen prüfen, ob
2158 das soziale Training von geordneten Tagesabläufen in gemeinsamer, gruppenweiser
2159 Unterbringung nicht nur im Jugendvollzug, sondern auch für bestimmte erwachsene
2160 Straftäterinnen und Straftäter sinnvoll ist und ggf. die dafür erforderlichen rechtlichen,
2161 sachlichen und personellen Voraussetzungen schaffen.

2162
2163 Die SPD unterstützt Programme für Aussteigerinnen und Aussteiger im Vollzug für
2164 rechtsradikal gesinnte Straftäterinnen und Straftäter.

2165
2166 **Drogenpolitik**

2167
2168 Neben unserem Einsatz für die Stärkung der Suchtprävention und der Hilfe für
2169 Betroffene werden die Einhaltung der gesetzlichen Regulierungen zur
2170 Angebotsreduzierung von Suchtmitteln und allgemeine Verbote wie das
2171 Nichtraucherschutzgesetz, das Jugendschutzgesetz und das Gesetz über den Verkehr
2172 mit Betäubungsmitteln konsequent durchgesetzt und bei Verstößen entsprechend
2173 sanktioniert.

2174

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2175 Der Handel mit illegalen Drogen macht an unseren Landesgrenzen nicht Halt. Die
2176 überwiegend aus illegalen Laboren in Tschechien nach Deutschland gelangende Droge
2177 Crystal Meth hat in den Grenzregionen zu Tschechien explosionsartig zugenommen.
2178 Wir sprechen uns dafür aus, dass gemeinsam mit den EU-Mitgliedsländern,
2179 insbesondere Tschechien, Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen
2180 Drogenproduktion und -verbreitung ergriffen werden. Effektive Kontrollen durch
2181 Polizei und Zoll setzen dabei eine angemessene Personalausstattung voraus.

2182
2183 Die SPD wird sich für eine bundeseinheitliche Festlegung der Kriterien für die
2184 Einstellung von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren nach § 31 a BtMG in Fällen des
2185 Eigenverbrauchs von Cannabis in geringen Mengen einsetzen.

2186
2187 **Verfassungsschutz**

2188
2189 Angesichts des Unvermögens der staatlichen Sicherheitsbehörden, das Terrornetzwerk
2190 „Nationalsozialistischer Untergrund“ aufzudecken, sind Konsequenzen für
2191 Ausgestaltung und Arbeit der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern unabdinglich.
2192 Wir halten die Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen, die
2193 sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten, nicht für verzichtbar.
2194 Denn seit dem Auffliegen des Terrornetzwerks NSU wird – völlig zu Recht – massiv
2195 beklagt, dass unsere staatlichen Sicherheitsbehörden versagt haben, dass sie das
2196 Netzwerk eher hätten aufdecken müssen und dass es nicht gelungen ist, die zehn
2197 Morde zu verhindern.

2198
2199 Eine angemessene Reaktion auf das Versagen von Behörden kann jedoch nicht in ihrer
2200 Abschaffung liegen. Wer auf die staatliche Beobachtung und Analyse
2201 verfassungsfeindlicher Bestrebungen in Sachsen verzichtet, macht unser Land erneut
2202 zu einem attraktiven Rückzugsraum für demokratiefeindliche und menschenfeindliche
2203 Netzwerke.

2204
2205 Wir halten es jedoch für sinnvoll zu prüfen, ob einzelne Aufgaben stärker vom
2206 leistungsfähigeren Bundesamt erfüllt werden können. Wir plädieren dafür, dass sich
2207 das Landesamt für Verfassungsschutz künftig auf seine regionale Kernaufgabe
2208 konzentriert: auf die Beobachtung und Analyse von Bestrebungen im Freistaat
2209 Sachsen, die sich aktiv gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten. Ein

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2210 sächsisches Landesamt, das sich auf die Kernaufgabe „Verfassungsschutz“
2211 konzentriert, kann verkleinert werden. Wir wollen weniger, aber dafür besser
2212 qualifiziertes Personal in dieser Behörde.

2213
2214 Parallel müssen die Informationspflichten des Verfassungsschutzes erweitert und
2215 gesetzlich verankert werden. Außerdem muss die parlamentarische Kontrolle des
2216 Verfassungsschutzes deutlich erweitert werden, indem die Rechte und Kompetenzen
2217 der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) ausgeweitet werden. Vor diesem
2218 Hintergrund wollen wir die Parlamentarische Kontrollkommission zu einem in der
2219 Regel öffentlich tagenden, regulären Verfassungsausschuss des Sächsischen Landtags
2220 nach Berliner Vorbild umgestalten.

2221
2222 **Datenschutz und Recht auf Information**

2223
2224 Die vergangenen Monate waren geprägt von nicht enden wollenden Enthüllungen, in
2225 welchem Maße internationale Geheimdienste, insbesondere die amerikanische NSA,
2226 die Daten europäischer und damit auch sächsischer Bürgerinnen und Bürger bis hinauf
2227 in höchste Regierungskreise ausspähen und überwachen. Das gilt für jede Form der
2228 mittelbaren Kommunikation; keine elektronische Datei ist davor sicher.

2229
2230 Diese beängstigende Entwicklung hat dazu beigetragen, dass die Europäische
2231 Datenschutzrichtlinie und die Europäische Datenschutzgrundverordnung in den
2232 vergangenen zwei Jahren noch nicht verabschiedet werden konnten. Datenschutz kann
2233 aber nur international und europäisch gewährleistet werden. Wir wollen in Sachsen
2234 dazu unseren Beitrag leisten, soweit uns dazu Landeskompetenz zukommt.

2235
2236 Wir werden alle Maßnahmen ergreifen, die es ermöglichen, das Ausspähen von Daten
2237 durch unberechtigte Dritte zu unterbinden bzw. sich gegen solche
2238 Grundrechtsverletzungen rechtsstaatlich zur Wehr zu setzen. Wir wollen nicht
2239 hinnehmen, dass die Menschen in unserem Land in dem Bewusstsein leben müssen,
2240 dass jedes am Telefon gesprochene Wort, jeder geschriebene Buchstabe, jedes
2241 gespeicherte Bild, wenn nicht gar abgehört und mitgelesen, so doch jedenfalls erfasst
2242 und analysiert wird.

2243

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2244 Unsere Landesverfassung garantiert das Recht eines jeden Menschen, selbst über die
2245 Preisgabe und Verwendung seiner personenbezogenen Daten zu entscheiden. Wir
2246 werden uns dafür einsetzen, dass der Staat Maßnahmen ergreift, die diese
2247 Entscheidung auch in Zukunft ermöglichen. Die Skandale um den Missbrauch privater
2248 Daten in der Wirtschaft haben deutlich gemacht, dass nicht nur im Verhältnis von
2249 Bürgerinnen und Bürgern zum Staat das Grundrecht auf informationelle
2250 Selbstbestimmung bedroht ist. Die Datensammlung privater Unternehmen und deren
2251 unkontrollierte Nutzung erfordern eine Modernisierung unseres Datenschutzrechts.
2252 Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für ein wirksames Arbeitnehmer-
2253 Datenschutzgesetz ein, um der Datensammelwut und der Überwachung am
2254 Arbeitsplatz Grenzen zu setzen.

2255
2256 Vor allem im privaten Bereich muss der Datenschutz dringend weiter gestärkt werden.
2257 Dazu hat der bzw. die Landesbeauftragte für den Datenschutz eine Reihe von
2258 Kompetenzen. Es ist notwendig, die Behörde auch mit den dazu erforderlichen
2259 personellen Ressourcen auszustatten. Zudem wollen wir erreichen, dass die vom bzw.
2260 von der Landesdatenschutzbeauftragten aufgrund seiner bzw. ihrer Kontrolltätigkeit
2261 verhängten und eingenommenen Bußgelder nicht dem allgemeinen Haushalt des
2262 Freistaates Sachsen zufließen, sondern dessen bzw. ihrer Behörde und damit deren
2263 Leistungsfähigkeit zugutekommen. Darüber hinaus positionieren wir uns gegenüber
2264 der Vorratsdatenspeicherung kritisch und werden uns entsprechend in die
2265 bundespolitische Debatte einbringen.

2266
2267 So wichtig der Datenschutz im privaten und öffentlichen Bereich ist, so wesentlich ist
2268 das Recht der Bürgerinnen und Bürger, sich umfassend über alle öffentlichen Belange
2269 informieren zu können. Die Transparenz der öffentlichen Verwaltung ist
2270 Voraussetzung für ihre Kontrolle durch die Öffentlichkeit und die rechtstaatliche
2271 Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Entscheidungen müssen nachvollziehbar und
2272 nachprüfbar sein – das ist auch die beste Prävention gegen Korruption. Die SPD fordert
2273 deshalb erneut ein Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz für Sachsen:
2274 Bürgerinnen und Bürger brauchen einen Anspruch auf Informationen. Bis zur
2275 Verabschiedung eines Landesgesetzes unterstützen wir zudem die sächsischen
2276 Kommunen bei der Einführung von Informationsfreiheitsgesetzen.

2277

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2278 **Feuerwehr und Brandschutz**

2279

2280 In den letzten Jahren wurde manches erreicht, um die Situation der Freiwilligen
2281 Feuerwehren in Sachsen und ihrer Kameradinnen und Kameraden zu verbessern.

2282

2283 Doch vieles bleibt zu tun. Am stärksten beschäftigt uns nach wie vor die Frage: Was
2284 muss unternommen werden, um angesichts stagnierender Mitgliederzahlen,
2285 gewachsener beruflicher Belastung und damit sinkender Tageseinsatzbereitschaft den
2286 Brandschutz in Sachsen weiterhin sicherzustellen? Dafür gibt es nicht nur die eine
2287 Lösung. Aber ein Paket vieler verschiedener Maßnahmen kann dazu beitragen.

2288

2289 Zum einen wollen wir den vorbeugenden Brandschutz erhöhen, indem endlich auch im
2290 Freistaat Sachsen eine Rauchmelderpflicht für Neubauwohnungen eingeführt wird.
2291 Denn Rauchmelder retten nicht nur Leben, sondern sorgen auch für eine frühzeitige
2292 Alarmierung der Feuerwehr und damit für einen früheren und damit für die
2293 Kameradinnen und Kameraden leichteren, gefahrenärmeren Einsatz. Zudem wollen
2294 wir die Brandschutzerziehung an Kitas und Schulen stärken. Leider ist das Thema
2295 Brandschutzerziehung nach wie vor nicht in den Lehrplänen der sächsischen Schulen
2296 verankert.

2297

2298 Zum anderen muss die Ausbildungssituation mit dem Ziel verbessert werden, an der
2299 Landesfeuerweherschule Nardt genügend Lehrgangsplätze für die Freiwilligen
2300 Feuerwehren anzubieten. Es darf nicht sein, dass motivierte Kameradinnen und
2301 Kameraden jahrelang auf Lehrgangsplätze und die notwendigen Schulungen warten
2302 müssen, wenn vor Ort die im Brandschutzbedarfsplan festgelegten Einsatzstärken und
2303 Funktionen nicht erfüllt werden können, weil die notwendigen Qualifikationen nicht
2304 erworben werden konnten.

2305

2306 Besonders wichtig ist jedoch die Sicherung der Tageseinsatzbereitschaft. Mit der
2307 Einführung der Doppelmitgliedschaft wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, dass
2308 Kameradinnen und Kameraden, die tagsüber in einer anderen Gemeinde arbeiten,
2309 auch dort für Einsätze zur Verfügung stehen. Diese theoretische Möglichkeit muss
2310 praktisch mit Leben erfüllt werden, indem beispielsweise die notwendige

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2311 Schutzausrüstung angeschafft und vorgehalten und die Alarmierung sichergestellt
2312 werden muss.

2313
2314 Zudem setzen wir uns für die Einführung regionaler Brandschutzbedarfsplanungen ein
2315 und wollen die Kommunen bei deren Umsetzung durch die Bereitstellung
2316 entsprechender Haushaltsmittel unterstützen. Noch zu wenige Kommunen in Sachsen
2317 verfügen überhaupt über eine ordentliche Brandschutzbedarfsplanung. Die sinkende
2318 Tageseinsatzbereitschaft zeigt aber, dass es notwendig ist, mit einer solchen Planung
2319 nicht an den Gemeindegrenzen Halt zu machen. Auf der Basis einer regionalen
2320 Brandschutzbedarfsplanung ist es zudem viel besser möglich, den tatsächlichen
2321 Investitionsbedarf zu ermitteln

2322
2323 Das System der Stützpunktfeuerwehren wird bereits in einigen Bundesländern
2324 erfolgreich umgesetzt. Grundlage ist auch hierfür eine regionale
2325 Brandschutzbedarfsplanung, aus der ersichtlich wird, an welchen Orten und für
2326 welchen Einsatzradius eine solche Stützpunktwaache eingerichtet werden kann. Hier
2327 wird schwere und spezielle Technik vorgehalten, über welche die kleinen Wehren nicht
2328 verfügen.

2329
2330 Wichtig ist es auch, die öffentliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung für die
2331 Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr zu erhöhen. Um die Angelegenheiten des
2332 Brandschutzes in der kommunalen Arbeit präsenter zu machen, halten wir es
2333 beispielsweise für empfehlenswert, Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr als
2334 sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 44 SächsGemO in den
2335 zuständigen Ausschuss zu berufen. Außerdem sollte die Feuerwehr einmal jährlich vor
2336 dem Rat einen Brandschutzbericht vortragen, in welchem über Mitgliedschaft,
2337 Ausbildungsstand, Einsatzgeschehen und Investitionsbedarf berichtet wird. Zudem
2338 sprechen wir uns für den Erhalt aller derzeit bestehenden Wehren aus.

2339
2340 Für die Erfüllung aller kommunalen Aufgaben und damit auch des Brandschutzes ist
2341 eine finanziell solide ausgestattete Kommune die wichtigste Grundlage. Deshalb steht
2342 die sächsische SPD für eine grundsätzlich verbesserte Finanzausstattung der
2343 sächsischen Kommunen.

2344

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2345 Die Finanzierung des Brandschutzes und der notwendigen Investitionen braucht vor
2346 allem eines: Verlässlichkeit. Deshalb sollte im Landeshaushalt ein Mindestbudget als
2347 fester prozentualer Anteil am Gesamthaushalt verankert werden, das unabhängig von
2348 Wahlkämpfen oder Krisenzeiten sicher ist und Bestand hat. Eine Feuerschutzabgabe
2349 kann ein wirkungsvolles Instrument sein, nicht nur zur Finanzierung von
2350 Brandschutzaufgaben, sondern auch dafür, wieder mehr Bewusstsein in der
2351 Bevölkerung für den Stellenwert des Brandschutzes zu erzeugen.
2352

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2353 **5. NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN:**

2354 **Die Infrastruktur von morgen**

2355

2356 **Mobilität und Verkehr**

2357

2358 Mobilität ist die Grundvoraussetzung für die Teilnahme am sozialen und kulturellen
2359 Leben. Für die wirtschaftliche Entwicklung ist eine funktionierende Mobilität ebenfalls
2360 unerlässlich. Mobilität hat aber auch ihren Preis. Verkehr verursacht neben den
2361 unmittelbaren Kosten Lärm, Schadstoffe und einen zunehmenden
2362 Landschaftsverbrauch. Diesen negativen Auswirkungen wollen wir mit geeigneten
2363 Maßnahmen begegnen. Wir werden Städte und Gemeinden bei der Erarbeitung und
2364 Umsetzung von Luftreinhalteplänen und Lärmaktionsplänen unterstützen.

2365

2366 Eine zukunftsfähige Verkehrspolitik muss beides sein: sozial und umweltverträglich. In
2367 Zeiten knapper werdender fossiler Rohstoffe und steigender Benzinpreise wollen wir
2368 den Menschen in Sachsen Alternativen zum eigenen Auto anbieten. Eine Möglichkeit
2369 ist Carsharing, d. h. die gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen. Wir werden uns
2370 deshalb dafür einsetzen, dass Grundlagen geschaffen werden, um Kommunen die
2371 Einrichtung von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum rechtssicher zu
2372 ermöglichen. Der Freistaat muss zudem eine Vorbildfunktion einnehmen. Wir werden
2373 deshalb darauf hinwirken, dass Ministerien und deren nachgeordnete Behörden von
2374 Carsharing-Angeboten Gebrauch machen.

2375

2376 Darüber hinaus müssen wir Sachsen eng mit dem nationalen und internationalen
2377 Schienenverkehr verknüpfen. Wir wollen daher die Verkehrsverbindungen nach
2378 Tschechien und Polen weiter stärken und mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagern.
2379 Außerdem muss der Ausbau der Verbindung Dresden-Berlin endlich fertig gestellt und
2380 der südwestsächsische Raum mit Chemnitz wieder an den Fernverkehr angeschlossen
2381 werden. Auch die Anbindung nach Bayern über die Sachsen-Franken-Magistrale muss
2382 sichergestellt werden, denn wir brauchen weiterhin eine durchgehende Verbindung
2383 von Dresden über Freiberg, Chemnitz und Plauen nach Nürnberg. Unser Ziel muss sein,
2384 dass alle sächsischen Großstädte möglichst jede Stunde einen Fernbahnanschluss
2385 bekommen. Städte mit rund 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sollten
2386 zumindest im Zwei-Stunden-Takt bedient werden. Grundlage hierfür muss ein

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2387 integrierter Taktfahrplan sein mit leicht zu merkenden Abfahrts- und kurzen
2388 Umsteigezeiten. Damit ließe sich auch der Regionalverkehr einfach integrieren. Drei
2389 Dinge sind es, die wir für eine zukunftsfähige Mobilität in Sachsen anpacken müssen:
2390 Ausbau und bessere Finanzierung des ÖPNV, beim Straßenbau gilt Erhalt vor Neubau
2391 und schließlich die Förderung nichtmotorisierter Mobilität.

2392

2393 *Ausbau und bessere Finanzierung des ÖPNV*

2394

2395 Wir wollen, dass die Menschen in Sachsen auch ohne eigenes Auto mobil sein können.
2396 Gerade Kinder, Jugendliche, aber auch ältere Menschen sind auf Alternativen
2397 angewiesen. Deshalb brauchen wir einen starken und gut ausgebauten Öffentlichen
2398 Personennahverkehr (ÖPNV). In den sächsischen Ballungszentren besteht bereits heute
2399 ein gut ausgebautes Angebot. Im ländlichen Raum hingegen beobachten wir den Trend
2400 zum weiteren Abbau von Bus- und Bahnverbindungen. Diesen Trend wollen wir
2401 stoppen. Was für den Straßenverkehr gilt, muss auch für den Schienenverkehr gelten:
2402 Die Erschließung einer Region ist Aufgabe der Daseinsvorsorge und daher nicht allein
2403 aus wirtschaftlicher Perspektive zu bewerten.

2404

2405 Wir bekennen uns zu einem starken ÖPNV in Sachsen und werden entsprechende
2406 Finanzausgaben machen sowie die Planungssicherheit bei Investitionen in Infrastruktur
2407 und Betrieb gewährleisten. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass bei
2408 den Neuverhandlungen der Regionalisierungsmittel der Freistaat Sachsen nicht
2409 schlechter gestellt wird. Den Anteil, den der Freistaat den Aufgabenträgern für
2410 Betriebsleistungen im Schienenpersonennahverkehr zur Verfügung stellt, wollen wir
2411 signifikant erhöhen. Außerdem fordert die SPD die Zweckbindung der
2412 Entflechtungsmittel zur Förderung des ÖPNV festzuschreiben. Insbesondere
2413 Ersatzinvestitionen wollen wir stärker fördern.

2414

2415 Wir wollen einen angebotsorientierten ÖPNV zu erschwinglichen Preisen. Ziel unserer
2416 Mobilitätspolitik ist, für alle Bewohnerinnen und Bewohner in Sachsen ein attraktives
2417 und nutzerfreundliches ÖPNV-Angebot zur Verfügung zu stellen. Wir unterstützen
2418 daher das Konzept eines „Sachsentakts“, das auf der Grundlage des integralen
2419 Taktfahrplans einen mindestens stündlichen Anschluss aller Grundzentren im Freistaat
2420 Sachsen gewährleistet. Bis zur vollständigen Etablierung eines „Sachsentakts“ müssen

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2421 wir uns vor allem dafür einsetzen, dass die derzeitigen ÖPNV-Angebote noch besser
2422 miteinander verknüpft werden, um lange Umsteige- oder Wartezeiten auf ein
2423 Mindestmaß zu beschränken und Anschlüsse, vor allem in ländlichen Regionen,
2424 sicherzustellen. Dabei können auch alternative Bedienformen wie Anrufbusse,
2425 Bürgerbusse und Anrufsammeltaxis eine wichtige Funktion leisten.

2426
2427 Die zum Teil sehr unterschiedlichen Tarife sind ein großes Hemmnis für die Benutzung
2428 des ÖPNV. Vor allem in Regionen, wo unterschiedliche Tarifverbünde
2429 aufeinandertreffen, wird der Kauf des richtigen Fahrscheins zur Herausforderung. Wir
2430 setzen daher auf einen sächsischen Gesamtverkehrsverbund, damit sachsenweit ein
2431 einheitlicher Tarif gilt und die gleichen Beförderungsbedingungen angewandt werden.

2432
2433 *Straßenbau: Erhalt geht vor Neubau*

2434
2435 Beim Thema Straßenbau gilt für uns die Devise: Erhalt geht vor Neu- und Ausbau.
2436 Bevor wir in weitere Neubauten von Straßen investieren, wollen wir zunächst den
2437 Instandhaltungsstau auflösen. Denn bereits heute befinden sich 37 Prozent der
2438 Staatsstraßen und 16 Prozent der Brücken in der schlechtesten Zustandsklasse. Wir
2439 werden daher ein Instandsetzungs- und Erhaltungsprogramm für unsere Staatsstraßen
2440 auflegen. Auch beim kommunalen Straßennetz werden wir den Schwerpunkt auf den
2441 Erhalt der Infrastruktur legen. Bei der Förderung durch den Freistaat wollen wir vor
2442 allem den ungenügenden Zustand vieler Ingenieurbauwerke verbessern helfen. Wir
2443 werden die Kommunen beim Erhalt ihrer Verkehrsinfrastruktur stärker finanziell
2444 unterstützen. Wir werden die Kommunen außerdem in die Lage versetzen, den
2445 Instandhaltungsstau ihrer Infrastruktur schrittweise aufzulösen. Neubauprojekte ohne
2446 nachgewiesenen verkehrlichen Nutzen lehnen wir ab.

2447
2448 *Verkehrssicherheit erhöhen*

2449
2450 Immer noch passieren zu viele Unfälle auf sächsischen Straßen. Immer noch kommen
2451 zu viele Menschen im Straßenverkehr ums Leben. Wir werden uns daher dafür
2452 einsetzen, dass die Verkehrssicherheit weiter erhöht und die Zahl der schweren Unfälle
2453 signifikant reduziert wird. Dafür ist es notwendig, dass in sensiblen Gebieten, z. B. vor
2454 Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen,

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2455 Geschwindigkeitsbeschränkungen zur Regel werden. Wir wollen Kommunen
2456 unterstützen, vor solchen Einrichtungen unbürokratisch Tempo 30 anordnen zu
2457 können.

2458
2459 Wir fühlen uns dem Leitgedanken der „Vision Zero“ verpflichtet und wollen Straßen
2460 und Verkehrsmittel so gestalten, dass keine Verkehrstoten und Schwerverletzte mehr
2461 auftreten. Neben baulichen Maßnahmen wollen wir auch die Mobilitätserziehung
2462 stärker nutzen. Wir werden daher Verbände und Vereine wie z. B. die
2463 Landesverkehrswacht, die wichtige Präventionsarbeit leisten, stärker fördern.
2464 Mobilitätserziehung fängt bereits im Kindergarten und in der Grundschule an. Darüber
2465 hinaus wollen wir, dass Verkehrssicherheitstrainings auch in Unternehmen und
2466 Berufsschulen angeboten werden können.

2467
2468 Die Verbesserung des Straßenverkehrssicherheit spielt auch im Straßengüterverkehr
2469 eine große Rolle. Angesichts der prognostizierten Verkehrszunahme sind im Freistaat
2470 Sachsen als Transitland hierfür zusätzliche, moderne Park- und Kontrollplätze
2471 erforderlich. Zudem setzen wir uns für die Belange der sächsischen
2472 Transportunternehmen und der Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer, für gute
2473 Arbeitsbedingungen und gegen Lohn- und Sozialdumping im
2474 Güterkraftverkehrsgewerbe ein.

2475
2476 *Förderung des Fuß- und Radverkehrs*

2477
2478 Klimawandel, steigende Auto- und Benzinpreise sowie der demografische Wandel
2479 werden in Zukunft unser Mobilitätsverhalten stark beeinflussen. Auch ein gestiegenes
2480 Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein lassen immer mehr Menschen vom Auto auf
2481 das Fahrrad umsteigen.

2482
2483 Aus diesem Grund wollen wir diese Entwicklung beschleunigen und den Fuß- und
2484 Radverkehr stärker fördern. Deren Infrastruktur, die sowohl kostengünstiger zu bauen
2485 als auch zu unterhalten ist, werden wir massiv ausbauen. Wir streben an, den Anteil
2486 des Radverkehrs am Gesamtverkehr bis spätestens 2025 sachsenweit auf 20 Prozent zu
2487 erhöhen, die Radverkehrsanlagen dementsprechend auszubauen und ein landesweit
2488 einheitliches Radverkehrsnetz zu entwickeln. Wir wollen Städte und Gemeinden dabei

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2489 unterstützen und regen die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher
2490 Städte und Gemeinden an. Wir wollen die Verknüpfung des Radverkehrs mit Bus und
2491 Bahn stärker fördern und mittelfristig eine kostenlose Fahrradmitnahme, wie sie in
2492 anderen Bundesländern bereits längst üblich ist, in ganz Sachsen erreichen.

2493
2494 Zu Fuß gehen ist gesund und umweltfreundlich. Deshalb wollen wir Städten und
2495 Gemeinden helfen, Fußgängerinnen und Fußgänger gegenüber dem motorisierten
2496 Verkehr zu stärken. Dem müssen Stadtentwicklungskonzepte entgegenkommen, die
2497 die Nahversorgung und die Naherholung in den Mittelpunkt stellen. Unter dem
2498 Stichwort „Stadt der kurzen Wege“ soll die Nahmobilität weiter gefördert werden.
2499 Daher werden wir Kommunen finanziell und organisatorisch beim Aufbau eines
2500 kommunalen Mobilitätsmanagements unterstützen.

2501
2502 Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft wollen wir die Barrierefreiheit
2503 im öffentlichen Raum zu einem Schwerpunkt machen. Immer mehr ältere Menschen
2504 sind mit dem Rollator unterwegs, aber auch Menschen, die auf einen Rollstuhl
2505 angewiesen sind oder Familien mit Kinderwagen sollen einen barrierefreien
2506 öffentlichen Raum vorfinden. Wir wollen im Sinne der Inklusion die Umsetzung der
2507 UN-Behindertenrechtskommission vorantreiben und die Städte und Gemeinden bei
2508 den notwendigen Anpassungen der Verkehrswege finanziell unterstützen.

2509
2510 *Stärkung des ÖPNV für ganz Sachsen*

2511
2512 Die Beförderung von jungen Menschen in die Schulen, Hochschulen und
2513 Ausbildungsstätten ist ein Grundpfeiler für das regelmäßige ÖPNV-Angebot in den
2514 sächsischen Landkreisen. Um für eine gute Verkehrsanbindung mit öffentlichen
2515 Transportmitteln sorgen zu können, wollen wir den Schülerverkehr auf sichere
2516 finanzielle Füße stellen und dafür sorgen, dass den Trägern der Schülerbeförderung die
2517 tatsächlich entstehenden Kosten durch den Freistaat erstattet werden. Wir stehen für
2518 die Umsetzung einer beitragsfreien Schülerbeförderung im gesamten Freistaat
2519 Sachsen. Zudem wollen wir kostengünstige Angebote für alle weiteren Menschen
2520 schaffen, die eine sächsische Bildungseinrichtung besuchen oder sich in Ausbildung
2521 befinden. Denn der Besuch von Schule, Hochschule, Hort, Ganztagsangebot und
2522 Praktikum darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2523

2524 Mobilität ist die zentrale Voraussetzung für die soziale und kulturelle Teilhabe. Daher
 2525 setzen wir uns neben dem Bildungsticket für ein landesweites Mobilitätsticket ein. Von
 2526 diesem sollen alle Menschen profitieren, die sonst kaum in der Lage sind, sich Mobilität
 2527 innerhalb Sachsens mit Bussen und Bahnen leisten zu können. In Abstimmung mit den
 2528 Gemeinden soll ein landesweites kostengünstiges Mobilitätsticket geschaffen werden
 2529 von dem Einkommens- und Vermögenschwächere profitieren werden.

2530

2531 *Lärmschutz verbessern*

2532

2533 Verkehrslärm gehört auch in Sachsen zu den am stärksten empfundenen
 2534 Lärmbelastungen, denen wir tagtäglich ausgesetzt sind. Lärm beeinträchtigt nicht nur
 2535 die Lebensqualität, sondern macht auch krank: Wer dauerhaft von Lärm geplagt ist,
 2536 dem drohen Herz- und Kreislauferkrankungen. Deshalb wollen wir den Lärmschutz in
 2537 Sachsen verbessern. Ziel muss sein, den Lärm direkt an seiner Quelle zu bekämpfen.

2538

2539 Den größten Teil macht der Straßenverkehrslärm aus. Hier wollen wir Kommunen
 2540 mehr rechtliche Möglichkeiten geben, um lokal wirksame Instrumente leichter
 2541 umsetzen zu können. Außerdem muss der Freistaat die Kommunen bei der Erstellung
 2542 von Lärmaktionsplänen und deren Durchsetzung stärker als bisher unterstützen.

2543

2544 Zur Reduzierung von Fluglärm schlagen wir ein Stufenverfahren vor, das neben
 2545 lärmbedingten Betriebsbeschränkungen auch betriebliche Lösungen vorsieht.
 2546 Langfristig werden daher besonders laute Flieger ausgemustert werden müssen. Da die
 2547 Menschen, die in der Nähe eines Flughafens wohnen, wesentlich besser in der Lage
 2548 sind, die Belastung durch Fluglärm zu bewerten, sollen in Zukunft lokale Behörden und
 2549 andere Akteure vor Ort besser mit einbezogen werden und mehr Mitspracherechte
 2550 erhalten.

2551

2552 Im Bereich des Bahn lärms setzen wir uns dafür ein, dass es zu einer deutlichen
 2553 Aufstockung der Mittel für die Lärmsanierung kommt. Unser Ziel ist ein lückenloser
 2554 Lärmschutz an innerstädtischen Hauptverkehrsstrecken und in besonders betroffenen
 2555 Gebieten wie dem Elbtal.

2556

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2557 Bisher besteht kein gesetzlich festgeschriebener Anspruch auf Lärminderung an
2558 bestehenden lauten Straßen und Schienenwegen. Deshalb setzen wir uns für eine
2559 Absenkung der Sanierungsgrenzwerte in der Bundesimmissionschutzverordnung auf
2560 55 dB(A) nachts und 65 dB(A) während des Tages ein, die bundeseinheitlich als
2561 verbindliche Grenzwerte festzulegen sind.

2562

2563 *Schmalspurbahnen – Eine sächsische Tradition*

2564

2565 Die Schmalspurbahnen in Sachsen haben eine lange Tradition. Auch heute noch
2566 übernehmen sie eine wichtige Aufgabe im Personenverkehr und sind Wahrzeichen der
2567 sächsischen Industriekultur. Vor allem aber besitzen die Schmalspurbahnen einen
2568 hohen touristischen Wert. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass die
2569 Schmalspurbahnen auch in Zukunft weiter vom Freistaat unterstützt werden. Wir
2570 wollen, dass die Finanzierung der Schmalspurbahnen nicht mehr ausschließlich aus
2571 den Mitteln des ÖPNV, sondern auch aus Teilen der Tourismusförderung geschieht, um
2572 dem veränderten Stellenwert Rechnung zu tragen.

2573

2574 **Stadtentwicklung und Wohnen**

2575

2576 Wir haben in Sachsen in den letzten 25 Jahren viel erreicht. Im Rahmen des
2577 „Stadtbau Ost“ wurden mehr als 100 sächsische Städte aufwendig restauriert. Viele
2578 Kleinstädte sind heute wieder jene sächsischen Schmuckkästchen, die sie früher einmal
2579 waren. Vor allem im Hinblick auf den demografischen Wandel stehen wir in Zukunft
2580 vor großen Herausforderungen und müssen deshalb die Wohnungs- und
2581 Stadtentwicklungspolitik neu ausrichten.

2582

2583 *Bezahlbares Wohnen in Sachsens Großstädten*

2584

2585 Seit einigen Jahren ziehen wieder mehr Menschen in die sächsischen Großstädte. Diese
2586 Entwicklung ist erfreulich, sie führt aber auch dazu, dass die Mietpreise ansteigen.
2587 Trotzdem muss Wohnen gerade für Familien, Alleinerziehende und Ältere in den
2588 sächsischen Innenstädten bezahlbar bleiben.

2589

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2590 Wir wollen mit flexiblen, verlässlichen und zweckgebundenen sozialen
2591 Wohnraumförderprogrammen auf diese Entwicklung reagieren. Neben dem Abriss
2592 dauerhaft nicht mehr benötigter Gebäude muss die Sanierung im Bestand weiter
2593 gefördert werden, damit bisher nicht nutzbarer Wohnraum wieder auf den
2594 Wohnungsmarkt gebracht wird. Wir wollen daher Baugemeinschaften und
2595 Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer unterstützen, die durch jahrelangen
2596 Leerstand beschädigte Gebäude grundlegend sanieren wollen. Unser Ziel ist dabei, dass
2597 auch Menschen mit wenig finanziellen Spielräumen sich eigenen Wohnraum schaffen
2598 können.

2599
2600 Da viele Eigentümerinnen und Eigentümer nicht über die notwendigen Eigenmittel für
2601 eine Sanierung ihrer Immobilien verfügen, sind Förderprogramme notwendig.
2602 Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Vermieterinnen und Vermieter, die sich
2603 verpflichten, einen bestimmten Teil des neu entstehenden Wohnraums an
2604 einkommensschwache Haushalte zu vermieten, sollen bei der Zuteilung der
2605 Fördermittel bevorzugt werden. Außerdem wollen wir den genossenschaftlichen
2606 Wohnungsbau und kommunale Wohnungsunternehmen stärker fördern als bisher.

2607
2608 Für Städte, in denen aufgrund geringer Einkommen oder steigender Mieten bezahlbare
2609 Wohnungen zur Mangelware werden und in denen ganze Stadtviertel oder Wohn-
2610 Quartiere sich sozial zu entmischen drohen, muss der soziale Wohnungsbau wieder
2611 erste Priorität haben.

2612
2613 *Zuhause bis ins hohe Alter – Generationengerechtes Wohnen*

2614
2615 In ganz Sachsen drohen geeignete Wohnungen für Ältere knapp zu werden. Bis zum
2616 Jahr 2015 werden jährlich ungefähr 1.500 altersgerechte Wohnungen benötigt. Bis zum
2617 Jahr 2030 wird etwa ein Drittel der Sächsinen und Sachsen über 65 Jahre alt sein.
2618 Gleichzeitig wird die Zahl derer stark zunehmen, die unter Altersarmut leiden und mit
2619 viel geringeren Renten auskommen müssen als heute.

2620
2621 Unsere zentrale Aufgabe ist es deshalb, Wohnungen so zu gestalten, dass es für jeden
2622 Menschen auch im hohen Alter noch möglich ist, zu Hause zu wohnen. Im

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

- 2623 Wohnumfeld muss zudem dafür gesorgt werden, dass auf kurzen Wegen die
2624 Versorgung sichergestellt werden kann.
2625
- 2626 Wir wollen daher ein Programm „Altersgerecht Umbauen“ auflegen, mit dem z. B.
2627 zinsverbilligte Kredite für den barrierefreien Umbau finanziert werden können.
2628 Angesichts weiter zunehmender Altersarmut ist es unser Ziel, dass ärmere Menschen
2629 im Alter nicht ihr vertrautes Wohnumfeld verlassen müssen.
2630
- 2631 Darüber hinaus wollen wir neue Modelle des Zusammenlebens wie Senioren-WGs,
2632 Mehrgenerationenhäuser oder betreutes Wohnen stärker fördern. Auch für Menschen
2633 mit Behinderungen ist eine barrierefreie Wohnung eine Grundvoraussetzung für gutes
2634 Leben. Wir wollen deshalb, dass bei Neubauten ausreichend behindertengerechte
2635 Wohnungen eingeplant werden. Diese brauchen eine spezielle Förderung, damit die
2636 Mietpreise solcher Wohnungen auch für alle Menschen mit Behinderungen bezahlbar
2637 bleiben.
2638
- 2639 *Neue Wege in der Stadtentwicklung*
2640
- 2641 Der Markt allein schafft kein sozial gerechtes Zuhause. Der Staat und die Kommunen
2642 müssen weiter eine aktive Rolle in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik
2643 spielen.
2644
- 2645 Wir wollen in Sachsen Förderprogramme auflegen, welche es den Kommunen
2646 ermöglichen, flexibel auf ihre lokalen Herausforderungen zu reagieren. Die
2647 Förderprogramme müssen nach einer Art Baukastensystem aufgebaut und
2648 miteinander kombinierbar sein. Wir wollen ermöglichen, dass z. B. Fördermittel für die
2649 energetische Sanierung mit Fördermitteln zum altersgerechten Umbau kombiniert
2650 werden können. Nur so wird es gelingen, auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittene
2651 Hilfen zu garantieren. Kleinere Städte im ländlichen Raum können damit andere
2652 Prioritäten fördern als sächsische Großstädte mit ihren spezifischen
2653 Herausforderungen.
2654
- 2655 **Tourismusland Sachsen**
2656

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2657 Wir wollen und werden uns für den Tourismusstandort Sachsen weiterhin aktiv
2658 einsetzen, denn wir sehen in ihm einen wichtigen Bestandteil der sächsischen
2659 Wirtschaft und einen besonderen Werbeträger für das Bild des Freistaates nach außen.
2660 Aus diesem Grund muss der Freistaat Sachsen seinen Verpflichtungen gerecht werden
2661 und den sächsischen Tourismusakteuren die bestmöglichen Rahmenbedingungen zur
2662 Verfügung stellen.

2663
2664 Deshalb muss der Tourismus ein wichtiger Bestandteil der sächsischen
2665 Wirtschaftsförderung sein, um auch zukünftig die notwendigen Investitionen
2666 gewährleisten zu können. Unser Instrument der Regionalbudgets bietet auch hier die
2667 Möglichkeit, passgenau für die Tourismuswirtschaft eingesetzt zu werden. Als weitere
2668 Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode sieht die SPD die aktive
2669 Begleitung und finanzielle Absicherung der Destinationsbildung, ebenso wie die
2670 weitere Konzentration auf qualitativ hochwertige touristische Angebote –
2671 zugeschnitten auf die verschiedenen Akteure und jeweiligen Regionen. Dabei muss der
2672 sehr erfolgreiche Kultur- und Städtetourismus mit dem Ausbau eines sanften und
2673 nachhaltigen Tourismus, z. B. über Rad- und Wandertourismus, aber auch Gesundheits-
2674 und Wellnessangebote sowie mehr familiengerechte Angebote, ergänzt werden.

2675
2676 Sachsen sollte zudem bewusst zum Tourismusziel für Menschen mit Behinderungen
2677 sowie Seniorinnen und Senioren werden – sie alle reisen gern und brauchen dafür
2678 spezielle barrierefreie Angebote. Wir fordern deshalb die Barrierefreiheit zu einem
2679 Markenkern des sächsischen Tourismus zu entwickeln, um somit unsere
2680 Sehenswürdigkeiten allen Menschen zugänglich zu machen.

2681
2682 Darüber hinaus muss das Tourismusmarketing, bezogen auf ganz bestimmte
2683 Zielgruppen und Zielländer, weiter professionalisiert werden. Dabei muss es zu einer
2684 besseren und engeren Koordinierung mit der neuen sächsischen Dachmarke „So geht
2685 sächsisch“ kommen, um sowohl den Freistaat als Ganzes als auch die einzelnen
2686 Destinationen touristisch noch besser zu vermarkten. Tourismus ist eine
2687 Zukunftsbranche für Sachsen, deren Entwicklungspotenzial wir noch besser nutzen
2688 wollen. Dabei muss die Verbesserung der Qualität im Mittelpunkt stehen, denn
2689 qualitativ hochwertige und zielgruppenorientierte Angebote, das ist der Markt von
2690 morgen.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2691

2692 Neben der Attraktivität der touristischen Angebote sind Weltoffenheit und Toleranz
2693 zentrale Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg im Tourismus. Deshalb ist es uns
2694 besonders wichtig, Sachsen weltoffen zu gestalten. Unsere vielen touristischen
2695 Attraktionen werden von weniger Touristinnen und Touristen aus dem Ausland
2696 besucht, als vergleichbare Ziele in den alten Bundesländern. Das hat auch etwas mit
2697 dem negativen Ruf zu tun, den der Freistaat durch rassistische Übergriffe und NPD-
2698 Wahlerfolge hat.

2699

2700 **Sportland Sachsen**

2701

2702 Sachsen ist ein Land des Sports. Sport ist die größte Bürgerbewegung im Freistaat und
2703 erfüllt in besonderer Weise gemeinwohlorientierte Aufgaben. Wir wollen gemeinsam
2704 mit allen gesellschaftlichen Akteuren die Bedeutung des Sports im Bewusstsein der
2705 Öffentlichkeit stärken und den Sport in all seinen Facetten fördern, damit sein Wert für
2706 die Gesellschafts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik noch stärker anerkannt wird. Um
2707 Sachsens Position als Sportland weiter zu stärken, ist es wichtig, die bestmöglichen
2708 Rahmenbedingungen für den Breiten- und Leistungssport auch in Zukunft
2709 bereitzustellen, sei es für die Ehrenamtsförderung, für das Engagement gegen
2710 Rassismus und Gewalt, für die Stärkung der Inklusion durch Sport, für eine verbesserte
2711 Verbindung von Sport und Schule, für Gesundheit und Prävention sowie für den Kampf
2712 gegen Doping für einen sauberen Sport.

2713

2714 Wir brauchen dazu in erster Linie ein Sportfördergesetz, das die finanzielle Förderung
2715 für die Vereine und Aktiven planbar und verlässlich gestaltet. Wir wollen die
2716 institutionelle Förderung des Sports mit jährlich 20 Millionen Euro für den
2717 Landessportbund und seine Gliederungen ausgestalten. Darüber hinaus soll ein
2718 kontinuierlicher Ausbau und Erhalt der Sportinfrastruktur mit jährlich mindestens 25
2719 Millionen Euro erfolgen. Wir wollen keine weiteren Gebührensteigerungen für die
2720 Sportstättennutzung. Für Kinder- und Jugendsport müssen die Anlagen kostenfrei zur
2721 Verfügung gestellt werden. Außerdem streben wir den Ausbau der barrierefreien
2722 Sporteinrichtungen an. Investitionen in den Sport sind für uns Sozialdemokratinnen
2723 und Sozialdemokraten Investitionen in die Zukunft Sachsens.

2724

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2725 **6. NACHHALTIG IN DIE ZUKUNFT:**

2726 **Energie, Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

2727

2728 **Neue Energie für Sachsen**

2729

2730 Die Energiewende ist in vollem Gange. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter
2731 gehen. Das Ziel unserer Energiepolitik ist eine sichere, wettbewerbsfähige, umwelt-
2732 und klimaverträgliche sowie bezahlbare Energieversorgung. Aus diesem Grund müssen
2733 wir uns schrittweise unabhängig von fossilen Energieträgern machen.

2734

2735 Steigende Energiekosten belasten schon heute eine Vielzahl von Menschen in Sachsen.
2736 Die Kosten für fossile Brennstoffe werden in den nächsten Jahren weiter ansteigen.
2737 Dagegen sind Wind, Sonne und Wasser als Energiequelle kostenlos und unbegrenzt
2738 verfügbar. Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist langfristig gesehen deutlich
2739 günstiger als die Nutzung fossiler Rohstoffe. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien ist
2740 demnach nicht nur eine klimapolitische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der
2741 sozialen Gerechtigkeit.

2742

2743 Tatsächlich wird aber auch die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben sein. Uns ist
2744 klar, dass auch der Netzausbau und die immer noch notwendige Förderung der
2745 Erneuerbaren Energien durch das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) Kosten
2746 verursachen, die sich auf den Strompreis auswirken. Auch Steuern und Abgaben auf
2747 Strom haben in den letzten Jahren zu steigenden Preisen geführt. Wir wollen
2748 sicherstellen, dass die anfallenden Kosten nicht einseitig auf die Bürgerinnen und
2749 Bürger und mittelständischen Unternehmen abgewälzt werden. Wir treten stattdessen
2750 für eine gerechte Verteilung der Kosten ein.

2751

2752 Unser Ziel ist die Umstellung der Energieversorgung in Sachsen auf 100 Prozent
2753 Erneuerbare Energien bis zum Jahr 2050. Dieses Ziel umfasst die Bereiche Strom,
2754 Wärme und Mobilität. Wir wollen, dass bereits bis 2030 die Hälfte der gesamten
2755 sächsischen Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien gedeckt wird.

2756

2757 In dem Maße, wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien voranschreitet, wird der
2758 Einsatz der Braunkohle als Energieträger zur Stromerzeugung auch in Sachsen mehr

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2759 und mehr reduziert werden. Die Braunkohlenutzung steht daher in den nächsten
2760 Jahrzehnten vor einem grundlegenden Wandel. Diesen Strukturwandel wollen wir
2761 aktiv fördern und sozial verträglich gestalten. Wir betrachten die Braunkohle dabei als
2762 Brückentechnologie, die wir solange benötigen, bis wir unser Ziel einer klimaneutralen
2763 Energieerzeugung erreicht haben.

2764
2765 Um die Energiewende auch in Sachsen zum Erfolg zu führen, setzen wir auf drei
2766 Säulen: Auf die Verbesserung der Energieeffizienz, die Förderung und den Ausbau
2767 Erneuerbarer Energien und eine Stärkung der sächsischen Energieforschung, vor allem
2768 im Bereich der Speichertechnologie.

2769
2770 Wir wollen Privathaushalte, Industrie, Handel und Gewerbe bei der Verbesserung ihrer
2771 Energieeffizienz unterstützen. Eine ökologische Industriepolitik verbessert die Klima-
2772 und Ressourcenbilanz und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen.
2773 Auch im Bereich der energetischen Gebäudesanierung gibt es noch viel Potenzial.

2774
2775 Die zweite Säule ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dabei wollen wir vor allem
2776 den dezentralen Ausbau begünstigen, denn Energie sollte dort erzeugt werden, wo sie
2777 auch gebraucht wird. Darüber hinaus wollen wir eine stärkere Beteiligung von
2778 Bürgerinnen und Bürgern fördern. Denn durch Energiegenossenschaften,
2779 Bürgersolaranlagen und kommunale Windparks schaffen wir Wertschöpfung und
2780 Akzeptanz vor Ort. Für den weiteren Ausbau der Windkraft wollen wir ausreichend
2781 Flächen durch die Landesplanung bereitstellen. Die Wasserkraft liefert einen wichtigen
2782 Beitrag für die Grundlastversorgung. Sie darf nicht mit einer Wasserentnahmeabgabe
2783 belastet werden. Um den dezentralen Ausbau der Energieversorgung zu unterstützen
2784 und die Wertschöpfung vor Ort zu sichern, wollen wir den Ausbau von
2785 genossenschaftlichen Erzeugungsanlagen stärker fördern. Dabei gibt es mehrere
2786 Optionen: mit Biogas- oder Biomasseanlagen können durch Kraft-Wärme-Kopplung
2787 beispielsweise Strom und Heizungswärme erzeugt werden. Dies kann ergänzt werden
2788 durch die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf Stalldächern. Wir machen uns
2789 dafür stark, dass die Bioenergieanlagen sich mindestens teilweise im Eigentum der
2790 Wärmekunden oder der Landwirte vor Ort befinden. Die nachhaltig bereitgestellte
2791 Biomasse sollte zudem aus der unmittelbaren Umgebung stammen und nicht in
2792 Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2793

2794 Sachsen muss auch in Zukunft seine Rolle als Energieland voranbringen. Die
 2795 Erforschung und Entwicklung von Speichertechnologien spielen dabei eine
 2796 herausragende Rolle. Mit einem „Masterplan Energieforschung und
 2797 Speichertechnologie“ wollen wir die bereits bestehenden Forschungen in Sachsen
 2798 bündeln. Ein Förderprogramm soll dabei helfen, Pilotprojekte – wie z. B. Pumpspeicher
 2799 in stillgelegten Bergwerken – zu unterstützen und Leuchtturmprojekte zu entwickeln.

2800

2801 Wir verzichten in Sachsen ganz bewusst auf die nukleare Energiegewinnung. Um das
 2802 Risiko im ganzen Land zu reduzieren, ist es nötig, dass auch an unseren Landesgrenzen
 2803 keine neuen Atomkraftwerke entstehen. Wir werden uns in der Landesregierung dafür
 2804 einsetzen, dass benachbarte Länder keine Atomkraftwerke bauen.

2805

2806 **Elektromobilität**

2807

2808 Auch im Bereich der Mobilität ist die Energiewende in vollem Gange. Die Entwicklung
 2809 der Elektromobilität, die uns schrittweise unabhängig von fossilen Brennstoffen
 2810 machen soll, werden wir weiter befördern. Dabei wollen wir uns nicht einseitig auf die
 2811 Förderung von Elektroautos beschränken. Zunächst muss sich der Freistaat wieder
 2812 stärker am Ausbau des ÖPNV und des Regionalverkehrs beteiligen. Schließlich sind
 2813 Straßen- und Regionalbahnen die effizientesten Formen der Elektromobilität.

2814

2815 Darüber hinaus ist es notwendig, neue Fahrzeug- und Mobilitätskonzepte zu
 2816 entwickeln, um auch in Zukunft individuelle Mobilität zu ermöglichen. Hier ist eine
 2817 Förderung der Forschung im Bereich der alternativen Elektromobilität notwendig, auch
 2818 über die Bundesförderung hinaus. Darunter fallen nicht nur Elektroautos, sondern auch
 2819 Pedelecs und neue elektrobetriebene Fahrzeugkonzepte. Dabei sind auch
 2820 Übergangstechnologien zu fördern, wie z. B. die Hybridtechnik.

2821

2822 Sowohl Elektromobilität als auch Hybridtechnologie können Brücken zu einer neuen
 2823 Mobilität in Sachsen sein. Wir wollen auch im ländlichen Raum Modellprojekte zur
 2824 Elektromobilität ermöglichen. Wenn die Bundesmittel auslaufen, müssen weitere
 2825 Landesgelder in die Entwicklung der Elektromobilität investiert werden.

2826

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2827 Um dem noch bestehenden Reichweitenproblem von Elektrofahrzeugen zu begegnen,
2828 brauchen wir in Sachsen ein dichtes Netz an Ladesäulen. Dabei müssen wir darauf
2829 achten, dass die Ladesäulen nicht nur von Elektroautos, sondern auch von
2830 Elektrofahrrädern und neuen Fahrzeugkonzepten genutzt werden können.

2831
2832 Darüber hinaus wollen wir die Elektromobilität auch im Schiffsverkehr voranbringen.
2833 Deshalb wollen wir die schrittweise Umrüstung von Fähren, die z. B. auf der Elbe
2834 verkehren, auf Elektroantrieb fördern. Genauso möglich sind elektrisch betriebene
2835 Boote auf den sächsischen Seen.

2836

2837 **Umwelt und Landwirtschaft**

2838

2839 Wir stehen für eine Politik der Ausgewogenheit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem.
2840 Die Interessen der Wirtschaft müssen mit den Schutzbelangen der Umwelt in Einklang
2841 gebracht werden. Die SPD wirbt für eine Umwelt- und Naturschutzpolitik des
2842 partnerschaftlichen Miteinanders von Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie den
2843 Wirtschafts- und Sozialpartnern.

2844

2845 *Umwelt- und Naturschutz*

2846

2847 Die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter und
2848 die Vielfalt und Eigenart der Pflanzen- und Tierwelt sind um ihrer selbst willen, aber
2849 auch als Lebensgrundlage des Menschen, nachhaltig zu sichern. Dies gilt sowohl im
2850 besiedelten als auch unbesiedelten Raum. Naturschutz nach Kassenlage darf es
2851 deshalb nicht geben.

2852

2853 Wir werden die Vernetzung natürlicher Lebensräume zum Schutz von heimischen
2854 Pflanzen und Tieren voranbringen, die Bergbaufolgelandschaften nachhaltig gestalten
2855 und die Biodiversität schützen.

2856

2857 Ohne ehrenamtliches Engagement ist Naturschutz nicht zu meistern. Aber auch
2858 Ehrenamt braucht Strukturen und eine auskömmliche Finanzierung. Auf kommunaler
2859 Ebene werden wir Naturschutzbeiräte verpflichtend einführen und für bestimmte
2860 Regionen und Aufgaben regionale Naturschutzbeauftragte verpflichtend bestellen.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2861

2862 Die Baumbestände in Sachsens Kommunen und Gemeinden müssen geschützt
 2863 werden. Dazu braucht es kommunale Baumschutzsatzungen, die für die Bürgerinnen
 2864 und Bürger nachvollziehbar sind. Wir werden das naturschutzrechtliche Vorkaufsrecht
 2865 wieder einführen, damit Kommunen Schritt für Schritt die erforderlichen Flächen für
 2866 den Biotopverbund, für Randstreifen an Gewässern sowie für
 2867 Entwicklungsmaßnahmen in Schutzgebieten (z. B. Fauna-Flora-Habitat-Gebiete)
 2868 erwerben können.

2869

2870 *Wald und Forst*

2871

2872 Die sächsischen staatlichen, kommunalen und privaten Wälder haben für Klimaschutz,
 2873 Naturschutz und menschliche Erholung eine große Bedeutung. Wir werden das
 2874 landentwicklungspolitische Ziel umsetzen, die Waldfläche in Sachsen auf mindestens
 2875 30 Prozent der Landesfläche zu erhöhen und den Waldumbau fördern.

2876

2877 Der Wald ist auch Rohstofflieferant. Die Nutzung von Holz zur energetischen Nutzung
 2878 oder im Sinne einer holzbasierten Wertschöpfung muss im Einklang mit dem Schutz
 2879 des Waldes stehen.

2880

2881 *Reduzierung von Flächenverbrauch*

2882

2883 In den vergangenen Jahren hat Sachsen täglich ca. 6 Hektar an Siedlungs- und
 2884 Verkehrsflächen neu verbraucht. Auch wenn hierzu neu entstandene Erholungsflächen
 2885 zählen, ist der Flächenverbrauch in Sachsen insgesamt zu hoch. Wir werden das Ziel,
 2886 eine Flächenreduzierung auf maximal 2 Hektar täglich bis 2020 umsetzen. Für uns gilt
 2887 der Grundsatz: Die Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden muss Vorrang vor
 2888 der Außenentwicklung haben. Dazu werden wir Flächenrecyclings und eine
 2889 Flächenkreislaufwirtschaft unterstützen und fördern, wie z. B. die Entsiegelung von
 2890 Flächen oder die Nutzung von Brachflächen und Baulücken.

2891

2892 *Gewässerunterhaltung und nachhaltige Hochwasservorsorge*

2893

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2894 Das Flussgebiet Elbe ist eine wertvolle Natur- und Kulturlandschaft. Die Elbe als
2895 überregionale Wasserstraße hat hohe Bedeutung, insbesondere für den Güterverkehr
2896 als auch für die touristische Nutzung. Wir wollen, dass der Fluss auch weiterhin als
2897 Bundeswasserstraße anerkannt bleibt.

2898

2899 Darüber hinaus stehen wir für eine umweltverträgliche verkehrliche Nutzung der Elbe,
2900 die mit dem Erhalt des Naturraumes Elbe im Einklang steht. Eine durchgängige
2901 Schiffbarkeit der Elbe wird aufgrund des Klimawandels und der damit verbundenen
2902 großen Anzahl an Tagen mit Niedrigwasser zukünftig nicht möglich sein. Ihr Ausbau
2903 schadet der Umwelt und gefährdet den Hochwasserschutz. Eine Vertiefung lehnen wir
2904 deshalb ebenso ab wie den Bau neuer Staustufen. Gemeinsam mit dem Bund und den
2905 anrainenden Ländern muss das Gesamtkonzept Elbe weiterentwickelt werden.

2906

2907 Aufgrund der klimatischen Veränderungen kann Sachsen zukünftig öfter von
2908 Hochwassergroßereignissen betroffen sein. Daher müssen heute die richtigen
2909 Vorsorgemaßnahmen ergriffen werden. Wir stehen für eine Balance von technischen
2910 und natürlichen Hochwasserschutzmaßnahmen. Deichrückverlegungen und
2911 kontinuierliche Pflege sowie länderübergreifende und internationale Zusammenarbeit
2912 zählen genauso zu den Maßnahmen, wie eine Überprüfung der Prioritätenliste der
2913 technischen Hochwasserschutzmaßnahmen. Durch Baumaßnahmen,
2914 Grünlandumbruch und Bodenversiegelung wurde den Flüssen in der Vergangenheit ein
2915 großer Teil der natürlichen, ursprünglichen Überschwemmungsflächen genommen.

2916

2917 Unser Ziel ist es, die Flächen für den natürlichen Hochwasserschutz zu sichern und
2918 wiederherzustellen. Dies geht nur im Zusammenwirken mit den forst- und
2919 landwirtschaftlichen Nutzerinnen und Nutzern dieser Flächen. Daher werden wir die
2920 Errichtung eines Entschädigungsfonds für Landwirte prüfen und das wasserrechtliche
2921 Vorkaufsrecht für Kommunen wieder einführen, damit die Kommunen auch die
2922 notwendigen Flächen für Hochwasserschutz erwerben können.

2923

2924 Bei der Gewässerpflege und dem Hochwasserschutz brauchen wir großräumliche
2925 Strukturen, die eine Betrachtung der hydrologischen Zusammenhänge eines gesamten
2926 Gewässereinzugsgebietes ermöglichen. Wir werden die Kommunen durch eine

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2927 Anschubfinanzierung bei der Gründung von Wasser- und Bodenverbänden bzw.
2928 Gewässerunterhaltungsverbänden unterstützen.

2929

2930 *Landwirtschaft und Ernährung*

2931

2932 Die Ernährungs- und Landwirtschaft hat eine große wirtschaftliche, ökologische und
2933 soziale Bedeutung. Sie hat eine große Verantwortung beim Schutz von Wasser, Boden,
2934 Luft und zum Erhalt der Artenvielfalt.

2935

2936 Wir stehen für eine leistungsfähige, multifunktionale Landwirtschaft, die sowohl im
2937 konventionellen Landbau als auch in einem gestärkten ökologischen Landbau nach
2938 hohen Qualitätsstandards produziert und die Arbeitsplätze und Einkommen sichert.
2939 Landwirtschaftliche Produktion muss in die ländliche Gemeinschaft eingebunden sein.
2940 Sachsen soll nicht das Einwanderungsland für landwirtschaftsferne Investoren werden.
2941 Die Sächsische Landsiedlungsgesellschaft muss finanziell in die Lage versetzt werden,
2942 eine aktive Bodenpolitik in Sachsen betreiben zu können und eine Verpachtung von
2943 Land an nachhaltig produzierende Landwirte zu ermöglichen.

2944

2945 Den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen lehnen wir ab.
2946 Verbraucherinnen und Verbraucher wollen hochwertige, bezahlbare und regional
2947 erzeugte Lebensmittel. Hochwertig bedeutet für uns, die gesamte Nahrungskette im
2948 Blick zu haben. Wir werden den ökologischen Landbau, regionale Kreisläufe und
2949 Vermarktungsstrukturen stärken.

2950

2951 Die sächsischen Winzerinnen und Winzer geben der Kulturlandschaft entlang der Elbe
2952 ein unverwechselbares Erscheinungsbild. Wir werden uns dafür einsetzen, diese
2953 Kulturlandschaft zu bewahren und zu schützen sowie den Steillagenweinbau, der die
2954 Landschaft in besonderem Maße prägt, weiterhin fördern. In Zeiten eines stark
2955 globalisierten Wettbewerbs innerhalb der Weinwirtschaft, werden wir die
2956 Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Weingüter weiterhin stärken und so
2957 Absatzchancen sichern. Wir sprechen uns dafür aus, dass das Prinzip der Subsidiarität
2958 in der Europäischen Weinbaupolitik entsprechend umgesetzt wird und so auch
2959 strukturgerechte Regelungen unter Berücksichtigung der lokalen Bedingungen
2960 erlassen werden.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2961

2962 *Abwasserbeseitigung und Müllentsorgung*

2963

2964 Wir stehen für eine umweltgerechte und sozial verträgliche Abwasserpolitik. Die auf
 2965 Ende 2015 festgesetzte Umstellungsfrist für ökologische Kleinkläranlagen muss
 2966 aufgehoben werden. Im Vordergrund darf nicht ein fixer Termin stehen, sondern
 2967 nachhaltige und umweltgerechte Lösungen, die auch technisch funktionieren und für
 2968 die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar sind. Abwasserentsorgung ist eine kommunale
 2969 Pflichtaufgabe. Dies gilt auch für Gruppen- und Kleinkläranlagen in Bezug auf Planung,
 2970 den Bau und den Betrieb von grundstücksbezogenen Kleinkläranlagen oder sonstigen,
 2971 dezentralen Anlagen. Wir werden die Kommunen und deren Einwohnerinnen und
 2972 Einwohner bei der Umstellung auf umweltgerechte Kläranlagen unterstützen.
 2973 Außerdem steht die SPD für eine ressourcenschonende Abfallwirtschaft. Wir werden
 2974 gemeinsam mit den Kommunen und Landkreisen eine sächsische Autarkieverordnung
 2975 für Müllverarbeitung und Müllverbrennung auf den Weg bringen, um die
 2976 Müllgebühren in Sachsen stabil zu halten.

2977

2978 **Verbraucherschutz**

2979

2980 *Verbraucherbildung*

2981

2982 Jugendliche sollen zu mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern heranwachsen,
 2983 die in der globalisierten Welt mit Konsumkompetenzen in den Kernbereichen Finanzen,
 2984 Versicherungen, Wirtschaft, Ernährung und Lebensmittel, Medien sowie Nachhaltigkeit
 2985 und Umwelt ausgestattet sind. Verbraucherbildung muss daher integraler Bestandteil
 2986 von Lehrplänen und Prüfungsinhalten sein.

2987

2988 Die Verbraucherzentrale Sachsen sollte Schulen und Lehrerinnen und Lehrern mit ihrer
 2989 unabhängigen Expertise in den Themenbereichen unterstützen können. Dazu ist eine
 2990 bessere finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale Sachsen, insbesondere des
 2991 Lebensmittel- und Ernährungsprojektes erforderlich, um personelle Kapazitäten zur
 2992 Verfügung stellen zu können. Außerdem wollen wir die finanzielle Ausstattung der
 2993 Schulen verbessern, damit notwendige Honorare oder Materialkosten für die
 2994 interaktiven Bildungsangebote der Verbraucherzentrale getragen werden können.

2995

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

2996 *Lebensmittel und Ernährung*

2997

2998 Eine funktionierende Lebensmittelüberwachung ist eine grundlegende Voraussetzung,
2999 um das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Verbraucherinnen und Verbraucher
3000 zu gewährleisten. Das Gutachten des Bundesrechnungshofes zur Organisation der
3001 Lebensmittelkontrolle in Deutschland vom Oktober 2011 stellte fest, dass die Trennung
3002 des Vollzuges der Lebens- und Futtermittelkontrolle ineffektiv ist und die bestehenden
3003 Strukturen der Lebensmittelüberwachung auf Grund des zunehmenden globalen
3004 Handels an ihre Grenzen stoßen.

3005

3006 Die Kontrollstruktur sollte so geändert werden, dass ein gemeinsamer Vollzug von
3007 Lebens- und Futtermittelkontrolle gewährleistet wird. Die reguläre
3008 Lebensmittelüberwachung muss neu ausgerichtet werden. So sollten zur Entlastung
3009 der Kommunen zusätzlich überregionale Teams eingesetzt werden, um eine
3010 risikoadäquate Kontrollstruktur zu fördern

3011

3012 *Finanzierung des Verbraucherschutzes*

3013

3014 Für Beratungen und Informationen zu verschiedenen Problemfeldern haben sich im
3015 Jahr 2013 insgesamt 124.045 Menschen an die Verbraucherzentrale Sachsen gewandt.
3016 Ein erheblicher Teil davon hat die persönliche Beratung in Anspruch genommen, die in
3017 den Beratungseinrichtungen stattfindet. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher
3018 sind neben einer zügigen Bearbeitung, geringe Kosten und Dialogmöglichkeiten die
3019 wichtigsten Kriterien einer unabhängigen Beratung. Dazu bedarf es einer
3020 ausreichenden personellen und finanziellen Ausstattung. Die Individualberatung hat
3021 zudem die Aufgabe einer Sensorfunktion zur Erkennung von Verbraucherproblemen.

3022

3023 Die Verbraucherzentrale Sachsen muss durch ausreichende finanzielle Unterstützung
3024 seitens des Freistaates Sachsen in Zukunft noch besser in die Lage versetzt werden, ein
3025 stationäres, gut erreichbares und vielfältiges Beratungsangebot in sächsischen
3026 Kommunen anbieten und administrieren zu können.

3027

3028 **Tierschutz und Tierhaltung**

3029

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3030 Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-,
3031 Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Wir stehen für eine ökologische und
3032 tierschutzgerechte Tierhaltung. Das heißt für uns, dass die landwirtschaftliche
3033 Nutztierhaltung an den Bedürfnissen der Tiere ausgerichtet sein muss. Wer mehr für
3034 Tierschutz- und Umweltschutz eintritt, soll auch stärker gefördert werden.
3035 Investitionsprogramme für Stallbauten müssen sich an tiergerechten Haltungsformen
3036 und Umweltwirkungen orientieren. Wir setzen uns für eine systematische
3037 Qualitätskontrolle für die Tiergesundheit in der Landwirtschaft ein und fordern eine
3038 transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Tierhaltung. Wir
3039 wollen den Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung reduzieren und
3040 Futtermittelkontrollen verstärken.

3041
3042 *Lebensräume von Bienen verbessern*

3043
3044 Wild- und Honigbienen nehmen als Bestäuberinnen von Nutz- und Wildpflanzen eine
3045 zentrale Rolle in der Pflanzenproduktion ein und haben eine große Bedeutung für die
3046 Landwirtschaft. Ungefähr 80 Prozent der heimischen Nutz- und Wildpflanzen sind auf
3047 die Bestäubung durch Bienen angewiesen. Etwa 85 Prozent der Erträge im Pflanzen-
3048 und Obstbau hängen direkt von der Bestäubung durch Bienen ab. Die
3049 Bestäubungsleistung der Bienen trägt aber auch in hohem Maße dazu bei, die
3050 Artenvielfalt auf den Feldern, im Wald und auf Naturschutz- und Brachflächen zu
3051 sichern.

3052
3053 Aufgrund eines eingeschränkten Nahrungsangebotes in monostrukturierten
3054 Kulturlandschaften oder durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sind viele
3055 Bienenarten in ihrem Bestand stark bedroht und stehen mittlerweile auf der Roten
3056 Liste. Blütenreiche Lebensräume für die Bienen in den ländlichen Gebieten sind
3057 bedroht. Sie müssen geschützt und zusätzliche Lebensräume an geeigneten Stellen in
3058 Städten geschaffen werden.

3059
3060 Wir wollen, dass Maßnahmen zur Unterstützung der Prävention gegen die
3061 Amerikanische Faulbrut und zur Förderung der Entwicklung von wirksamen Methoden
3062 gegen die Varroamilbe ergriffen werden. Der Freistaat Sachsen muss Initiativen
3063 unterstützen bzw. ergreifen, die den Einsatz von Bienen in der Stadt fördern.

3064

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3065 *Berufsimkerinnen und -imker besser unterstützen*

3066

3067 Die zielgruppengerechte und zeitgemäße Aus- und Weiterbildung von
3068 Berufsimkerinnen und -imkern muss verstärkt in den Blick genommen werden. Sie
3069 pflegen Bienenvölker und stellen die Bestäubung landwirtschaftlicher Nutzpflanzen
3070 und die von Obstplantagen sicher. Imkerinnen und Imker sorgen dafür, dass
3071 Bienenvölker unbeschadet überwintern können und schützen sie vor Krankheiten. Die
3072 Nachwuchsgewinnung muss professionalisiert werden, damit Berufsimkerei in
3073 Sachsen eine Zukunft hat. Darüber hinaus muss das Marktpotenzial für Honig aus
3074 Deutschland, insbesondere Sachsen, durch ein verbessertes Marketing stärker
3075 ausgeschöpft werden. Eine erhöhte inländische Nachfrage bietet neue
3076 Einkommensmöglichkeiten und damit auch neue Entwicklungschancen für unsere
3077 Imkerinnen und Imker.

3078

3079 *Schutz des Wolfes in Sachsen*

3080

3081 Der Wolf ist durch europäisches und deutsches Naturschutzrecht als gefährdete Art
3082 geschützt. Seine Bejagung ist gesetzlich verboten. Trotzdem werden in Sachsen Wölfe
3083 illegal bejagt und getötet.

3084

3085 Wir wollen, dass der Freistaat Sachsen seiner Verantwortung für den Wolf gerecht wird
3086 und Ängste in der Bevölkerung abbaut. Die Menschen vor Ort müssen noch besser über
3087 die Lebensweise des Wolfes und den richtigen Umgang damit informiert werden.
3088 Grundsätzlich begrüßen wir die Wiederansiedlung des Tieres. Gleichwohl sehen wir,
3089 dass dieser Vorgang zu Ängsten geführt hat und werden Maßnahmen fördern, die ein
3090 konfliktfreies Nebeneinander von Mensch und Wolf unterstützen.

3091

3092 *Finanzierung Tierheime*

3093

3094 Nicht selten übernehmen Tierheime öffentliche Aufgaben, zum Beispiel bei der
3095 Betreuung von Fundtieren. Dabei sind Tierheime auch Tierschutzeinrichtungen und
3096 brauchen als solche eine finanziell solide Ausstattung für ihre tägliche Arbeit. Durch
3097 steigende Kosten für Futtermittel und Unterkunft ist in solchen Fällen die
3098 kostendeckende Bezuschussung nicht abgesichert. Anstehende Investitionen können

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3099 so nicht getätigt werden. Die Tierheime in Sachsen müssen durch ausreichende
3100 finanzielle Unterstützung seitens des Freistaates Sachsen in Zukunft besser in die Lage
3101 versetzt werden, ihre Arbeit ausüben zu können.
3102

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3103 **7. ZUSAMMENHALTEN:**

3104 **Kultur und demokratisches Miteinander in Sachsen**

3105

3106 **Mitbestimmung und Beteiligung**

3107

3108 Gesellschaftliche Akzeptanz, die Einbeziehung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger
3109 in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie mehr Transparenz und
3110 öffentliches Vertrauen sind die Eckpfeiler einer modernen Gesellschaft. Wir verstehen
3111 sie nicht nur als bloße Instrumente, um Projekte durchsetzen zu können, sondern sie
3112 besitzen einen Wert an sich.

3113

3114 Mit der SPD in Regierungsverantwortung wird dieser Wert eine neue Bedeutung
3115 bekommen und viel stärker als bislang präsent sein: Wir wollen in Zukunft nicht nur
3116 über die Menschen sprechen, sondern viel intensiver mit ihnen. Wenn der Freistaat in
3117 Zukunft Förderprogramme für die Wirtschaft auflegt, sollten die potenziellen
3118 Empfängerinnen oder Empfänger dieser Fördergelder an der Ausgestaltung der
3119 Programme beteiligt werden, damit es zur klaren Formulierung von Zielen kommen
3120 kann.

3121

3122 Die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse erkennen wir an und wollen sie
3123 konstruktiv gestalten. Sie sind Ausdruck der sich weiter entwickelnden Gesellschaft der
3124 Bürgerinnen und Bürger. Deswegen brauchen wir neue Wege, um die Bürgerinnen und
3125 Bürger bei einzelnen Projekten zu beteiligen. Die meisten Expertinnen und Experten
3126 sind sich einig, dass etwa der Hochwasserschutz oder die Energiewende durch mehr
3127 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger schneller, effizienter und gerechter
3128 vorstangehen könnten. Denn die betroffenen Bürgerinnen und Bürger verfügen oft
3129 über ein erhebliches Maß an thematischem Wissen vor Ort. Außerdem werden bei
3130 frühzeitiger Beteiligung in Form von ergebnisoffenen Grundsatzanhörungen zum
3131 Planungsbeginn und transparenten Alternativprüfungen Konflikte nicht auf die lange
3132 Bank geschoben, sondern von Beginn an bearbeitet. Wir wollen hier auch neue Formen
3133 von Online-Beteiligung fördern und ausprobieren.

3134

3135 Doch Online-Beteiligung allein reicht nicht aus. Sie spricht nur bestimmte Berufs- und
3136 Altersgruppen besonders an, schließt aber auch weite Teile der Gesellschaft aus. Die

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3137 grundlegende Form der Meinungsäußerung bleiben für uns Wort und Stimme in einer
3138 Versammlung, in der alle mitreden können. Daher halten wir Bürgerinnen- und
3139 Bürgerforen und öffentliche Veranstaltungen für besonders wichtig. Ob online oder im
3140 Bürgerinnen- und Bürgerforum, entscheidend ist, dass Foren und Versammlungen
3141 örtlich, zeitlich und in der Sache möglichst barrierefrei stattfinden. Niemandem darf
3142 der Zugang erschwert werden, niemand darf abgeschreckt, zurückgestoßen, niemand
3143 faktisch oder durch technische Hürden behindert werden.

3144

3145 **Direkte und repräsentative Demokratie**

3146

3147 Direkte und repräsentative Demokratie werden meist als Gegensätze diskutiert. Das
3148 sind sie aber nicht, denn beide Ansätze ergänzen sich. Wir fordern eine sächsische
3149 Demokratieoffensive, um die Möglichkeiten direkter Beteiligung bei der Gestaltung
3150 von Gesetzen und Projekten auszubauen und die Voraussetzungen für das Mitmachen
3151 zu erleichtern. Wir werden dabei immer berücksichtigen, dass es manchen Menschen
3152 schwerer fällt als anderen, sich einzubringen.

3153

3154 Auch die Hürden für Bürger- und Volksbegehren wollen wir senken. Die Menschen
3155 sollen es einfacher haben, selbst Satzungen und Gesetze zu initiieren und sie dem Volk
3156 zur Abstimmung zu stellen. Auf Landesebene wollen wir das erforderliche Quorum für
3157 Volksbegehren in Sachsen auf 5 Prozent der stimmberechtigten Bürgerinnen und
3158 Bürger senken. Das Quorum für Volksanträge soll auf 1 Prozent abgesenkt werden. So
3159 wird sich der Landtag öfter mit Anliegen aus der Bevölkerung befassen. Ein Volksantrag
3160 soll im parlamentarischen Verfahren ebenso verbessert werden können, wie jeder
3161 Antrag der Regierung oder einer Fraktion. Wird im Ergebnis des Verfahrens der
3162 Volksantrag vom Landtag abgelehnt, soll ihr Text für Volksbegehren und
3163 Volksentscheid verändert oder verbessert werden können, insofern der ursprüngliche
3164 Gegenstand des Volksantrages nicht verloren geht.

3165

3166 Volksinitiativen wollen wir unterstützen, indem wir den Landtag und die
3167 Kommunalverwaltung verpflichten, die Initiatorinnen und Initiatoren bei juristischen
3168 und formalen Fragen zu beraten. Die Initiatorinnen und Initiatoren von Volksanträgen
3169 und Volksbegehren sollen zudem im Plenum des Landtages und in seinem zuständigen
3170 Ausschuss Rede- und Anhörungsrecht erhalten.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3171

3172 Wir wollen entsprechend das Petitionsrecht der Sachsen aufwerten: Überschreitet eine
3173 Online-Petition innerhalb von vier Wochen das Quorum von 2.000 Mitzeichnerinnen
3174 und Mitzeichnern, so wird zur Petition eine öffentliche Sitzung des
3175 Petitionsausschusses stattfinden.

3176

3177 Stärken wir die direkte Demokratie, so müssen wir gleichzeitig auch unsere
3178 parlamentarischen Vertreterinnen und Vertreter stärken. Der Landtag ist die
3179 demokratisch unmittelbar durch das Volk legitimierte staatliche Institution. Von ihm
3180 geht die durch das Volk ausgeübte Staatsgewalt aus. Wir wollen den Sächsischen
3181 Landtag und seine Abgeordneten gegenüber der Staatsregierung stärken. Die Kontrolle
3182 der Regierung darf nicht nur eine symbolische Handlung sein.

3183

3184 Wir fordern insbesondere die Einführung von mehr Kontrollmöglichkeiten über
3185 Bundesratsentscheidungen der Regierung. Auch die Stadt- und Gemeinderäte und ihre
3186 Fraktionen sollen mit mehr Rechten gegenüber den Kommunalverwaltungen
3187 ausgestattet sein.

3188

3189 Nicht zuletzt wollen wir dafür sorgen, dass mehr Menschen als bisher an der
3190 Demokratie teilhaben können: Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen und
3191 das Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger einführen.

3192

3193 **Demokratie vor Ort**

3194

3195 Die eigene Gemeinde bzw. die eigene Stadt ist erster Ansprechpartner für Sachsens
3196 Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen wollen mitreden, wenn es um die Gestaltung
3197 des eigenen Stadtteils oder der eigenen Gemeinde geht. Denn es geht um ihre Heimat.
3198 Hier stellen sich die wichtigen Fragen von Mobilität, Sicherheit, Daseinsvorsorge oder
3199 Bildungsinfrastruktur ganz konkret. Wir wollen die Beteiligung von Bürgerinnen und
3200 Bürgern vor Ort verbessern, weil wir überzeugt sind, dass dies die gute Entwicklung
3201 unserer Städte und Gemeinden vorantreibt und den Zusammenhalt stärkt. Wenn die
3202 Menschen bei kommunalen Entscheidungen von der Idee bis zur Umsetzung stärker
3203 einbezogen werden, steigt nicht nur die Akzeptanz der Entscheidung, sondern auch die
3204 Verantwortung der Bürgerschaft gegenüber dem Gemeinwesen. Um positive

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

- 3205 Beteiligungserfahrungen zu fördern und ehrenamtliches Engagement für Menschen
3206 aus einkommensschwachen Schichten zu stärken, wollen wir den Wiederaufbau des
3207 Programms „Soziale Stadt“ auf Bundesebene.
- 3208
- 3209 Auch beteiligen sich bisher deutlich weniger Frauen als Männer an allen
3210 Mitwirkungsformen kommunaler Demokratie. Hier müssen institutionalisierte
3211 Frauenvertretungen oder andere Formen gefunden werden, die Frauen verbindlich in
3212 Entscheidungen einbeziehen. Kommunalpolitische und zivilgesellschaftliche
3213 Aktivitäten von Frauen sind gesondert zu unterstützen und zu fördern, bis die Parität
3214 erreicht ist.
- 3215
- 3216 Bestehende Wege der direkten Demokratie in den Kommunen müssen für die
3217 Bürgerinnen und Bürger einfacher nutzbar sein. Hohe Quoren stellen nicht nur auf
3218 Landesebene, sondern auch in den Kommunen eine Hürde für echte Beteiligung dar.
3219 Deshalb setzt sich die SPD Sachsen für die generelle Senkung des Quorums für
3220 Bürgerbegehren auf 5 Prozent und des Quorums für Einwohneranträge auf 2 Prozent
3221 der Wahlberechtigten ein.
- 3222
- 3223 Kernaufgabe der Kommunalpolitik ist die Aufstellung der kommunalen Haushalte. Wir
3224 wollen hier den Ansatz sogenannter Bürgerhaushalte stärken, mit denen Bürgerinnen
3225 und Bürger beispielsweise im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen über
3226 Prioritätensetzungen abstimmen und somit bei der kulturellen und sozialen
3227 Entwicklung ihrer Gemeinde mitentscheiden können. Und auch Planungszellen und
3228 Bürgergutachten sind nachahmenswerte Ansätze, um Menschen an der Gestaltung
3229 ihres direkten Lebensumfeldes zu beteiligen.
- 3230
- 3231 Transparenz und Beteiligung dürfen von Verwaltungen und Stadt- bzw.
3232 Gemeinderäten nicht als Widerspruch zum eigenen Handeln angesehen werden,
3233 sondern sind eine Bereicherung bei der kommunalen Entscheidungsfindung.
3234 Insbesondere wollen wir darauf hinwirken, dass das Land die größeren Städte und
3235 Gemeinden sowie Kreistage unterstützt, besser aufgebaute Ratsinformationssysteme
3236 einzuführen, in denen alle Vorlagen, Beschlüsse, Protokolle, Termine und Ähnliches
3237 veröffentlicht werden. Um Städte und Gemeinden bei Beteiligungsprojekten zu
3238 unterstützen, benötigen wir die Einrichtung einer landesweiten Servicestelle

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3239 Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Diese stellt juristischen und methodischen
3240 Rat zur Verfügung, begleitet Projekte vor Ort und organisiert den Erfahrungsaustausch.

3241

3242 Ein besonderer Schwerpunkt unserer Demokratieoffensive muss die Beteiligung von
3243 Kindern und Jugendlichen sein. Wir wollen die Beteiligung von Kindern und
3244 Jugendlichen an den sie betreffenden Entscheidungen als "Soll-Bestimmung" in die
3245 sächsische Gemeindeordnung aufnehmen. Auch hier braucht es eine breite
3246 Methodenvielfalt, um unterschiedliche Altersgruppen oder unterschiedliche Themen
3247 vor Ort bearbeiten zu können. Von Jugendparlamenten über Planungswerkstätten für
3248 konkrete Projekte wie den Bau eines Kinderspielplatzes bis zur Einführung des aktiven
3249 Wahlrechts ab 16 Jahre.

3250

3251 **Zuwanderung und Asyl**

3252

3253 Die Aufnahme von Flüchtlingen ist einer der wesentlichen Pfeiler unseres
3254 demokratischen und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichteten
3255 Rechtsstaats. Auch Sachsen muss sich dieser Aufgabe stellen und für eine
3256 menschenwürdige Unterbringung und Behandlung der Menschen sorgen, die bei uns
3257 um Schutz ersuchen. Gelingen kann dies nur, wenn alle Ebenen zusammenarbeiten
3258 und ihren Teil beitragen.

3259

3260 Für den Bereich der Staatsverwaltung bedeutet dies zum einen für uns, dass eine
3261 ausreichende Anzahl von Erstaufnahmeeinrichtungen im Freistaat vorgehalten wird. In
3262 Anbetracht der aktuellen Zahlen sowie Flüchtlingsprognosen unterstützen wir die
3263 Einrichtung zweier weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen neben der bereits
3264 bestehenden Einrichtung in Chemnitz. Bei der konkreten Standortauswahl sind nicht
3265 nur Kosten- und Sicherheitsaspekte in die Bewertung mit einzubeziehen, sondern auch,
3266 ob und inwiefern an dem jeweiligen Standort Integration sowie die Interaktion mit
3267 dem übrigen Wohnumfeld ermöglicht wird. Zudem müssen in den betreffenden
3268 Einrichtungen eine angemessene soziale Betreuung sowie ausreichend Angebote zur
3269 Sprachvermittlung vorgehalten werden.

3270

3271 Zum anderen müssen die für die anschließende Unterbringung in den Kommunen
3272 zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte von der Staatsverwaltung regelmäßig,

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3273 frühzeitig und umfassend über die ihnen zuzuteilenden Personen informiert werden.
3274 Nur so können die Kommunen rechtzeitig und unter Einbeziehung ihrer Bürgerinnen
3275 und Bürger für ausreichend und von der Bevölkerung akzeptierte
3276 Unterbringungsmöglichkeiten sorgen. Um hier den Kommunen zusätzlichen
3277 Handlungsspielraum zu geben, setzen wir uns weiterhin für die verstärkte dezentrale
3278 Unterbringung in Wohnungen ein und wollen diese Form der Unterbringung auch auf
3279 Bundesebene als Regelunterbringung durchsetzen. Zudem wollen wir auf
3280 Bundesebene erreichen, dass die entmündigende und meist aufwändige Versorgung
3281 mit Sachleistungen nicht mehr als gesetzlicher Regelfall festgeschrieben wird, sondern
3282 das Geldleistungsprinzip.

3283
3284 Im Bereich der Landesgesetzgebung setzen wir uns dafür ein, dass die an die Landkreise
3285 und kreisfreien Städte zu zahlenden Pauschalen im Flüchtlingsaufnahmegesetz erhöht
3286 werden. Die derzeitigen Pauschalen sind zu knapp bemessen, um eine angemessene
3287 medizinische und vor allem soziale Betreuung der oftmals traumatisierten Männer,
3288 Frauen und Kinder zu gewährleisten. Zudem kann gerade eine gut organisierte
3289 Sozialbetreuung mit kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel zur
3290 Akzeptanz der Flüchtlinge in der Bevölkerung beitragen.

3291
3292 Auf kommunaler Ebene befürworten und unterstützen wir eine verstärkte
3293 Kommunikation der Verwaltung mit den politischen und zivilgesellschaftlichen
3294 Akteuren vor Ort im Vorfeld der Unterbringung von Flüchtlingen. Ziel muss es sein, sich
3295 den etwaig bestehenden Ängsten der Bevölkerung zu stellen und diese in den
3296 Entscheidungsprozess mit einzubeziehen. Einer politischen Instrumentalisierung ist
3297 hierbei entschieden entgegenzuwirken.

3298
3299 Die wichtige Arbeit des bzw. der Sächsischen Ausländerbeauftragten werden wir
3300 weiter unterstützen. Dieses Amt wollen wir entsprechend eines erweiterten
3301 Aufgabenkreises zu einem bzw. einer Beauftragten für Migration und Integration
3302 weiterentwickeln und mit den für eine erfolgreiche Arbeit notwendigen finanziellen
3303 und personellen Ressourcen und Kompetenzen ausstatten. Wir befürworten die
3304 dauerhafte Fortführung des bundesweit beispielgebenden Heim-TÜVs, bei dem die
3305 sächsischen Flüchtlingsheime anhand von zehn Faktoren auf menschenwürdige
3306 Unterbringungsbedingungen überprüft werden. Falls eine Fortführung des Heim-TÜVs

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3307 im angestrebten Umfang allein durch den Beauftragten bzw. die Beauftragte und
3308 dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr zu bewerkstelligen ist, sollte diese
3309 in Kooperation mit den Sozialverbänden und Flüchtlingsorganisationen erfolgen. Eine
3310 Überführung zu oder Angliederung des Heim-TÜVs an eine mit der Unterbringung
3311 befasste Behörde oder Verwaltungsstelle lehnen wir ab.

3312
3313 Neben einer menschenwürdigen Unterbringung und Behandlung der Flüchtlinge
3314 halten wir es zudem für wichtig, die Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und
3315 Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut – in den Herkunftsländern zu bekämpfen, um
3316 den Männern, Frauen und Kindern, die bei uns Schutz gesucht haben, in ihren
3317 Heimatländern Perspektiven zu eröffnen.

3318
3319 Die Integration von in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und
3320 Mitbürgern ist wichtiger Bestandteil einer sozialen und auf Chancengleichheit
3321 ausgerichteten Gesellschaft. Wenn Sachsen seinem Anspruch der Weltoffenheit
3322 gerecht werden will, gehört dazu auch ernst gemeinte und tatsächlich gelebte
3323 Integrationspolitik. Deshalb setzen wir uns für mehr interkulturelle Kompetenz sowie
3324 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und
3325 den sächsischen Behörden ein. Das sächsische Zuwanderungs- und
3326 Integrationskonzept wollen wir unter Beteiligung der Migrantenselbstorganisationen
3327 durch ein Gesetz ablösen. Integrationsmaßnahmen und -angebote müssen möglichst
3328 allen dauerhaft im Freistaat Sachsen lebenden Migrantinnen und Migranten
3329 zugutekommen. Wir wollen daher dafür sorgen, dass alle Migrantinnen und Migranten
3330 den Anspruch auf einen kostenlosen Sprachkurs bekommen.

3331
3332 Integration bedeutet Teilhabe. Diese Teilhabe muss sich auch auf die Möglichkeit
3333 erstrecken, auf kommunaler Ebene an der demokratischen Willensbildung teilnehmen
3334 zu können. Deshalb wollen wir Migrantinnen und Migranten mehr Beteiligung an
3335 demokratischen Entscheidungsprozessen vor Ort ermöglichen. Wir setzen uns deshalb
3336 auf Bundesebene dafür ein, dass nicht nur EU-Staatsangehörige bei den sächsischen
3337 Kommunalwahlen wählen dürfen, sondern auch dauerhaft in den Kommunen
3338 wohnhafte Nicht-EU-Ausländerinnen und -Ausländer das Kommunalwahlrecht
3339 erhalten.

3340

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3341 Sich innerhalb eines Landes frei bewegen zu können, ist ein Menschenrecht, das auch
3342 Flüchtlingen zusteht. Die Residenzpflicht ist dabei eine anachronistische Regelung. Sie
3343 schränkt die Integrationsmöglichkeiten der Asylbewerberinnen und -bewerber stark
3344 ein und erschwert beispielsweise Behördengänge, ortsferne Ausbildungen und
3345 Besuche von Verwandtschaft. Wir setzen uns deswegen für eine Abschaffung der
3346 Residenzpflicht ein. Darüber hinaus setzen wir uns für eine humanitäre
3347 Flüchtlingspolitik ein, die Abschiebehaft möglichst vermeiden soll. Abschiebehaft kann
3348 nur das letzte Mittel sein, um die Ausreise durchzusetzen. Außerdem setzen wir uns
3349 dafür ein, den Richtervorbehalt in seiner bisherigen Form beizubehalten.

3350

3351 **Akzeptanz und Offenheit**

3352

3353 Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der Menschen ganz unterschiedliche
3354 Leben führen. Unser Sachsen für morgen steht für eine Gesellschaft, in der sich jeder
3355 Mensch frei entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Es steht
3356 auch für eine offene und sozial gerechte Gesellschaft, in der jede und jeder ohne Angst
3357 verschieden sein kann.

3358

3359 Deshalb bekämpfen wir jede Form der Diskriminierung, ob wegen Herkunft,
3360 Geschlecht, sexueller Identität, sozialer Herkunft, Religion und Weltanschauung,
3361 Behinderung oder Alter. Wir wollen die Gleichheitsrechte im Grundgesetz Art. 3 um die
3362 sexuelle Identität ergänzen. Das gilt ebenfalls für Artikel 18 unserer Landesverfassung.
3363 Und wir werden in Sachsen entschieden gegen Homophobie vorgehen und zur
3364 Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen
3365 Menschen beitragen.

3366

3367 Frei in ihren Entscheidungen sein und den eigenen Lebensentwurf verwirklichen – das
3368 wollen auch gleichgeschlechtliche Paare. Wir wollen gleichgeschlechtliche
3369 Lebenspartnerschaften stärken und diese im Adoptionsrecht gleichstellen.

3370

3371 Die Grundlagen für ein tolerantes Miteinander werden früh gelegt. In den sächsischen
3372 Bildungseinrichtungen sollen alle Lebensweisen wertneutral vermittelt werden, mit
3373 dem Ziel sexuelle Diskriminierung zu ächten. Denn zur sozialen Kompetenz gehört
3374 auch die Fähigkeit, unterschiedliche Lebensentwürfe, Beziehungsformen und sexuelle

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3375 Identitäten zu akzeptieren. Wir wollen die Bildungsarbeit von Vereinen und Initiativen
3376 stärker fördern, die sich für die gesellschaftliche Akzeptanz von Homo-, Bi- und
3377 Transsexualität einsetzen.

3378

3379 **Europa**

3380

3381 *Europabildung*

3382

3383 Sachsen profitiert von der Europäischen Union. Nicht nur finanziell, sondern auch
3384 erheblich in wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Maße. Genauso vermag
3385 unsere sächsische Heimat auch viel Bereicherndes in die Europäische Union
3386 einzubringen.

3387

3388 In der neuen EU-Förderperiode erhält Sachsen zwischen 2014 und 2020 insgesamt 2,75
3389 Milliarden Euro aus den EU-Förderprogrammen zur regionalen Entwicklung (EFRE) und
3390 dem Sozialfonds (ESF). Davon sollen knapp 2,1 Milliarden Euro auf den Bereich EFRE und
3391 663 Millionen Euro auf den Bereich ESF entfallen. Die Region Leipzig verliert ihren
3392 höheren Förderstatus, erhält aber durch den besonderen Einsatz der sächsischen SPD
3393 eine Sonderzahlung in Höhe von 200 Millionen Euro.

3394

3395 Damit wird klar: Das Geld aus dem EU-Haushalt ist nicht für Brüssel bestimmt, sondern
3396 es handelt sich um Geld für die Menschen in ganz Europa. 94 Prozent der Mittel aus
3397 dem EU-Haushalt fließen direkt in die Länder, in die Regionen und zu den Menschen
3398 zurück oder werden in außenpolitische Prioritäten investiert.

3399

3400 Wir wollen, dass die Menschen in Sachsen noch viel stärker als bisher die Vorteile der
3401 Europäischen Union sehen. Hierzu muss das immer wieder – auch durch sächsische
3402 CDU-Politikerinnen und -Politiker – gezeichnete Negativbild der EU korrigiert werden.
3403 Es bedarf einer breit angelegten Kampagne, die die Vorzüge eines vereinigten Europas
3404 deutlich aufzeigt und das europäische Bewusstsein der Menschen stärkt. Brüssel darf
3405 nicht zum „Bürokratiemonster“ oder zur „Zahlstelle“ degradiert werden, denn der Geist
3406 der Europäischen Union ist mehr, als die Addition von 28 nationalen Interessen.

3407

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3408 *Landesvertretung in Brüssel*

3409

3410 Die Verwaltung und Administration der Europäischen Union findet hauptsächlich in
3411 Brüssel statt. Persönliche Kontakte zu den Entscheidungsträgerinnen und
3412 Entscheidungsträgern und zur Verwaltung sind für eine aktive Begleitung der EU durch
3413 den Freistaat Sachsen essentiell. Die Landesvertretung ist hierfür personell
3414 unterbesetzt. Wir brauchen eine zusätzliche personelle Aufstockung durch qualifizierte
3415 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

3416

3417 Daneben muss die Vernetzung der einzelnen Staatsministerien durch eigene
3418 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort unter dem koordinierenden Dach der
3419 Landesvertretung zeitnah umgesetzt werden. Auch hierfür bedarf es zusätzlicher
3420 Stellen, damit eine stärkere Vernetzung in Brüssel nicht zu Lasten des
3421 Personalbestandes in den Staatsministerien in Dresden geht.

3422

3423 *Europausschuss im Landtag*

3424

3425 Die Bedeutung der Europapolitik für die sächsische Landespolitik ist nicht nur im
3426 Hinblick auf die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen gestiegen. Vor allem
3427 die im Vertrag von Lissabon geschaffene Möglichkeit zur Subsidiaritätskontrolle durch
3428 die Mitgliedsstaaten und deren Regionen hat den Arbeitsaufwand enorm gesteigert.
3429 Hinzu kommen immer mehr europapolitische Anträge.

3430

3431 Der Sächsische Landtag bedarf daher endlich wieder eines eigenständigen Europa-
3432 Ausschusses, um in der Zukunft beim Erledigen seiner Aufgaben nicht weiter ins
3433 innerdeutsche und innereuropäische Hintertreffen zu geraten. Europa hat für Sachsen
3434 eine enorme Bedeutung und dies muss sich in einem Ausschuss des Sächsischen
3435 Landtages ausdrücken.

3436

3437 **Kulturpolitik**

3438

3439 Kulturpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Die SPD steht für eine sozial gerechte,
3440 freiheitliche und demokratische Gesellschaft. Die kulturelle Freiheit, ihre

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3441 demokratische Gestaltungsmöglichkeit und die Zugänglichkeit für alle Menschen ist
3442 für uns auch in Zeiten des demografischen Wandels ein zu schützendes Gut.

3443

3444 *Willkommenskultur fördern*

3445

3446 Wir stehen für ein weltoffenes Sachsen, in dem Menschen willkommen sind, egal
3447 welcher Hautfarbe, Religion, Lebensform oder Kultur sie angehören.

3448 Willkommenskultur bedeutet Neugier und Offenheit. Wir verstehen die Vielfalt der
3449 Kulturen als Bereicherung unserer sächsischen Kulturlandschaft und wollen diese
3450 Vielfalt fördern.

3451

3452 Wir wollen die Kenntnisse über Kultur und Geschichte, die kulturelle Zusammenarbeit
3453 und das interkulturelle Erleben stärken, insbesondere mit den europäischen Nachbarn.
3454 Dazu werden wir frühe Begegnungs- und Kooperationsstrukturen und den
3455 interkulturellen Austausch der Künste fördern.

3456

3457 *Gestaltbare Perspektiven statt kultureller Ausdünnung*

3458

3459 Die Vielfalt unserer sächsischen Kulturlandschaft muss auch in Zeiten des
3460 demografischen Wandels erhalten und weiterentwickelt werden. Darunter verstehen
3461 wir einen kreativen Umbau statt Abbau kultureller Strukturen. So unterschiedlich wie
3462 die Lebenswelt und die Traditionen in den sächsischen Regionen sind, so
3463 unterschiedlich müssen auch die Antworten sein.

3464

3465 Wir wollen in ländlichen Regionen kulturelle Netzwerke u. a. auch mit den urbanen
3466 Zentren fördern. Dazu werden wir regionale Kulturmanager in den Kulturräumen
3467 anregen, die diese Netzwerke gemeinsam mit den Menschen schmieden. Wir werden
3468 die Mobilität von Kultureinrichtungen und die Entstehung von Kreativzentren
3469 unterstützen. Die Menschen sollen aktiv beteiligt werden, um Kultur und Kunst nach
3470 ihren Bedürfnissen gestalten zu können.

3471

3472 Angesichts der Digitalisierung steht auch das sächsische Bibliothekswesen vor großen
3473 Herausforderungen. Wir wollen ein frei zugängliches sächsisches Bibliotheksnetz
3474 flächendeckend erhalten und werden die kommunalen Bibliotheken beim Übergang in

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3475 das digitale Zeitalter unterstützen. Das in unserer Regierungsverantwortung 2008
3476 entstandene Bibliothekskonzept enthält dazu notwendige Maßnahmen, die endlich
3477 umgesetzt werden müssen.

3478
3479 Wir werden die sächsische Staats-, Landes- und Universitätsbibliothek (SLUB) zu einer
3480 Leitbibliothek mit einer Gesamtverantwortung für das sächsische Bibliothekswesen in
3481 Zusammenarbeit mit einer gestärkten Sächsischen Landesstelle für Bibliothekswesen
3482 ausbauen.

3483
3484 Wir sehen uns gemeinsam mit dem Bund und dem Land Brandenburg in der
3485 Verantwortung für den Schutz und die Förderung des sorbischen Volkes als
3486 autochthone Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland. Der Erhalt und die
3487 Entwicklung ihrer Kultur und Sprache müssen durch eine ausreichende Finanzierung
3488 gesichert sein.

3489
3490 *Rückgrat Kulturräumförderung*

3491
3492 Das sächsische Kulturräumgesetz ist das wichtigste kulturpolitische
3493 Gestaltungselement – das Rückgrat unserer sächsischen Kulturlandschaft. Seit 1994
3494 gab es bislang einmalig eine Erhöhung der Kulturräummittel, durchgesetzt von
3495 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung von
3496 2004 bis 2009. Die Regierungskoalition von CDU und FDP hat als erste kulturpolitische
3497 Maßnahme die Mittel für Kulturräume gekürzt. Dies bewirkte nicht nur einen
3498 Vertrauensverlust zwischen Staat und Kommunen, sondern konterkarierte die
3499 Bemühungen der Kulturräume einer kulturellen Gestaltung des demografischen
3500 Wandels.

3501
3502 Wir stehen für eine deutliche Aufstockung der Kulturräummittel, die über die
3503 Rücknahme der Kürzungen hinausgeht. Wir streben die Dynamisierung der Mittel für
3504 die Kulturräume an. Die Kulturräume müssen auch in die Lage versetzt werden, ihre
3505 Theater und Orchester nach Tarif zu bezahlen. Im Rahmen der Evaluation des
3506 Kulturräumgesetzes 2015 wollen wir u. a. prüfen, inwieweit die Verteilung der
3507 Kulturräummittel von der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner abgekoppelt

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3508 werden kann. Denn weniger Menschen darf nicht automatisch weniger Kultur
3509 bedeuten.

3510

3511 *Erbe bewahren – Raum für Innovation schaffen*

3512

3513 Wir haben in Sachsen eine im Bundesvergleich erhebliche Dichte an kulturhistorisch
3514 wertvollen Denkmälern und traditionellen Theatern, Museen und Orchestern. Das zu
3515 bewahrende Erbe darf uns nicht den Blick und die Spielräume für die Zukunft
3516 verstellen. Wir werden die Mittel für die Förderung der freien Kunst- und Kulturszene
3517 bei der Kulturstiftung erhöhen. Wir streben eine Anhebung des Stiftungskapitals an.
3518 Damit wollen wir nicht nur die Förderung von Einzelkünstlerinnen und Einzelkünstlern
3519 verbessern, sondern auch die mehrjährig angelegte Konzeptförderung ausbauen. Die
3520 Landeskulturverbände erreichen mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln eine
3521 große kulturelle Breitenwirkung. Die finanzielle und personelle Ausstattung der
3522 Verbände wird dem großen Aufgabenbereich und der Arbeitsbelastung nicht in allen
3523 Verbänden gerecht. Wir stehen für eine adäquate finanzielle und personelle
3524 Ausstattung der Landeskulturverbände entsprechend den Aufgaben und der tariflichen
3525 Entlohnung. Mit den fünf staatlichen Kunst- und Musikhochschulen in Sachsen haben
3526 wir ein großes kreatives Potenzial an jungen Menschen, die wir stärker in die kulturelle
3527 Entwicklung unseres Landes einbinden wollen.

3528

3529 Wir stehen für eine verbindliche und dauerhafte Mitverantwortung des Freistaates für
3530 die sächsische Industriekultur. Wir werden die vierte Sächsische Landesausstellung zur
3531 Industriekultur als eine dezentrale Landesausstellung gestalten. Entsprechend der
3532 Vorarbeiten des von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eingesetzten
3533 Wissenschaftlichen Beirates für Industriekultur werden wir die ‚Straße der
3534 Industriekultur‘ entlang der kultur- und industriegeschichtlich bedeutsamen Denkmale
3535 entwickeln.

3536

3537 *Kulturelle Bildung stärken*

3538

3539 Kulturelle Bildung ist Teil unseres umfassenden Kultur- und Bildungsverständnisses.

3540 Kulturelle Bildung ist daher eine gemeinsame Aufgabe von Kultur-, Sozial- und

3541 Bildungspolitik.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3542

3543 Wir werden gemeinsam mit den Akteuren der kulturellen Bildung ein Konzept der
3544 kulturellen Bildung für Sachsen erarbeiten und umsetzen. Wir werden den Aufbau
3545 einer „Landesstelle kulturelle Bildung“ nach dem Vorbild von Berlin und Brandenburg
3546 prüfen. Neben der Erhöhung der Mittel für Ganztagsangebote, die auch eine
3547 auskömmliche Finanzierung der Künstlerinnen und Künstler berücksichtigt, werden wir
3548 das Modellprojekt „Jedem Kind ein Instrument“ (JEKI) in das Ganztagsangebot
3549 integrieren. Die Schulen sollen selbst entscheiden, welchen kulturellen Schwerpunkt
3550 sie setzen.

3551

3552 Musikschulen und Jugendkunstschulen erfüllen einen unverzichtbaren Kulturauftrag
3553 und sind daher auskömmlich zu finanzieren. Wir werden die Erreichbarkeit von
3554 Kulturangeboten vor allem für Kinder- und Jugendliche verbessern. Dazu wollen wir
3555 eine sachsenweit gültiges Bildungsticket einführen.

3556

3557 *Wert der kreativen Arbeit*

3558

3559 2008 haben wir in Regierungsverantwortung den ersten Sächsischen
3560 Kulturwirtschaftsbericht vorgelegt. Die CDU/FDP-Koalition hat die Kultur- und
3561 Kreativschaffenden allein gelassen und damit Chancen für Sachsen verspielt.

3562

3563 Wir haben mit Kultur- und Kreativschaffenden gemeinsam ein Handlungskonzept
3564 erarbeitet, das wir in Regierungsverantwortung umsetzen werden. Wir werden u. a. die
3565 Förderlücke zwischen Kultur- und Wirtschaftsförderung schließen.

3566

3567 Wir werden die Einführung von sozialen Mindeststandards in der Kulturförderung
3568 vorantreiben und uns für Ausstellungshonorare im öffentlichen Bereich stark machen.
3569 Zudem werden wir auf Landesebene einen zentralen Ansprechpartner bzw. eine
3570 zentrale Ansprechpartnerin für die Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft
3571 einrichten. Wir werden den Kulturwirtschaftsbericht in qualitativer und quantitativer
3572 Sicht fortschreiben.

3573

3574 **Medienpolitik**

3575

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3576 *Vielfalt und Unabhängigkeit*

3577

3578 Wir setzen uns für die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein, insbesondere
3579 des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). Wir wollen weiterhin einen unabhängigen,
3580 demokratisch legitimierten, solidarisch finanzierten und gesellschaftlich akzeptierten
3581 öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

3582

3583 Darüber hinaus wollen wir eine wirksame gesellschaftliche Kontrolle des öffentlich-
3584 rechtlichen Rundfunks. Die Einrichtung eines medienübergreifenden, öffentlich-
3585 rechtlichen Jugendangebots von ARD und ZDF unterstützen wir nach Kräften.

3586

3587 Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie ist eine vielfältige und unabhängige
3588 Medienlandschaft. Im Sinne der publizistischen Vielfalt stehen wir für das konstruktive
3589 Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, privaten sächsischen Rundfunk-
3590 und Presseanbietern sowie lokalem nichtkommerziellen Rundfunk (Bürgermedien), als
3591 dritte Säule der Rundfunklandschaft.

3592

3593 Um diese Vielfalt auch in einer digitalisierten Welt und zunehmender Konvergenz der
3594 Medien sicherzustellen, werden wir uns für eine Reform unserer Medienordnung
3595 einsetzen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zählt dazu, dass die
3596 Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in allen geeigneten Formen verbreitet
3597 werden dürfen, frei zugänglich sind und dauerhaft bereitgestellt werden können. Es ist
3598 nicht erklärbar, warum hochwertige öffentlich-rechtliche Produktionen nach Ablauf
3599 bestimmter Fristen aus den Online-Mediatheken gelöscht werden. Unbeschränkte
3600 Abrufmöglichkeiten dürfen allerdings nicht zu einer Beitragssteigerung führen. Wir
3601 stehen für einen stabilen Rundfunkbeitrag und eine solidarische Finanzierung. Für uns
3602 sind dabei der sorgsame Umgang mit Beitragsgeldern und die solidarische
3603 Verwendung von Mehreinnahmen im Rahmen der Rundfunkfinanzierungsreform
3604 wichtig, z. B. für Beitragssenkungen, für die Behebung von Ungerechtigkeiten im
3605 Rahmen der Beitragsreform oder für die Fortentwicklung des öffentlich-rechtlichen
3606 Rundfunks. Bei der Evaluation des Rundfunkgebührenstaatsvertrages werden wir uns
3607 dafür einsetzen, bestehende Ungerechtigkeiten im Gebührensystem zu beseitigen. Der
3608 Ausbau barrierefreier Angebote muss fortgesetzt werden.

3609

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3610 Ferner wollen wir eine bessere Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen im
3611 Rundfunkrat des Mitteldeutschen Rundfunks erreichen und die redaktions-, medien-
3612 und standortübergreifende Kooperation und Vernetzung der einzelnen
3613 Rundfunkhäuser (Trimedialität) verbessern. Dazu werden wir die notwendige
3614 Überarbeitung des Gesetzes über den Mitteldeutschen Rundfunk in Abstimmung mit
3615 den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen vorantreiben.

3616
3617 Wir haben in Sachsen eine große Vielfalt und Anzahl an lokalen privaten
3618 Rundfunkveranstaltern, insbesondere im Fernsehbereich. Die lokalen privaten
3619 Rundfunkveranstalter wollen wir bei der Entwicklung wirtschaftlicherer Strukturen
3620 begleiten und unterstützen. Qualität und regionale Aspekte sollen dabei eine Rolle
3621 spielen.

3622
3623 Die nichtkommerziellen lokalen Radios in Sachsen sind ein integraler und
3624 unverzichtbarer Bestandteil der Sächsischen Medienlandschaft. Sie fördern die
3625 Auseinandersetzung mit Themen aus dem kommunalpolitischen Umfeld, sind Orte des
3626 Experiments, des bürgerschaftlichen Engagements und der Partizipation und
3627 Medienkompetenzförderung. Wir werden die nichtkommerziellen lokalen Radios in
3628 Sachsen als wichtigen Bestandteil einer demokratischen Rundfunkkultur stärken.

3629
3630 *Digitale Teilhabe*

3631
3632 Computer, Telekommunikation und das Internet haben durch die Vernetzung unserer
3633 Gesellschaft einen neuen Kulturraum eröffnet. Was dort geschieht, hat längst schon
3634 Bedeutung über den „virtuellen Raum“ hinaus.

3635
3636 Das Urheberrecht muss auch in der digitalen Welt Urheberinnen und Urhebern,
3637 Kreativen, Kulturschaffenden sowie Künstlerinnen und Künstlern eine angemessene
3638 Vergütung aus der Verwertung geistigen Eigentums gewährleisten. Gleichzeitig
3639 müssen auch die neuen Möglichkeiten und Chancen genutzt werden, die sich durch die
3640 Digitalisierung und das Internet für die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe, aber
3641 auch Vermarktung und Verbreitung von Angeboten, eröffnen.

3642

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3643 Wir verstehen den freien Zugang zum Internet als Bürgerrecht und stehen für einen
3644 wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Wir werden
3645 schnelles Internet als Breitbandversorgung in allen sächsischen Regionen sicherstellen.

3646

3647 *Medienkompetenz*

3648

3649 Wir wollen Menschen befähigen, im digitalen Kulturraum selbstbestimmt zu handeln.
3650 Das ist mehr als nur Technik- oder Informatikwissen. Ohne die Fähigkeit einer
3651 kompetenten Nutzung medialer Inhalte und technischer Möglichkeiten sind das
3652 Lernen, der Erwerb von Wissen, der Zugang zu Informationen und damit auch die
3653 gesellschaftliche Partizipation und soziale Teilhabe in einer digitalisierten Welt kaum
3654 möglich.

3655

3656 Wir stehen für einen ganzheitlichen Ansatz von Medienkompetenzförderung, die in
3657 dem Dreiklang von pädagogischer Aus- und Fortbildung, der Einbindung in den
3658 schulischen Alltag sowie der Förderung von außerschulischen Projekten und im
3659 Rahmen des lebenslangen Lernens eingebunden ist. Medienkompetenz ist für uns auch
3660 die Voraussetzung für einen wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz.

3661

3662 *Starke Medienwirtschaft in Sachsen*

3663

3664 Innerhalb unserer Initiativen für die Kultur- und Kreativwirtschaft kommt dem Bereich
3665 der Medienwirtschaft eine besondere Rolle zu. Dabei geht es uns auch um sichere und
3666 qualifizierte Arbeitsplätze und faire Entlohnung für erbrachte Leistungen. Die
3667 Weiterentwicklung des Urheberrechts auf Bundesebene spielt dabei eine
3668 entscheidende Rolle. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat hier eine Vorbildfunktion.
3669 Er muss gewährleisten, dass Urheberinnen und Urheber und Produktionsbeteiligte eine
3670 angemessene Vergütung erhalten.

3671

3672 **Zuhause in Sachsen**

3673

3674 Die sächsische SPD setzt sich für eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft ein.
3675 Darum achten und unterstützen wir die unterschiedlichen Lebensentwürfe aller
3676 Menschen. Toleranz ist ein Grundprinzip, das unser Zusammenleben erst ermöglicht.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3677 Allen Tendenzen, dieses Grundprinzip anzugreifen, stellen wir uns entschieden in den
3678 Weg. Gerade als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir aus der
3679 Geschichte heraus eine besondere Verpflichtung zum Kampf gegen die Feinde der
3680 Demokratie. In den letzten Jahren gibt es in Sachsen einige Tendenzen, die uns Sorgen
3681 machen. Die mörderischen Umtriebe des NSU, der Anstieg von politisch motivierter
3682 Gewalt gegenüber Andersdenkenden und gegenüber Migrantinnen und Migranten
3683 zeigen, dass immer noch zu wenig getan wird.

3684
3685 Der Freistaat muss die Zivilgesellschaft fördern und politische Initiative gegen jegliche
3686 Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen. Engagement für Demokratie
3687 und gegen ihre Feinde darf nicht länger, so wie bisher von Schwarzgelb praktiziert,
3688 kriminalisiert, sondern muss aktiv gefördert werden. Dafür wird sich die sächsische SPD
3689 entschieden einsetzen.

3690
3691 **NPD verbieten – Demokratiefeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit bekämpfen**

3692
3693 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen das NPD-Verbotsverfahren
3694 der Länder. Eine Landesregierung mit sozialdemokratischer Beteiligung wird alles
3695 daran setzen, dass auch der Bund dem Verbotsverfahren beiträgt. Ein Verbot der NPD
3696 reicht aber nicht aus, wenn wir den Verfassungsfeinden wirksam entgegentreten
3697 wollen. Programme für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit müssen breiter
3698 und unbürokratischer gefördert werden. Außerdem soll die Bewilligung der Mittel
3699 schneller bearbeitet werden und die Programme langfristig angelegt sein.

3700
3701 **Extremismusklausel abschaffen – Engagement erleichtern**

3702
3703 Die so genannte Extremismusklausel demotiviert für Demokratie und Weltoffenheit
3704 engagierte Menschen. Sie hat in Sachsen vor allem zu Unsicherheit in der lebendigen
3705 Landschaft von Initiativen geführt. Die Extremismusklausel ist Unsinn und muss
3706 abgeschafft werden. Initiativen, Vereine und Verbände, die sich für Partizipation,
3707 Vielfalt und Demokratie einsetzen, müssen nicht mit einer Unterschrift beglaubigen,
3708 dass sie auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen,
3709 sondern beweisen ihre Haltung tagtäglich durch ihr aktives Handeln. Wir wollen keine
3710 Diskriminierung, Stigmatisierung oder Kriminalisierung der Zivilgesellschaft, wir

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		14. Juni 2014 Leipzig
Anträge		
Antrag	Leitantrag	
Antragsteller	Landesvorstand SPD Sachsen	

3711 wollen, dass Initiativen ausfinanziert und zielgerichtet arbeiten können – dafür wird
3712 sich die SPD stark machen.

3713

3714 **Weiterentwicklung Weltoffenes Sachsen**

3715

3716 Die SPD war es, die 2004 das Programm „Weltoffenes Sachsen“ im Koalitionsvertrag
3717 etabliert hat. In den letzten zehn Jahren hat sich das Programm bewährt. Dies heißt
3718 aber nicht, dass es nicht reformiert werden muss. Wir wollen das Programm
3719 aufstocken, so dass zukünftig 5 Millionen Euro pro Doppelhaushalt dafür zur
3720 Verfügung stehen. Außerdem soll ein Feuerwehrtopf für schnelle und unbürokratische
3721 Hilfe und Unterstützung in Höhe von mindestens 25.000 Euro eingerichtet werden.
3722 Doch wir wollen nicht nur die quantitative Förderung absichern, sondern das
3723 Programm auch qualitativ stärker unterstützen.

3724

3725 Das Programm muss zukünftig um den Schwerpunkt ‚Interkulturelle Bildung‘ ergänzt
3726 werden. Die SPD wird einen ‚Sachsen-Monitor‘ zur Entwicklung politischer
3727 Einstellungen einführen. Damit wollen wir erreichen, dass es erstmals in Sachsen eine
3728 umfassende valide Datengrundlage gibt, auf deren Grundlage Demokratiewerkstatt noch
3729 zielgenauer gesteuert werden kann.

3730

3731 Wir werden ein Demokratieentwicklungsprogramm auflegen, welches
3732 gesellschaftliche und staatliche Institutionen in den Blickpunkt nimmt und darauf
3733 abzielt, demokratische Prinzipien auszubauen und die Akzeptanz und Vielfalt innerhalb
3734 von Vereinen, Verbänden und staatlichen Stellen zu fördern. Aus Sicht der
3735 Sozialdemokratie muss außerdem die Präventionsarbeit in Schulen und in der
3736 Jugendhilfe gestärkt werden.